

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 3,00 M. monatlich, 1,10 M. wöchentlich...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr:
Beträgt für die sechsstelligen Nummern...

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 10. Mai 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Quittung.

Im Monat April gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- Machen, v. sozialdemokratischen Verein Aachen Land 1. Quart. 1906 29,00. Augsburg, vom Wahlverein 10,--. Altona, 20 Proz. der Beiträge vom sozialdemokratischen Verein für den 8. und 10. schleswig-holsteinischen Wahlkreis 3. Quartal 1905/06 1006,80. Groß-Berlin à Konto seiner 8. Wahlkreise 15 000,-- (darunter Unterhaltungsabend Süden 60,--. Gesangsverein „Gerechtigkeit“, Westen 25,--. Bau Behrensstraße, 3. Rate 9,15. Damit es besser werde 50,--. Arbeiter der Gasmesherfabrik Finisch, Ueberich 10,--. Arbeiter der Möbelfabrik D. Ehrlich, Vierprozentige 10,--. Beiträge P. S. 1,50, Beiträge W. R. 1,--. Arbeiter der Möbelfabrik Siegmund u. Co. 30,--. Verband der Bauereiarbeiter, Sektion II Berlin 30,--. S. Wistendörfer 3,--. Stadtbezirk 105 10,--. Arbeiter der Tischlerei Schwarz u. Fröhlich 30,--. freiwillige Beiträge von P. 1. Quart. durch H. 3,--. Arbeiter d. Firma Vorch, Urbanstr. 64, Ueberich 10,--. Arbeiter der Kranzspende vom 18. März 8,--. Gustav Müller 19,65, von den Maurern (Klingers Neubau), Vierprozentige 14,--. Einsegnung d. Aufschneider 2,10. Kranzüberich für P. Märzgefallenen von den Arbeitern der A. G. G., Wackerstraße 491,75. B. G. B. 14 3,--. Ueberich, der Kranzspende der Berlin-Pankower Wagenfabrik 8,95, gesammelt beim Begräbnis des E. Vertram 5,--. Kranzüberich für den 18. 3. bei Metels 2,--. Ueberich der Kranzspende Siemens-Schneider, Dynamowerk, Franklinstraße 288,--. an Stelle Kranzspende Metallgießerei Matthes, Alt-Roabit 6,30, amerikanische Kulturen 47,30, bei Lauchfel über d. See gefahren 5,25, Hamburger Säger 10,--. v. alten Freund 10,--. Ueberich des Kranzspende der Firma Schneider 17,15, A. V. Wistler, April 1,--. Kranzspende Möbeler, Parteifonds 3,--. S. R. Verman, Parteifonds 1,--. Vierprozentige und Liste Lehmann 26,--. Pamplion zum Kampf für Wahrheit und Recht, April 4,--. A. Bauer, Parteifonds 3,--. Knabe, 2. Kreis 5,--. Verein Mette d. Wirtz 5,--. Berlin, diverse Beiträge: E. R. 1,--. Vierprozentige Bau Gause, Variferl, 1. Rate 6,--. desgl. 2. Rate 6,--. desgl. 3. Rate 6,--. desgl. 4. Rate 6,--. desgl. 5. Rate (darunter Zigarrenprozent 2,--). Ueberich, d. Kranzsp. der organisierten Arb. des Nabelwerkes Ronnenbaum 77,50. „Die Kumperei hört auf“ 19,60. Ueberich, v. Kranzsp. Gasmesher u. Gasfabrik, Mariendorf 22,51. Juli II, Ritterstr. 12,--. Kranzüberich von den Arbeitern der Firma Siemens u. Halske in Wankow 5,95. Ueberich v. Hochzeit durch G. L., Zwinglstr. 3,50. Ruchets 5,--. Personal der Buchdruckerei „Vortwärts“, Abt. Buchbinderei 10,--. Tapezierer v. Möbelfabr. Seemann, Wallstr. 10,--. Ueberich, v. d. Kranzspende für die Märzgefallenen v. d. Arbeitern der Firma A. Worf, Fegel (darunter v. d. Hochzeit Tegeler 1,55) 423,90. Andreas V. 16,--. Von den Mitgl. der U.-Dr. 4,80. Organisierte Brauer Februar-April 15,--. Dr. L. A. 100,--. Die Kontobuchhalter vom Wedding 5,--. Gutenberg 42,80. Extrabergütung v. Amzug d. Tischlerei Gornig u. Co., Petersburgerstr. 58, 8,--. Tischler der Firma Schöde 2,50. P. S. 50,--. A. V. 50,--. Schwimmklub „Seebär“ 1,50. E. D. Gührn 1,--. Weißtigs Bierkasse 4,75. Buchsch. i. H. E. R. 3,--. Bern 50,--. Brandenburg i. Dshp. 10,--. Blaubeuren u. Laugheim, 20 Proz. d. Einnahmen i. Lu. 06 288. Bant, 20 Proz. der Einnahmen v. 2. eldenb. u. v. 2. hannov. Wdhfr. 2. Quart. 433,75. Brandenburg a. S., Wdhfr. Brandenburg-Westhavell. 382,--. Weuthen (Oberchl.), von den Parteigenossen 10,--. Breslau, sozialdemokr. Verein 20 Proz. der Mitgl.-Beitr. 1. Quart. 06 700,80. Grefeld, Quartalsbeitrag des sozialdemokr. Volksvereins 68,--. Gelle, 20 Proz. der Einnahmen im 14. hannov. Wdhfr. 1. Quart. 06 78,70. Grimmitzschon, 18. sächs. Reichstagswahlkr. 300,-- (darunter v. B. L. 4,--. E. M. 1,--. D. --50). Danzig, 20 Proz. der Einnahmen des sozialdemokr. Wahlvereins 27,30. Gushrichen-Vergheim, Wdhfr. 1. Quart. 06 7,04. Erlangen, sozialdemokr. Verein 1. Quart. 06 10,--. Fällenberg (Oberchl.) 18,--. Gortity a. Konto der Einnahmen im 1. Quartal 06 100,--. Göschl a. R., Wdhfr. Göschl-Homburg-Willingen 1. Rate 200,--. Gölls, von den Parteigenossen 3,45. Kumbach, vom sozialdemokr. Verein 20,--. Köstlin, 20 Proz. der Einnahme des Wahlvereins im 4. Quartal 06 und im 1. Quartal 06 18,88. Köpenick, Kranzüberich der Glasarbeiter 5,15. Kottwitz, sozialdemokr. Verein 5,--. Ludenwalde, Aufs. 5,--. M-Gladbach, A.-A. 1. und 2. Quartal 06 5,--. München, Gau Südbayern 1. Quartal 06 197,28. Mülheim a. Rh., 20 Proz. der Beiträge des Wahlvereins f. d. Wahlkreis Mülheim-Wipperfürth 1. Quart. 06 118,28. Magdeburg, Wahlkreis 300,--. München, Wahlkreiser 5,--. Neuwied, sozialdemokr. Verein 2,09. Nordhausen, Beitrag v. sozialdemokr. Wahlverein f. d. Wahlkreis Nordhausen 1. Quartal 06 59,88. Oberstein a. R., v. 1. Quartal 06 22,74. Osternburg i. D., 20 Proz. d. Beitr. v. sozialdemokr. Wahlverein des 1. eldenb. Wahlkreises 61,60. Potsdam-Spandau-Dshhavelland, 20 Proz. der Einnahmen des Kreiswahlvereins 194,30. Rawitsch-Gostin, 20 Proz. der Einnahmen v. Wahlvereins 5,15. Randow-Gröfenhagen, Wahlkreis 200,--. Schmiedeberg im Riesengebirge, von den Parteigenossen 50,--. Schweinfurt, sozialdemokr. Verein 10,--. Soest, 20 Proz. der Einnahmen des Wahlkreises Hamm-Soest 1. Quart. 06 93,20. Stuttgart, G. U. 10,--. Schönlanke, 20 Proz. der Einnahmen des sozialdemokr. Wahlvereins 4,84. Stahlfurt, Wahlkreis Duedlinburg-Röbersleben-Galbe 150,--. Stendal-Osternburg, 20 Proz. der Beiträge des Wahlvereins 1. Quart. 1906 17,72. Vortwärts-Buchhandlung 10 000,--. Vortwärts* 1. Quart. 1906 28 166,35. „Wache Jakob“ 10 000,--. Wittlich, 1. Quart. 06 3,--. Z. P. 3. 20 000,--. Berlin, den 7. Mai 1906. Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstr. 69.

tholische Deutschland gehen werde“), wurden wir kan ähnlich scharfe Worte seines Fraktionsgenossen Koeren erinnert, welche dieser beinahe genau ein Jahr zuvor, am 18. März 1905, im Reichstag bei der zweiten Lesung des Etats von Logo ausgesprochen hatte. Die Herr Koeren selbst damals angab, war die direkte Veranlassung zu seiner Rede ein in einer Berliner Zeitung unter der Ueberschrift „Ein Klagebrief aus Logo“ erschienener Leitartikel, welcher überaus heftige Angriffe gegen die Missionen in Logo, insbesondere gegen die katholische Mission dortselbst, als auch gegen die Kolonialverwaltung in Logo wie in Berlin enthielt.

Diese Rede des Herrn Koeren fiel uns schon damals durch ihre für einen Abgeordneten einer Regierungspartei seltenen Schärfe auf. Gegenüber dem vom Verfasser dieses „Klagebriefes“ gegen die katholische Mission in Logo erhobenen Vorwurf, „durch wiederholte falsche Anschuldigungen gegen tabellos dastehende Beamte Unfrieden und Feindschaft in dieser Kolonie gestiftet zu haben“, sei er, Koeren, in der Lage und halte sich deswegen auf für verpflichtet, auf Grund eines umfangreichen Beweismaterials zu erklären, daß diese Anschuldigungen durchaus unwahr seien und daß er dieselben als direkt verleumderisch zurückweisen müsse. Diese Anschuldigungen seien nur ein Beweis für das hohe Maß der Dreistigkeit, mit welcher die beteiligten Personen die sie belastenden Vorgänge in den Kolonien hier in Deutschland auf den Kopf zu stellen wagten, in der Annahme, daß solche Mitteilungen von hier aus nicht kontrolliert werden könnten. Allein hierin irren sich die Betreffenden. Herr Koeren erwiderte sodann wörtlich:

„Schon vor einem Jahre war ich gezwungen, wegen des un-erhörten Vorgehens einiger Beamten in Logo gegen die Mission mich mit den dortigen Verhältnissen eingehend zu befassen. Ich habe infolgedessen lange und viel mit orts- und sachkundigen Personen aus den Kolonien mündlich und schriftlich verhandelt und bin nun im Besitze eines reichen Materials an Akten, an Erlassen, Verordnungen, Korrespondenzen in Originalabschrift usw., das un-ansehbar ist. Auf Grund dieses Materials kann ich allem-mäßig feststellen, daß gegen diejenigen Beamten, die eine Abhandlung wegen ihres Vorgehens seitens der Kolonial-verwaltung erfahren haben, eine solche Summe grober Ver-gewaltigungen vorliegt, daß die Herren froh sein können, daß der Schauplatz ihrer Tätigkeit in Afrika und unter den Wilden ist und nicht hier in Deutschland, wo die Strafsjustiz sich ihrer längst bemächtigt hätte.“ (1)

Ferner: „Ich kann deshalb der Kolonialverwaltung nur dringend empfehlen, bei der Auswahl derjenigen Beamten, die sie in die Kolonie schickt, mit der größten Strenge vorzugehen. Die dortigen schwierigen Verhältnisse erfordern es, daß nur das allerbeste Beamtenmaterial nur diejenigen Beamten dorthin geschickt werden, die sich bereits in ihrer heimischen Stellung bewährt haben. Statt dessen sind aber — und diesen Vorwurf kann ich der Kolonial-verwaltung nicht ersparen — zuweilen Personen dorthin geschickt, die eine keineswegs vorwurfsfreie Vergangenheit hinter sich hatten, die sich nur durch die Pflichten ihres bi-herigen Berufes und durch die gebotene Rücksichtnahme auf heimische Sitte und heimisches Leben beengt fühlten und sich nun zu den Kolonien gedrängt haben, weil sie so hofften, dort frei von diesen Schranken ein ungebundenes Leben zu führen.“

Seit einiger Zeit ist allerdings, wie mir von orts-kundiger Seite gesagt wird, hierin eine Besserung eingetreten, und zwar wie ich den Eindruck gewonnen habe, als Folge davon, daß jetzt die Personal- und Anstellungsverhältnisse in der Leitung der Kolonialabteilung strenger kontrolliert werden und dies so wic-tige Gebiet nicht mehr so ganz der selbständigen Bearbeitung durch den einzelnen Degenerenten überlassen wird. Aber es sind immer aus der früheren Zeit noch manche in Amt und Tätigkeit, die längst den vollen Beweis erbracht haben, daß sie zu allem mehr-taugen, als zu Kolonialbeamten und zu Pionieren der Zivilisation, und deren fortgesetzte Tätigkeit nichts anderes bedeutet als eine latente Gefahr und Schädigung für die Kolonien.“

Die Veranlassung zu der energischen Inanspruchnahme der katholischen Mission durch den Abg. Koeren gegen die An-griffe in diesem „Klagebriefe aus Logo“, welchen am 7. Januar 1906 die „Deutsche Zeitung“ brachte, war für Herrn Koeren allerdings sehr begründet. Denn in diesem „Klagebrief“ werden Vorwürfe schwerster Art gegen Mitglieder der katholischen Mission erhoben, und es wird zum Beweise für die Schuld der Mission u. a. mitgeteilt, daß ein Missionar, weil er einen Regierungs-beamten eines schweren Verbrechens be-zichtigt hatte, zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt worden sei, und daß drei weitere Mitglieder der katholischen Mission wegen Verdachts der Zeugenbeeinflussung in Unter-suchungshaft gesetzt worden seien.

Auf den Inhalt des in mehr als einer Beziehung höchst interessanten und das Verhältnis zwischen der Regierung und der katholischen Mission in Logo grell beleuchtenden „Klage-briefes“, dessen Verfasser offenbar ein Beamter in Logo selbst ist, hier näher einzugehen, was Herr Koeren selbst damals mit Rücksicht auf die gegen die verschiedenen Patres schwebenden Prozesse wohl absichtlich unterlassen hat, erübrigt sich schon um deswillen, weil nach der eingangs erwähnten Anklage des Abg. Erzberger die anscheinend recht bedenklichen Vorkommnisse

in Logo wohl demnächst im Reichstage zur Sprache gebracht werden dürften. Daß dabei nicht eben erfreuliche und ins-besondere für die Regierung selbst ihr zwar bekannte aber wenig angenehme Zustände offenkundig werden, darf man mit einiger Sicherheit annehmen. — Was uns indessen veranlaßt, mit der durch die Anklage des Herrn Erzberger ins Gedächtnis zurückgerufenen Rede seines Fraktionskollegen Koeren jetzt uns zu beschäftigen: das sind die außerordentlich schweren Anschuldigungen, welche der Abg. Koeren schon vor Jahr und Tag gegen das Regierungssystem gerade hier in der Zentrale der kolonialen Verwaltung erhob, auf welche der damalige Kolonial-direktor Dr. Stübel ganz auffallenderweise gar nichts zu antworten wußte. Besonders die Stelle in der Rede des Abg. Koeren:

„Auf Grund dieses Materials kann ich allem-mäßig feststellen, daß gegen diejenigen Beamten, die eine Abhandlung wegen ihres Vorgehens seitens der Kolonialverwaltung erfahren haben, eine solche Summe grober Vergehungen vorliegt, daß die Herren froh sein können, daß der Schauplatz ihrer Tätigkeit in Afrika und unter den Wilden ist, und nicht hier in Deutschland, wo die Straf-justiz sich ihrer längst bemächtigt hätte.“

bedeutet die denkbar schwerste Anschuldigung gegen die betreffenden Beamten in der Kolonialverwaltung und besonders gegen Dr. Stübel als den Leiter derselben. Denn wenn man auch von dem Abg. Koeren an-nehmen kann, daß er, obwohl selbst richterlicher Beamter, nicht, oder wenigstens in dem Moment, als er diese Worte sprach, nicht wußte, daß das Strafgesetzbuch auch draußen in Logo für die weiße Bevölkerung gilt: Der Kolonial-direktor Dr. Stübel und der gesamte Stab seiner Räte und sonstigen Regierungs-vertreter, welche alle diese die betreffenden Regierungsorgane in allerhöchster Weise an-schuldigenden Worte des Herrn Koeren an-hören mußten, wußten ganz genau, daß das Straf-gesetzbuch auch in den Schutzgebieten Geltung hat. Bei dieser Sachlage aber wäre es einmal doch Pflicht des Herrn Kolonialdirektors Dr. Stübel gewesen, den Abg. Koeren und mit ihm den Reichstag nicht einen Moment darüber in Unwissenheit zu lassen, daß das Strafgesetzbuch auch in Logo gilt; und zum andern mußte man eine sofortige Erklärung des Herrn Dr. Stübel dahin erwarten, daß, wo es erforderlich war, im Gegensaß zu der nach den Worten des Abgeordneten Koeren allein möglichen Annahme, die Strafsjustiz sich der betreffenden Beamten stets bemächtigt habe! Dadurch, daß die Regierung auf den in den Worten des Abgeordneten Koeren unzweifelhaft liegenden Vorwurf allerhöchster Pflichtverletzung kein Wort der Ver-teidigung fand, dadurch, daß die Regierung vielmehr den ihr gemachten Vorwurf des Herrn Koeren, in den betreffenden von ihm leider nicht bekanntgegebenen Fällen gegen das Strafgesetzbuch verstoßen zu haben, stillschweigend über sich ergehen ließ, mußte der Anschein erweckt werden, daß die-jeutigen, welche die nach der Behauptung des Abgeordneten Koeren — eines höheren Richters, also eines Mannes, dem man wohl ein Urteil darüber zutrauen darf, ob die von ihm gemeinten Handlungen nach dem Strafgesetzbuch ge-ahndet werden müssen — strafrechtlich zu verfolgende Hand-lungen nicht verfolgt haben, eventuell sich selbst nach den §§ 336, 346 Strafgesetzbuches straf-bar gemacht haben. Denn hiernach ist mit Zuchthaus zu bestrafen,

wer als Beamter bei Leitung oder Entscheidung einer Rechts-sache vorsätzlich zugunsten oder zum Nachteil einer Partei einer Ver-gewalt des Rechts sich schuldig macht, bezw. vermöge seines Amtes bei Ausübung der Strafgewalt mitzuwirken hat und in der Absicht, jemanden der gesetzlichen Strafe rechtswidrig zu entziehen, die Verfolgung einer strafbaren Handlung unterläßt oder eine Handlung begeht, welche geeignet ist, eine Freisprechung oder eine dem Gesetze nicht entsprechende Verurteilung zu bewirken.

Daß aber die Kolonialverwaltung und insbesondere Herr Dr. Stübel selbst ihrer in dieser Beziehung ihnen obliegenden Pflichten sich vollaus bewußt gewesen sind, das beweist doch wohl mit Sicherheit die Erwidrerung des Kolonialdirektors Stübel auf die Reichstagsrede des Abg. Vebel am 30. Januar 1906, als letzterer sich über die Ursachen des Aufstandes in Südwestafrika verbreitete. Schon damals sagte Herr Dr. Stübel nämlich:

„Es würde wundernehmen, wenn in einer Bevölkerung wie der eines jungen Schutzgebietes nicht auch Ausschreitungen und Verbrechen vorgekommen wären. Daß solche Ausschreitungen und Verbrechen von der Verwaltung überall auf das tiefste beflagt worden sind, brauche ich hier wohl nicht auszusprechen. Ich möchte aber hier doch noch besonders hervor-heben, daß überall solchen Ausschreitungen und Verbrechen mit der Strenge des Gesetzes ent-gegen getreten worden ist.“

Nach den zweifellos wohlüberlegten Worten des Ab-geordneten Koeren müssen auch im Schutzgebiet von Logo seitens einer Anzahl von Beamten dortselbst Ausschreitungen schlimmer Art begangen worden sein. So wenig erfreulich diese offenbar feststehende Tatsache ist, so gewiß ist doch, daß es unbedingt im Interesse des deutschen Volkes liegt, wenn solchen Ausschreitungen nicht nur in Südwestafrika, sondern auch in Logo mit der Strenge des Gesetzes entgegengetreten wird und in Sonderheit diejenigen Beamten nach dem Gesetze zur Verantwortung gezogen werden, welche die gesetzlich erforder-

Heraus mit der Sprache!

Man schreibt uns: Als während der Osterpause des Reichstages der Zentrumsabgeordnete Erzberger aus seinem Wahlkreise tief unten am Bodensee der Kolonialverwaltung neue und verschärfte Forderungen ankündigte und unter anderem erklärte, den Schleier über den Kulturkampf in Logo zu reißen zu wollen, also daß ein Schrei der Entrüstung durch das ganze La-

*) Siehe „Vortwärts“ Nr. 90 vom 10. April 1906, Hauptblatt Seite 3.

liche Bindung von Ausschreitungen unterlassen haben. Denn nicht die einzelnen, welche solche Ausschreitungen begangen haben, tragen die Hauptschuld an den, wie es nachgerade klar geworden ist, tief eingerissenen und dem deutschen Volke, welches nach Ansicht des Reichstanzlers „das Gewissen der Welt“ genannt zu werden verdient, keineswegs zur Herbeigerreichenden Mißständen in unseren Kolonien; die Hauptschuld trifft vielmehr diejenigen leitenden Beamten, welche diesen Uebergriffen und Ausschreitungen nicht, wie es ihre Pflicht war, in jedem Einzelfalle alsbald mit der Strenge des Gesetzes entgegengetreten sind, sondern durch Vertuschung solcher Ausschreitungen zur Wiederholung und Nachahmung derselben geradezu verleitet haben. Wie sagte doch der zitierten frohe und mit feierlichen Erklärungen nicht kargende Fürst v. Bülow vor einem Jahre im Reichstage?

„So lange wir eine Regierung in Deutschland haben, welche diesen Namen überhaupt verdient, wird sie es als ihre erste Pflicht betrachten, zu verhindern, daß Gesetz und Ordnung verletzt werden.“

Wir erwarten und fordern zugleich, daß der Fürst v. Bülow als der nach der Reichsverfassung dem deutschen Volke für alle Handlungen der Regierung verantwortliche Beamte diese seine schönen Worte auch hier unverzüglich in Taten umsetzt. Von Herrn Roeren wie von Herrn Erzberger aber ist zu verlangen, daß sie sich nicht wie bisher mit Andeutungen begnügen, welche wohl der Regierung verständlich geworden sein mögen, irgend welchen Eindruck auf dieselbe jedoch augenscheinlich nicht gemacht haben, sondern endlich einmal mit der Sprache herausrücken, d. h. alle ihnen bekannt gewordenen Mißstände und Ausschreitungen im Reichstage, der Kontrolle, der Verwaltung, ohne Rücksicht auf irgend welche Personen vorbringen, da ein Verleugern und Vertuschen der wiederholt behaupteten schweren Verfehlungen von Beamten nach den in den Kolonien bisher gemachten traurigsten Erfahrungen geradezu einen Verrat am deutschen Volke bedeuten würde.

Die Revolution in Rußland.

Die Bauern und die Duma.

Die „Russ. Korresp.“ schreibt: Um sich eine Vorstellung darüber bilden zu können, was sich auf dem Lande abspielen wird, wenn die Regierung die Dreifrigkeit haben sollte, die Volkvertreter nach Hause zu schicken, seien hier eine Reihe von Zusätzen aus Zuschriften an verschiedene russische Zeitungen zusammengestellt, die die Stimmung unter der bäuerlichen Bevölkerung schildern.

Die bekannte Moskauer Zeitung „Ruklja Wjedomosti“ bringt eine Resolution, die die Einwohner des Dorfes „Wolchija Soli“ im Gouvernement Kostroma gefaßt haben. Hier wird gesagt, daß die Einwohnerchaft mit allen möglichen Mitteln die Duma unterstützen würde, wenn diese bestrebt sein werde, die „volle politische Freiheit des Volkes, eine konstituierende Versammlung auf Grund des allgemeinen z. Wahlrechts, sowie die Verbesserung der Bauernlage und der arbeitenden Bevölkerung“ zu erlangen. Und weiter: „Sollte die Regierung wagen, der Duma in ihren Bestrebungen zur Erleichterung des Lebens des russischen Volkes irgendwelche Hindernisse in den Weg zu legen, so wird sie mit einem Volke zu tun haben, das imstande sein wird, seine ihm zukommenden Rechte selbst zu erkämpfen.“

Aus Kiew wird dem Petersburger Organ der „Kadetten“ geschrieben: „Der zur Duma gewählte Bauer Wassilij Smitchenko äußerte sich in einer Unterredung für die Erstämpfung „aller Freiheiten.“ Er behauptet, die Bauernbelegierten werden sich nicht einsperren lassen. Die Bauernwähler haben ihnen den festen Auftrag gegeben, Ackerboden und Freiheit zu erkämpfen. Eine Auflösung der Duma wird Bauernunruhen hervorgerufen.“

Derselben Zeitung wird weiter geschrieben: „Der Bauernbelegierte des Gouvernements Tula Maxim Alejewitsch Petruschin äußerte sich in einer Unterredung u. a. folgendermaßen: „Wenn man versuchen wird, uns auseinander zu treiben, so werden wir sagen: aus eigenem Willen gehen wir nicht, wendet Gewalt an. Tut man das aber, dann gehen wir nach Hause und erzählen dem ganzen Volke, daß man uns mit Gewalt auseinandertrieb. Das Volk wird seine Auserwählten nicht im Stich lassen.“

Dem Moskauer „Putj“ wird aus Stavropol berichtet: Als die Bauernbelegierten Dmitro, Borisoff und Wischin von ihren Wählern Abschied nahmen, wurde in einer Reihe von Reden von den Bauern die feste Hoffnung auf ein besseres Leben geäußert und die Auserwählten einstimmig beauftragt, die große Bauernsache in der Duma zu unterstützen.“

Aus Ularsk (Gouv. Saratow) wird gemeldet: Eine große Menge begleitete die Mitglieder der Reichsduma. Auf dem Bahnhof Popuhowo hielten die Bauern den Zug eine halbe Stunde an. Es wurden Reden gehalten; die Stimmung der Bauern ist sehr gehoben.

Ein Bauernbelegierter, den ein Mitarbeiter der „Reiskj“ gesprochen hat, sagte: „Die Bauern setzen ihre Hoffnungen auf die Duma; wenn aber die Regierung einen Angriff auf die Duma wagen wird, wenn sie ihre Freiheit irgendwie ungebührlich antastet, dann werden die Bauern darauf ihre Antwort geben, die das Gerede von einer Lösung der Agrarfrage auf gesetzgeberischem Wege unmöglich machen wird.“

Die Zahl der Zusätze könnte man leicht verzeihensachen. Aber auch die schon mitgeteilten zeigen zur Genüge, welche Folgen eine eventuelle Auflösung der Duma haben kann. Unter diesen Umständen wird jeder Konflikt der Regierung mit der Duma für diese geradezu verhängnisvolle Resultate haben.

Die Kadetten und die Agrarfrage.

Petersburg, 8. Mai. (Melddung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Vor dem Schluß des Kongresses der konstitutionell-demokratischen Partei wurde heute noch über eine Resolution betreffend die Regelung der Agrarfrage abgestimmt und als leitendes Prinzip für die Partei die Heberleitung von Landbesitz in die Hände der Arbeiter angenommen. Die allgemeinen Grundlagen des grundlegenden Entwurfes, der durch die Agrarkommission vorgelegt worden war, wurden unter Berücksichtigung der durch die agrarische Abteilung des Kongresses darin vorgenommenen Änderungen gebilligt. Der Kongress erteilte dann der Kommission den Auftrag, alle Wahrnehmungen und Vorschläge, die einzelne Mitglieder des Kongresses gemacht hatten, zu berücksichtigen und das gesamte Material mit den sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen zur weiteren Ausarbeitung durch die parlamentarische Fraktion der Partei einzureichen.

Hungernot.

Aus dem Gouvernement Tula wird geschrieben: „Fast im ganzen Gouvernement wird gehungert. Es gibt kein

Brod, kein Samen, kein Futter, das Vieh wird immer magerer und stirbt. Die Bauern verwenden schon längst ihre Strohdächer zum Futter für ihr Vieh, aber es hilft wenig. In einigen Orten ist die Winterfaat fast vollständig verdorben. In einigen Dörfern herrscht der Hungertyphus und andere Krankheiten, die durch chronisches Hungerleiden verursacht werden. Hilfe tut not. Es gibt aber Autosbesitzer, die ihre Guthöfe von Kofasen überschwenmen lassen. Auch die Stadtduma und die Semstwo tun das Gegenteil von dem was sie tun sollten. Der Bauer bleibt ohne Hilfe und statt Brod bekommt er auf seinen Hals nur einen saulustigen „Wächter“.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Mai.

Reichstag und Reichsballes.

Wenn ausländische Parlamente das deutsche Parlament so zäh bemüht sehen, durch eine ganze Reihe von Steuern, die die Produktion, den Konsum und das Verkehrsleben des deutschen Volkes schwer belasten, den Dales der Reichsstasse zu bannen, dann müssen sie ihre Freude daran haben, wie die Mehrheit des Reichstages den Klassencharakter der bürgerlichen Gesetzgebung zu verstehen; denn im Grunde sind die Intentionen der bürgerlichen Klassen in allen modernen Staaten die gleichen, wenn sie es auch in dem einen oder anderen Lande verstehen, diesen Klassencharakter geschickt zu verstellen. Iediglich um dem Volke die Illusion von der Gerechtigkeit bürgerlicher Institutionen zu erhalten.

Von solcher Geschicklichkeit zeugt allerdings die Steuerbürde nicht, die der deutsche Reichstag nach der kaum vollzogenen Zollbelastung dem Volke aufs neue auferlegt. Die Brutalität der neuen Steuern muß sich jedem Verständigen, in erster Linie den betroffenen wertstätigen Klassen, aufdrängen. Daran wird nichts geändert dadurch, daß unter den Vorlagen die Lantiensteuer und die Erbschaftsteuer parodieren, die einen kleinen Teil der Besitzenden treffen. Aber diese Steuern sind so minimal, daß sie nur als Anstandssteuern betrachtet werden können, die den großen Raub am Volke nicht zu verdecken vermögen. Das ganze Steuernwerk, das die Regierung pomphast als eine „Reichsfinanzreform“ tituliert, muß von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet werden. Dann erscheint es um so brutaler, aber auch demagogischer, wie die Mehrheitsparteien des Reichstages die einzelnen Steuervorlagen behandeln. Die Konsequenzen daraus wird unsere Partei zu ziehen wissen.

Heute wurden im Automobiltempo die Steuervorlagen über Kraftfahrzeuge, Quittungen und Vergütungen (Lantien) in zweiter Lesung erledigt und die zweite Lesung der Erbschaftsteuer begonnen. Unser Standpunkt wurde von den Genossen Sipinski, Südekum und Bernstein vertreten. Sipinski kennzeichnete die Automobilsteuer als ein Hemmnis dieser in junger Entwicklung befindlichen Industrie. Unsere Fraktion stimmte gegen diese Steuer.

Die Zustimmung der Fraktion zur Lantiensteuer wurde vom Genossen Südekum motiviert, der darlegte, daß die Fraktion das Gesetz als einen, wenn auch in Form und Inhalt ganz unzulänglichen Vorstoß auf dem Gebiete der direkten Besteuerung betrachtet.

Der Schatzsekretär wehrte sich verzweifelt gegen die auch von den freisinnigen Kaempff und Gothein deklarierte Bedeutung des Entwurfes als eines freilich verfehlten Anfanges zu einer Reichseinkommensteuer, aber es nützt ihm nichts, diese Bedeutung und deren Wirkung wird sich künftig bemerkbarer machen.

Die namentliche Abstimmung über das Gesetz ergab dessen Annahme mit 250 gegen nur 18 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Endlich begründete Genosse Bernstein in längerer Rede die Anträge der Fraktion zum Erbschaftsteuergesetz.

Dann wurde die Verhandlung vertagt.

Donnerstag: Erbschaftsteuer, Mantelgesetz. —

Gildewert.

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte am Mittwoch die zweite Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz fort. Von einer gründlichen Reform kann bei dieser Vorlage keine Rede sein; es handelt sich um ganz gewöhnliches Gildewerk. Die Regierung hofft, durch einige Abänderungen ein paar Millionen mehr aus den Steuereinnahmen zu erzielen. Zu diesem Zwecke werden vor allem die Gesellschaften mit beschränkter Haftung der Besteuerung unterworfen. Anstatt den Fehler der Doppelbesteuerung, der bezüglich der Aktiengesellschaften begangen ist, wieder gut zu machen, fährt die Regierung auf dem falschen Wege fort. Das Haus trat den Vorschlägen der Regierung im wesentlichen bei und lehnte die freisinnigen Anträge auf Streichung der Bestimmungen über die Besteuerung der Gesellschaften m. b. H. mit großer Mehrheit ab.

Auch die Konsumvereine sollen in Zukunft bluten. So hat das Haus durch Annahme eines Antrages beschlossen, der lediglich Vereine und eingetragene Genossenschaften zum gemeinsamen Einkauf von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Verkauf im kleinen der Besteuerung unterwirft, auch wenn ihr Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder nicht hinausgeht. Hiergegen sollen landliche Genossenschaften und Handwerker-genossenschaften von der Steuerpflicht befreit sein!! Das Wort: „Gleiches Recht für alle“ ist wieder einmal zuschanden geworden an dem Willen der preussischen Landesgesetzgebung.

Am heftigsten war die Debatte über die Frage, was alles bei der Besteuerung als abzugsfähig gelten soll. Es wurden die verschiedensten Vorschläge gemacht; jeder einzelne möchte diese Bestimmung des Gesetzes nur zu gern so gestalten, wie es sein eigenes Interesse erheischt. Die Anträge wurden meist abgelehnt. Erfüllt wurde nur ein seit langen Jahren von den Hausagariern immer und immer wieder vorgebrachter Wunsch, wonach die Realsteuern bis zu einer gewissen Höhe abzugsfähig sind. — Werden die Herren sich nun beirren, so wie sie alle Lasten auf die Mieter abzuwälzen pflegen, so auch die Mieter an diesem neu errungenen Vorteil teilnehmen zu lassen und die Mieter zu erniedrigen? Wir wagen daran zu zweifeln. Tatsächlich ist den Hausbesitzern wieder einmal auf Kosten der Gesamtheit ein Geschenk gemacht worden.

Die weitere Beratung wurde auf Freitag vertagt. Nach Erledigung des Gesetzes soll die freisinnige Interpellation wegen Ausweisung russischer Staatsangehöriger besprochen werden.

Am Donnerstag fällt die Sitzung aus, damit die Kommission Zeit hat, den Bericht über die Schulvorlage fertig zu stellen. —

Der Gerichtssaal als politische Arena.

Der große Massenaufruf gegen die Erfurter „Tribüne“, dessen Ausgang wir gestern schon meldeten, verdient eingehendere Beachtung der Öffentlichkeit. Er zeigt die Merkmale eines politischen Prozesses so aufdringlich selbst dem stumpfsten Auge, daß wir wirklich neugierig sind, ob die anständigeren bürgerliche Presse sich zu einigen Worten des Protestes auftraffen wird!

Die Anlageschrift ließ sich wie eine Flugchrift des Reichsverbandes für Sozialistenentwurf. Es heißt darin u. a.: Die Sozialdemokratie, also auch die Erfurter „Tribüne“ wolle ihr Endziel, das auf Beseitigung der bestehenden staatlichen Ordnung gerichtet ist, damit erreichen, daß sie Proletariat und Bourgeoisie in bewußten Gegensatz stelle, die Könige als Diener des allmächtigen Kapitals hinstelle, die Unabhängigkeit der Richter als ein Märchen bezahle und behaupte, daß die Justiz unter dem Schutze des Gesetzes nur ein Organ der herrschenden Klasse sei. Dadurch würde jede staatliche Autorität untergraben. Wenn von den friedlichen Lehren der Sozialdemokratie gesprochen werde, so habe sie es doch unzweifelhaft auf gewaltsamen Umsturz abgesehen. Die russische Revolution, für die die Sozialdemokratie Deutschlands mehr als eine Viertelmillionen Mark gesammelt habe, werde in der „Tribüne“ fortgesetzt verherrlicht, das preussische Wahlrecht werde als ein Klassenhandrecht bezeichnet und in einem Aufsatz, „Die Orgie der Reaktion“ beiseite, (der Artikel in Nr. 16 der Erfurter „Tribüne“ beschäftigt sich mit dem Versammlungs-Verbot am 21. Januar in Leipzig) wurde gesagt, daß das Volk gegenüber der systematischen Wahlrechtsetzung nicht schweigen könne und manes deshalb versuchen müsse, die Reaktion niederzujagen. Durch diese Sprache werde bei dem geringen Bildungsgrade der Leser eine aufreizende Wirkung erzielt. Beweis: die Ereignisse von Dresden und Hamburg. Dadurch fühle sich in den politisch so erregten Zeiten das Bürgertum in seiner rechtlichen Gerechtigkeit bedroht. Daß aber solche Erfolge gewollt seien, beweise ja die Einladung durch Inzerat in der „Tribüne“ zu einem Projektionsvortrag des Schriftstellers Baegge-Berlin, worin die russischen Partikadankämpfer in Bildern vorgeführt wurden. Daß man das nämliche Ziel in Deutschland vor Augen habe, beweise der Passus, in dem die „Tribüne“ sage, daß die Arbeiter aller Länder sich in ihrem Kampfe das Ziel setzen, sich diejenige politische Waffe zu erwerben, die sie im Kampfe um die Staatsgewalt brauchen.

Aus der Verhandlung sei folgendes hervorgehoben:

Obgleich die Anklage schließlich auf sieben Artikel beschränkt wurde, wurden vor Gericht doch alle die 68 Artikel verlesen, die der Staatsanwalt ursprünglich infrimiert hatte. Sie bezogen sich fast ausschließlich auf die russische Revolution und die Wahlrechtskämpfe des deutschen und ausländischen Proletariats, sind natürlich in lebhafter, anfeuernder Weise geschrieben, zum Teil anderen Parteiblättern, mehrere der „Leipziger Volkszeitung“ entnommen worden.

Es folgte die Verlesung dreier Artikel, durch die Staatseinrichtungen verächtlich gemacht sein sollen, worauf der Präsident den Genossen v. Lojewskij fragte, ob er zugebe, daß sich durch diese Artikel der Kampf um das allgemeine Wahlrecht wie ein roter Faden ziehe. Genosse v. Lojewskij erwiderte: Jawohl! Aber wir haben darin zur Ruhe in den Massenversammlungen gemahnt und uns gegen die Strafendemonstrationen ausgesprochen. Zum Beweise dafür, daß dies allgemeine Ansicht damals war, beantrage er:

Bebel und Singer vom Parteivorstand darüber zu vernehmen, ob dieser nicht seinerzeit einen Antrag des Wahlvereins Breslau, der Strafendemonstrationen forderte, abgelehnt habe. Um ferner den Beweis der Wahrheit dafür anzutreten, daß seine Behauptungen von den Vorbereitungen der Behörden zum 21. Januar nicht, wie die Anklage behauptet, erdichtet und entstellte Tatsachen seien, beantrage er die Militärkommandos und Zivilbehörden von Berlin, Bochum, Götting, Erfurt und Breslau zu vernehmen. Darauf antwortete der Staatsanwalt, es sei gerichtsbestimmt, daß in Erfurt Vorbereitungen am 21. Januar getroffen worden. Erregt nagelte Genosse v. Lojewskij dieses Zugeständnis an, indem er dem Staatsanwalt zurief: „Wenn der Staatsanwalt das selber zugibt, wie kann er dann die Anklage gegen mich erheben, daß ich Tatsachen entstelle und erdichte habe!“

Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte der Verteidiger Rechtsanwalt Zander-Erfurt, 1. die Professoren Wagner-Berlin und Diehl-Königsberg als Sachverständige für den bestimmten Sprachgebrauch der Worte Revolution, Klassenkampf und Klassengegenwart zu vernehmen; 2. den Professor Deibsch darüber zu vernehmen, daß selbst die bürgerliche Presse mit der russischen Revolution sympathisiert und den Wahlrechtsraub in Hamburg beurteilt habe.

Sämtliche Beweisanträge des Angeklagten und seines Verteidigers wurden abgelehnt mit der Begründung, daß sie als wahr unterstellt würden.

Der Staatsanwalt Kunze, der darauf das Wort zum Plaidoyer nahm, hielt eine Rede, die seiner Anlageschrift würdig war. Die Tendenz der „Tribüne“ stand an der Spitze seiner Ausführungen und zog sich wie ein roter Faden hindurch. Bei dieser Rede konnte es scheinen, als hätten wir russische Rechtszustände, als sei es in Deutschland strafbar, sozialdemokratische Bestimmung zu haben und sozialdemokratische Lehren zu verbreiten! Der Herr Staatsanwalt sagte etwa, daß die Tendenz der „Tribüne“ sei, in jeder Form zu lügen und alles zu verneinen. Religion, Vaterland, Monarchie, Fürsten, alles was unsem Volk seit Jahrhunderten lieb geworden ist, wird mit Rot von ihr beworfen. Es war die Pflicht der Behörden, bei der Art, wie die Sozialdemokratie die russische Revolution verherrlichte, durch Militär und Schutzleute zu verhindern, daß bei den Strafendemonstrationen revolutionäre Ausschreitungen begangen würden. Die Sozialdemokratie stellt es aber so hin, als wolle die Regierung ein Blutbad anrichten. Wenn die Sozialdemokratie so tut, als wenn die Arbeiter kein Brot zu essen haben, dann beweise die Viertelmillionen Mark für die russische Revolution, die die deutschen Arbeiter gesammelt haben, das Gegenteil.“ Die Artikel seien heyerisch und die Staatsautorität untergrabend, er beantrage, den Angeklagten nicht zu einer Geldstrafe, da die Parteiliste es bezahle, sondern zu zwölf Monaten Gefängnis zu verurteilen.

Der Verteidiger fand dieser Schatzmacherrede gegenüber das richtige Wort. Er führte aus, daß die Art, wie der Staatsanwalt die sozialdemokratische Tendenz der „Tribüne“ hervorgehoben habe, den Gerichtssaal zu einer politischen Arena gemacht habe. Ob die politischen Ziele einer Partei gut oder schlecht sind, kümmern den Gerichtshof gar nichts. Wenn der Staatsanwalt gesagt habe, der Angeklagte habe sich gehütet, zu Gewalttätigkeiten aufzureizen, so spreche das nur für den Angeklagten. Beweis ist dieser für Verherrlichung der russischen Revolution eingetreten, aber ist das vielleicht in Deutschland verboten? Alle verlesenen Artikel bewiesen, daß die Sozialdemokratie ihre Ziele nicht mit Gewalt, sondern auf friedlich gesetzlichem Wege erreichen wolle. Er beantrage Freisprechung.

Nach einer kurzen Rede des Genossen Lojewskij, der mit Würde den Parteistandpunkt betonte, wurde das Urteil gefällt.

Wit Monate soll Genosse v. Lohse ... einen Monat Genosse ...

Wir sind es gewohnt, daß der Gerichtsfaal in Deutschland bei ...

Wir wiederholen unsere Frage: Wird die anständigere bürgerliche ...

Schlächter und Agrarier.

Seit einiger Zeit sind die Viehpreise an den großen städtischen ...

Table with 4 columns: Location, Highest Price, Current Price, Price Difference. Rows include Breslau, Danzig, Hamburg, Magdeburg, etc.

Trotz dieses bedeutenden Preisrückganges halten die Preise im Detailhandel sich noch immer auf ...

Die Schlächter suchen nach dem Fall der Viehpreise ihre Kleinverkaufspreise ...

Als im vorigen Jahre die Schlachtviehpreise stiegen, waren die Schlächtermeister ...

Es wird nötig sein, daß sich die Innungen und Interessensverbände ...

Recht eigenartig ist das Verhalten der liberalen Presse. Als die Viehpreise stiegen ...

Deutsches Reich.

Nachmals: „Ein Häckerstückchen“. Die „Voss. Ztg.“ leugnet, mit ihrer Behauptung ...

Hauptung der „Münchener Allg. Ztg.“, daß den Nationalsozialisten das Hohngelächter ...

Aber auch die obige Stelle der „Voss. Ztg.“ an sich enthält grobe Fälschungen ...

Deutsch-schwedischer Handelsvertrag. Wie das Stockholmer „Svenska Dagblad“ ...

Ämtliches Resultat der Wahl im Kreise Darmstadt-Groß-Gerau. Abgegeben wurden 32 842 Stimmen ...

Konts St. Wegen Stübelbeleidigung erhielt, wie ein Telegramm aus Harburg ...

Schlappes Kerl. Bekanntlich hatte in diesem Jahre zum 1. Mai die französische Bourgeoisrepublik ...

„Wertwürdigerweise“ spricht bei dieser Gelegenheit die „France militaire“ ...

Es versteht sich von selbst, daß das deutsche Scharfmacherblatt derartige „sentimentale Anwandlungen“ ...

Im Wahlkreise Darmstadt-Groß-Gerau können sich die unterlegenen Nationalliberalen ...

Landesverratsprozeß. Vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat ...

Angehöriger Menschenopfer verschlingt fortgesetzt die „Berufungsarbeit“ ...

Ueber die im März und April stattgehabten Gesechte in Deutsch-Ostafrika ...

b. Haffel wurde am 21. März von zahlreichen Bagindas am Lukuba angegriffen ...

hatte, und von dessen Leute viele im Lutsugu erkrankten. b. Haffel hatte nur geringe Verluste ...

Im Norden des Songea-Bezirks hatte die Kompagnie Kleist mehrere siegreiche Gesechte ...

Welch herrliche Kulturarbeit. Ein Ende des Schlachtens ist dabei noch nicht abzusehen ...

Patriotisches und sozialdemokratisches Turnen. Der Kreisrat in Mainz erließ vor einigen Tagen ...

Berichtigung. In der Rotiz in der Dienstag-Nummer „In dem Tod geteilt“ ...

Ausland.

Frankreich.

Die Depeschen-Bureaus schwelgen in Mitteilungen über Bomben-Geschichten ...

Paris, 9. Mai. Die Unternehmung hat ergeben, daß es sich bei den drei gestrigen ...

Paris, 9. Mai. Der wegen der Bombenexplosion im Viertel Montrouge verhaftete Zimmermann ...

Paris, 9. Mai. In Vincennes wurde ein Artillerist in dem Augenblicke verhaftet ...

Italien.

Die Marineneuete vor dem Parlament. Rom, den 7. Mai. (Fig. Ver.)

Die heutige Interpellation über die Marineneuete ist weit ruhiger verlaufen ...

Portugal.

Nach Meldungen aus Lissabon wurde infolge des jüngsten Vorgehens ...

England.

Der erste Konflikt. London, 8. Mai. (B. Z. B.) Unterhaus.

Zusammensetzung der Kommission zur Beratung des Gesetzentwurfs betreffend ...

Niederlande.

75 000 Gulden für Puppenpflanzerei! Haag, 7. Mai. (B. Z. B.)

Haag, 7. Mai. (B. Z. B.) Obgleich zurzeit noch nicht genau festgestellt ...

Türkei.

Der Konflikt. In Konstantinopel fand am Montag und am Dienstag wegen der Tabakangelegenheit ...

suchte. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Am Dienstag stattete der Minister des Äußern dem englischen Botschafter einen Besuch ab. Von Seiten der Türkei scheint man „Gegenvorschläge“ zu machen.

Die „Daily Mail“ meldet, will England, falls der Sultan die britischen Forderungen nicht bewilligt, durch seine Flotte einen türkischen Hafen besetzen lassen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Mai-Aussperrung in Ober-Schöne Weide

(Kabelwerk Oberspree der A. E. S.) ist durch einen Vergleich beendet. Nachdem gestern Verhandlungen mit der Direktion stattgefunden hatten, erklärte sich diese bereit, die Ausgesperrten sämtlich wieder einzustellen und zwar das Gros sofort und die etwa 5—600 Arbeiter, deren Pläge bereits besetzt sind, im Laufe der nächsten Wochen je nach Bedarf. Betriebsfremde Arbeiter sollen nicht eher angenommen werden, bevor nicht alle Ausgesperrten wieder im Betriebe untergebracht sind. Diese Bedingungen wurden gestern in zwei Versammlungen der Ausgesperrten mit erheblicher Mehrheit angenommen.

Demnach nimmt das Gros der Arbeiter nach acht tägiger Aussperrung heute (Donnerstag morgen) die Arbeit wieder auf. — Damit dürfte auch der „Belagerungszustand“ über Ober-Schöne Weide wieder aufgehoben werden und die 60 Gendarmen, die dort in grauer Kriegsrüstung unnützerweise stationiert waren, können jetzt ihre staatsbehaltende Tätigkeit andernwärts ausüben.

Achtung! Metallarbeiter! Die Firma Brodrecht, Elisabethufer 55, ist für Metallarbeiter jeder Branche bis auf weiteres gesperrt. Wir ersuchen die Kollegen, den Betrieb zu meiden.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Klempner! Die Firma Grabert, Köpenickerstraße 70a, ist für die Klempner gesperrt. Wir ersuchen, den Betrieb zu meiden.

Die Portland-Zementfirma Gutmann u. Jeserich hat 15 Streikbrecher in Zoffen anzuwerben versucht. Die Bauarbeiter aller Bauten seien darauf hingewiesen, daß die Fuhrwerke der Firma von Streikbrechern gefahren werden.

Die Lohnbewegung der Berliner Bäcker

ist nunmehr, nachdem die Versammlungen der Arbeitgeber den Verhandlungen ihrer Kommissionen zugestimmt haben, als beendet anzusehen. Als der deutsche Bäckerverband diese Bewegung ins Werk setzte, ließ sich kaum erwarten, daß dieselbe einen Erfolg o h r e K a m p f bringen würde, denn in den Reihen der Innungsmeister machten sich auch diesmal wieder die Stimmen der Heber und Scharfmacher bemerkbar, die von Bewilligungen nichts wissen wollten. Schließlich gewannen aber doch die einsichtigeren Elemente die Oberhand, nicht weil sie eine besondere Zuneigung für die Arbeiter haben, sondern vielmehr deshalb, weil sie es noch nicht verstanden haben, daß die Bäckermeister durch den Streik im Jahre 1904 eine arge Schlappe erlitten, weil sie damals in ihrer Mehrheit dem kurzfristigen Rat ihrer scharfmacherischen Innungsleiter nur allzu willig folgten. Die Klugheit gebot den Bäckermeistern, es nicht wieder auf einen Kampf ankommen zu lassen, bei dem sie ebenso wie vor zwei Jahren der Unterlegene gewesen sein würden. So geschah es denn, daß die Bäckerverbände ihren früheren Standpunkt aufgaben und sich zu Verhandlungen mit den Vertretern der Gesellen, ja sogar mit dem deutschen Bäckerverbande, dem sie bis dahin das Recht der Arbeitervertretung überhaupt abgesprochen hatten, bereit erklärten. Daß Herr Bernard noch vor Beginn der Verhandlungen auf seine Wiederwahl zum Obermeister der Bäckervereinigung zu Berlin verzichtete, mag mit darauf zurückzuführen sein, daß es gerade dieser Hauptgeschäftsmacher war, der die Meister vor zwei Jahren in den Kampf hegte und die größte Schuld an ihrer Niederlage trug. — Nach alledem ist das, was der deutsche Bäckerverband jetzt für die Berliner Bäcker gesellen erreicht hat, eine Frucht des großen Streiks, den er im Jahre 1904 mit Hilfe der Berliner Arbeiterschaft geführt hat.

Die Erfolge der diesjährigen Lohnbewegung drücken sich weniger in der Erhöhung des Mindestlohnes von 21 auf 23 M. aus, als vielmehr in einigen anderen Umarmungen, durch welche das im allgemeinen noch so recht patriarchalisch-rüstständige Arbeitsverhältnis im Bäckergewerbe einige der Neuzeit entsprechende nicht unwesentliche Verbesserungen erhält. In dieser Hinsicht ist zunächst die grundsätzliche Abschaffung des Kost- und Logistikwesens zu nennen. Als einziger Rest dieses einer längst vergangenen Zeit entsprechenden Brauches ist die Bestimmung übrig geblieben, daß den Gesellen nur auf ihren Wunsch Kost und Logistik im Hause des Meisters zu gewahren ist. Der Meister darf es also nicht mehr zur Bedingung machen, daß der Geselle bei ihm ist und schläft. — Ferner ist das patriarchalisch-rüstständige System damit durchbrochen, daß Überstunden — natürlich so weit sie gesetzlich zulässig sind — bezahlt werden müssen, was die Bäckermeister bisher nicht als ihre Pflicht anerkannten. — Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind die Bestimmungen über den Arbeitsnachweis. Wenn sich auch die Meistervertreter gegen die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises, der dem Zentralarbeitsnachweis in der Gormantstraße angegliedert werden sollte, sträubten, so ist doch der schließlich vereinbarte Arbeitsnachweis unter Leitung einer aus gleichen Teilen von Meistern und Gesellen bestehenden Kommission nicht anders als ein paritätischer Arbeitsnachweis. Mit der Errichtung und der allge meinen Benutzung eines solchen Arbeitsnachweises ist wieder einer der wundesten Punkte im Bäckergewerbe beseitigt, durch dessen Vorhandensein die Arbeitnehmer schwer zu leiden hatten. Das war besonders die Arbeitsvermittlung durch gewerbmäßige Stellenvermittler, die es verstanden, den Arbeitssuchenden unverhältnismäßig hohe Gebühren für die Zurechtweisung einer Stelle abzupressen. Aber auch die Arbeitsnachweise der Innungen haben zu Klagen Anlaß gegeben. Das alles muß nun aufgehört, wenn die Innungen, wie es in der Vereinbarung festgesetzt ist, ihre Mitglieder zur ausschließlichen Benutzung des einzurichtenden zentralisierten (paritätischen) Arbeitsnachweises erhalten. — Ein weiterer Fortschritt ist es, daß die Mitglieder der paritätischen Schlichtungskommission das Recht haben, die Bäckereien auf die Innehaltung der Vereinbarungen hin zu kontrollieren. Dadurch wird es möglich sein, die strikte Innehaltung der Vereinbarungen, die ja von den Meistervertretern in der Kommission rückhaltlos zugesichert ist, auch bei denen zu erzwingen, die sich um ihre Verpflichtungen herumdrücken möchten.

Nach alledem kann es nicht zweifelhaft sein, daß das Arbeitsverhältnis im Bäckergewerbe durch diese Vereinbarungen ein gutes Stück vorwärts gerückt worden ist. Ueberbleibsel mittelalterlich-zünftlicher Einrichtungen sind durch die Verwirklichung von Forderungen der modernen Arbeiterbewegung ersetzt worden, ein Erfolg, der höher anzuschlagen ist als die unmittelbaren materiellen Verbesserungen.

Wenn auch die Innungsmeister, um den Schein zu wahren, neben einer größeren Anzahl von Mitgliedern der Gesellenvereine nur wenige Vertreter des deutschen Bäckerverbandes zu den Kommissionsverhandlungen herangezogen hatten, so lag doch die Führung der Arbeiterfrage in den Kommissionsverhandlungen vollständig in den Händen der Vertreter des deutschen Bäckerverbandes, der ja auch die Bewegung ins Werk gesetzt hatte. Eine äußerst

Nützliche Rolle spielten bei den Verhandlungen die beiden Vertreter der von den Meistern begünstigten Gewesenseite, der „Gelben“. Sie waren von den Innungsmeistern als Gegengewicht gegen die „Roten“ herangezogen, erschienen aber während der ganzen Verhandlungen nur als zwei Außen, deren Anwesenheit den Meistern nichts nützte und dem Bäckerverbannde nichts schaden konnte.

Auch in der Schlichtungskommission, wo der deutsche Bäckerverband zwar nur durch zwei Mitglieder neben 12 Abgeordneten und einem Gelben vertreten ist, werden die beiden Verbandsmitglieder, wie sicher anzunehmen ist, die Interessen der Arbeiter ebenso energisch und umsichtig vertreten, wie sie es bisher taten, und so ist dafür gesorgt, daß die getroffenen Vereinbarungen auch von allen Beteiligten innegehalten und auf dieser Grundlage später vielleicht weitere Verbesserungen auf gebaut werden.

Die Flug- und Lagerarbeiter sowie die Holzbearbeitungs-, Maschinenarbeiter und Kranführer der Firma David Franke & Söhne, Mühlentstraße 55, sind, wie schon kurz mitgeteilt, in einen Streit eingetreten. Sie hatten ihren Arbeitgebern am 3. Mai folgende Forderungen unterbreitet: Für alle zurzeit beschäftigten Arbeiter eine Lohnzulage, ab Montag, den 7. Mai, von 8 Pf. pro Stunde, Anfangslohn für Flug- und Lagerarbeiter 45 Pf. pro Stunde, an den Maschinen sollten in Zukunft neue Arbeiter unter 50 Pf. pro Stunde nicht beschäftigt werden, Erhöhung des Affordolohnes für Arbeiter der Breiter aus dem Bahn pro Kubikmeter um 30 Pf., 52 stündige Arbeitszeit pro Woche. Außerdem forderten die Flugarbeiter als Bezahlung für Überstunden einen Zwanzigprozentigen Aufschlag. Die Firma, welche über große Reichthümer verfügt, zahlt ihren Arbeitern sehr minimale Löhne. Dieselben betragen bis jetzt im Anfang 37 Pf. und erlauben in großen Zwischenräumen nur ganz geringe Steigerungen, von 1 und höchstens 2 Pf. pro Stunde, so daß Arbeiter, welche schon jetzt Jahr und noch länger im Betriebe tätig sind, noch Löhne unter 50 Pf. pro Stunde beziehen. Dabei ist die zu leistende Arbeit eine körperlich sehr anstrengende, wenn man bedenkt, daß die Arbeiter den ganzen Tag mit den schweren Röhren, Holzern und Brettern herumhantieren müssen. Die an den Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter werden nach und nach aus den Reihen der Lager- und Arbeiter genommen und zu dieser Arbeit angelehrt. Sobald nun ein solcher Arbeiter selbstständig eine solche Maschine bedienen kann, erhält er nicht etwa den in anderen Betrieben für Fraiser üblichen Lohn von 55 bis 70 Pf. pro Stunde, sondern er wird nach wie vor auch für 40 bis 45 Pf. pro Stunde bei dieser gefährlichen Arbeit ausgenutzt. Vor einigen Tagen wurde z. B. einem jungen Arbeiter, welcher mit einem Lohn von 42 Pf. pro Stunde an der Kreisäge beschäftigt wird, fast die ganze linke Hand abgeschnitten. Nur ein Teil derselben mit dem kleinen Finger blieb erhalten. Am Sonnabend wurden den Arbeitern auf ihre Forderungen hin zwei, in einigen Fällen auch drei Pfennig pro Stunde zugesprochen. Dieses Angebot lehnten die Arbeiter ab; sie betrachteten es als Hoheit in Anbetracht der teuren Lebensverhältnisse. Den Vertretern des Handels- und Transportarbeiterverbandes sowie des Holzbearbeitungsmaschinenarbeiterverbandes, die zu verhandeln versuchten, wurden nach langem Hin und Her noch 1 Pf. mehr Zulage für die Arbeiter zuerkannt, so daß also 3 und 4 Pf. Mehrlohn pro Stunde gezahlt werden sollte. Auch dieses weitere Zugeständnis schienen den Arbeitern zu gering; deshalb beschloßen sie, in den Streit einzutreten. Es kommen 56 Mann in Frage. Zugang ist strengstens fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Leipzig, 8. Mai. (Eig. Ber.) Anscheinend werkspezifisch inspiriert, teilt die bürgerliche Presse mit, daß nun doch Unterhandlungen stattfinden mit den Belegschaftsausschüssen, daß demnach die Sechserkommission hinaufgeht; und so wäre der Wunsch der Werksbesitzer, nur mit ihren Arbeiterausschüssen verhandeln zu wollen, erfüllt. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß die Ausständigen vom ersten Tage an zu Verhandlungen bereit gewesen sind. Daß sie ferner die aus ihren Reihen gewählte Lohnkommission stets als die maßgebende Instanz bezeichnet haben. Erst noch die in Halle auf der Konferenz einstimmig angenommene Resolution sprach aus, daß mit den zurzeit bestehenden Arbeiterausschüssen ein Festhalten unmöglich sei, weil die Mitglieder dieser Ausschüsse zum großen Teil Streikbrecher geworden seien. Die Resolution befogt allerdings auch, daß mit Kommissionen aus den Reihen der Streikenden von den einzelnen Werken verhandelt werden könne. Die Werkspresse schrieb darauf sofort, daß nun eine Basis gefunden sei, auf der verhandelt werden könne. Auf Grund dieser Auslassungen und auch auf Grund dessen, daß mittlerweile dieser mit zwei Gesellschaften Verhandlungen über die Forderungen stattgefunden hatten, haben heute Vertreter aus den Belegschaften mit ihren Direktionen verhandelt. Aber nicht die Arbeiterausschüsse bzw. soweit dieselben stehen geblieben, also arbeitswillig gewesen oder zu Streikbrechern geworden sind. Das ist gegenüber den Auslassungen von der gegnerischen Presse festzustellen!

Die Nachrichten des Werkes Grottsch von der Baldauer Gesellschaft ist gestern Abend, wie zu erwarten stand, nicht angefahren. Ebenso ist die Belegschaft des Werkes bei Brudorf im Revier Halle-Ost heute in den Ausstand getreten. Das Werk gehört der „Gewerkschaft Braunkohle-Rietelbener Bergbauverein“, welche in jenem Reviere noch mehrere Werke im Betriebe hat. Wenn der Ausstand nicht recht bald beigelegt wird, steht zu erwarten, daß in den nächsten Tagen im Reviere Halle-Ost, um Bitterfeld herum, weitere Belegschaften ausständig werden. Danach ist also ein ernstes Aufkommen — kein Abflauen — der Bewegung zu konstatieren!

Am Donnerstag finden in den Braunkohlerevieren 4 große Bergarbeiterversammlungen statt, in denen das Resultat der heute gepflogenen Verhandlungen bekannt gegeben wird. Weiterhin werden die Versammlungen über die Aufnahme der Arbeit oder Fortdauer des Ausstandes beschließen.

Unternehmerterrorismus. Da die Maurer in einigen Orten der Umgebung von Halle wegen Lohnunterschieden ausständig sind, fordert der Bezirksarbeiterverband öffentlich in der „Baugewerkszeitung“ auf, nicht nur die Streikenden aus jenen Orten nicht zu beschäftigen, sondern überhaupt keine aus Halle a. S. und Merseburg kommenden Maurer einzustellen. Dies scheint der Staatsanwalt ruhig mit ansehen zu können. — Wenn aber die Arbeiterpresse in Halle bei Streiks die zwei Worte: „Zugang ferngehalten“ veröffentlicht, dann ist der Staat in Gefahr.

Zur Lohnbewegung im Danziger Baugewerbe. Am 30. April hatten die Maurer den Arbeitgebern die Forderung auf 58 Pf. Stundenlohn nebst den Lebensforderungen gestellt. Die Arbeitgeber erklärten bald darauf, daß sie in ein Vertragsverhältnis eingehen wollten, wenn eine Einigung mit allen drei Berufen (Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern) erzielt wird. Die Arbeitgeber wünschten einen Vertrag auf drei Jahre und wollten zahlen: für Maurer pro 1903 50 Pf., pro 1907 52 Pf. und pro 1908 54 Pf. Stundenlohn. Den Zimmerern, die 50 Pf. gefordert hatten, wolle sie 48, 50 und 52 Pf. bewilligen. Die Kall- und Steinträger sollen 33, 35 und 30 Pf. und die anderen Arbeiter 30, 33 und 35 Pf. Stundenlohn erhalten. Befordert hatten die Bauarbeiter 37 und 35 Pf. Stundenlohn. Die Berechtigung einer Lohnenerhöhung haben die Arbeitgeber zugestimmt. Den Bauarbeitern werden sie wohl noch etwas zulegen müssen, wenn es zum Vertragsabschluss kommen soll.

Die Mäler und Läufer in W o r m s sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen einen Mindestlohn von 43 Pf. für Gehilfen über 20 Jahre und 35 Pf. für die Junggelesen, sowie eine zehnstündige Arbeitszeit. — Zugang ist strengstens fernzuhalten.

Wirtschaftliche Kämpfe im nördlichen Bayern. In Würzburg haben die Kommissionen der Maurer und der Bauunternehmer wegen Abschluß eines Tarifvertrages verhandelt und sind über die meisten Punkte zu einer Verständigung gelangt. Eine Versammlung der Unternehmer zog jedoch die Zugeständnisse hinterher wieder zurück, weshalb seit Montag früh auf allen Bauten die Arbeit ruht.

In der Holzindustrie zu Würzburg haben die Unternehmer der größeren Firmen sich mit den Arbeitern über die aufgestellten Forderungen geeinigt und u. a. die 56 stündige Arbeitszeit und einen 7 prozentigen Zuschlag für Lohn- und Affordarbeit vereinbart. Nur die Kleinmeister wollen keinerlei Zugeständnisse machen. Es wurde daher am Montag früh in allen in Frage kommenden Betrieben die Arbeit niedergelegt.

In Erlangen haben die Bauhilfsarbeiter Lohnforderungen gestellt. Die Antwort der Unternehmer bestand darin, daß am Montag vormittag auf allen Bauplätzen die Bauhilfsarbeiter ausgesperrt wurden.

In sämtlichen Spiegelfabriken in FÜRTH in Bayern sind am Montag die Glas-, Maschin-, Metallarbeiter usw. nicht zur Arbeit erschienen, da die Fabrikanne die eingereichten Forderungen ohne weiteres ablehnten.

Ausland.

Die Wiener Bauunternehmer haben beschloßen, am Sonnabend sämtliche Arbeiter zu entlassen, wenn die über einzelne Bauten verhängten Sperren nicht aufgehoben werden. Die Aussperrung würde 40 000 Mann betreffen.

Aussperrungsdrohungen der dänischen Unternehmer.

In Dänemark finden gegenwärtig mehrere große Streiks statt; in Aarhus streiken die Vieher, in Kopenhagen die Abbrucharbeiter, ferner die Klavierarbeiter, und außerdem liegen an verschiedenen Orten die Buchdrucker im Kampf mit ihren Arbeitgebern. Wegen des Streiks in Aarhus drohen die Eisenindustriellen mit einer allgemeinen Aussperrung. Aber auch die allgemeine „Dänische Arbeitervereinerung“ hat sich bereits mit der Frage einer mehr oder minder umfassenden Aussperrung beschäftigt und ihre Generalversammlung in der vorigen Woche hat dem Zentralvorstand dieser Gesamtorganisation des dänischen Unternehmertums Vollmacht gegeben, über die Aussperrung zu beschließen. Dies soll am Sonnabend geschehen.

Kampf gegen die Nachtarbeit in den norwegischen Bäckereien.

Der Beschluß des norwegischen Storting über teilweise Wiederaufhebung der Nachtarbeit in den Bäckereien hat dazu geführt, daß die Bäckergesellen sich nun durch gewerkschaftlichen Kampf die Vorteile zu sichern suchen, die ihnen durch ein kurzfristiges Parlament entzogen wurden. Sie stellten an die Meister die Forderung, daß sie sich nicht der Vergünstigungen bedienen, die ihnen das neue Gesetz bietet, und beschloßen, wo dem nicht nachgegeben wird, zu streiken. Der Landesverband der Bäckermeister fordert jedoch die Meister auf, sich nicht dem Verlangen der Gesellen zu fügen und droht mit einer allgemeinen Aussperrung über das ganze Land. Die norwegische Arbeitgebervereinerung hat den Bäckermeistern seine Unterstützung zugesagt.

Der Streik in Turin beendet.

Turin, 8. Mai. In einer heute abend abgehaltenen Versammlung, an welcher der Präfekt, der Bürgermeister sowie Industrielle und das Streikkomitee teilnahmen, ist eine Lösung der Streitfragen, welche die Veranlassung zu dem Ausstand gegeben haben, gefunden worden. Das Streikkomitee versammelte sich darauf in der Arbeitsbörse, um die Arbeiter von dem Ergebnis in Kenntnis zu setzen und eine Bekanntmachung aufzugeben, in der erklärt wird, daß der Ausstand beendet ist. Die Arbeiter werden morgen die Arbeit wieder aufnehmen.

Turin, 9. Mai. Nach einer von der Arbeitskammer erlassenen Bekanntmachung soll die Arbeit heute nachmittag wieder aufgenommen werden.

Bologna, 9. Mai. Infolge Beschlusses der Arbeitskammer sind als Protest gegen die Vorgänge in Turin die Arbeiter der industriellen Werke heute in den Ausstand getreten. Fast alle Läden sind geschlossen. Die Straßenbahnen verkehren unter polizeilichem Schutz.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Landesverratsprozess.

Leipzig, 9. Mai. (Privatdepesche des „Vortwärts“.) Wegen Landesverrats verurteilte das Reichsgericht heute den ehemaligen Regierungsekretär Senfleben zu vier, den Monteur Anrad zu drei Jahren Zuchthaus. Außerdem wurde über die Angeklagten 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verhängt. Der Geschäftsfreisende Rude wurde freigesprochen. — (Siehe auch Notiz unter Deutsches Reich in dieser Nummer.)

Die Steuern bezahlen die Konsumenten.

Köln, 9. Mai. (B. L. Z.) In einer heute hier abgehaltenen Versammlung von Brauereileitern wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: Die heute in Köln abgehaltene, von Vertretern des Verbandes der rheinisch-westfälischen Brauereien, der norddeutschen Brauereivereinerung und des sächsischen Brauereiverbandes sehr zahlreich besuchte Versammlung nimmt mit lebhaftem Bedauern Kenntnis von den Beschlüssen der zweiten Lesung des deutschen Reichstages betreffend die Erhöhung der Brauersteuer und beschließt einstimmig, gegen hohe Konventionalstrafen vom Tage des Inkrafttretens der Brauererhöhung ab den Bierpreis entsprechend zu erhöhen.

Los von Lueger!

Wien, 9. Mai. (B. L. Z.) (Von einem besonderen Korrespondenten.) Bei den heutigen Wiener Gemeindevahlen sind dem vierten Wahlkörper erbobten die Sozialdemokraten vier Mandate von den Christlichsozialen und behaupteten ihre eigenen Mandate.

Für die Freiheit der Presse.

Paris, 9. Mai. (B. L. Z.) Das Pariser Pressejbidat, das mit einer Klage des Chefredakteurs des Maties „La Croix“ wegen der am 27. April in den Redaktionsräumen dieser Zeitung stattgehabten Hausdurchsuchung befaßt ist, hat an den Ministerpräsidenten einen energischen Protest wegen dieser Verletzung des Geschäftsgeheimnisses erhoben. Wenn dies Vorgehen als gesetzlich gebilligt würde, so würde dies auf eine vollständige Verneinung der Pressefreiheit hinauslaufen.

Die Durchführung des Generalstreiks.

Rom, 9. Mai (Privatdepesche unseres römischen Korrespondenten.) Nach anderthalb Tagen mustergerähtig disziplinierten Generalstreiks beschloß die Turiner Arbeitskammer heute nach der erfolgten Dienstenthebung der an den Regierungen schändigen Polizisten die Beendigung des Streiks. Weitere Generallstreiks werden augenblicklich durchgeführt in Bologna, Forli, Ancona. Die Nachrichten aus Bologna lauten sehr ernst. Voraussichtlich wird morgen der Generalstreik in Neapel und Rom ausbrechen.

Bologna, 9. Mai. (B. L. Z.) Ausständig versuchten heute in die militärische Feuerwerkschule einzudringen, um die dort angestellten Arbeiter zum Wiederlegen der Arbeit zu zwingen. Eine anrückende Schwadron Kavallerie wurde mit Steinen beworfen, wodurch ein Leutnant schwer, ein Rittmeister und fünf Soldaten leicht verletzt wurden. Mehrere Personen wurden verhaftet. Eine für 8 Uhr nachmittags angesetzte Versammlung fand infolge eines Unwetters nicht statt.

Reichstag.

98. Sitzung vom Mittwoch, den 9. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Frhr. v. Stengel.

Auf der Tagesordnung steht Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzes über die

Besteuerung der Personenzahlfahrten.

Es liegt ein Antrag Beder vor: dem Bundesrat die Ermächtigung zu geben, während einer auf längstens ein Jahr zu bemessenden Uebergangszeit das Verfahren bei der Stempelsteuer anders zu regeln.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel: Die verbündeten Regierungen werden sich Mühe geben, die Einführung des Fahrkartenstempels möglichst rasch zum 1. Juli herbeizuführen.

Das Gesetz wird mit dem Antrag Beder angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes betreffend

Erlaubnisarten für Kraftfahrzeuge.

Die Kommission schlägt vor: Kraftfahrer mit 10 M., Kraftwagen nach den Pferdekraften, steigend mit 25—150 M. als Grundbetrag, wozu noch weitere Stempelabgaben für jede Pferdekraft treten sollen.

Abg. Leonhart (fr. Vp.) begründet einen Antrag, außer den zur gewerbemäßigen Beförderung von Personen bestimmten auch die zu Erwerbszwecken benutzten Automobile von der Stempelsteuer frei zu lassen.

Abg. Rommsen (fr. Vp.): Wir lehnen das vorliegende Gesetz ab, da es eine Belastung des Verkehrs bezweckt und seine Entwidlung hindern muß.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel: Nach dem Antrage Leonhart würden nur sehr wenige Automobile übrig bleiben, die wir besteuern könnten. Der Industrie wird diese Steuer nicht schaden.

Abg. Lipinski (Soz.):

Die Ausführungen des Herrn Reichsschatzsekretärs betreffen auf welche abschüssige Bahn die verbündeten Regierungen sich mit dieser Vorlage begeben haben. Das Luxusautomobil wollte man treffen, und um das zu fassen, hat man auch die Automobile mit in die Steuer einbezogen müssen, die zur Ausübung eines Berufs gebraucht werden. Der Herr Staatssekretär meinte, man wolle nicht die Automobilindustrie belasten, sondern nur die Besitzer. Wenn aber das Automobil besteuert wird, so wirkt das ohne weiteres als Belastung der Industrie, und die Steuer ist im Effekt nichts als eine Gewerbesteuer. (Sehr richtig! links.) In der Tat bedeutet die Automobilsteuer genau so eine Erhöhung des Verkehrs wie die Fahrkartensteuer.

Ich vermute ja, daß diese Steuer lediglich vorgeschlagen ist, um für die gesamten indirekten Steuern als Dekorationsstück zu dienen (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten); man wollte damit beweisen, daß auch die stärkeren Schultern zu den Steuern herangezogen werden. Nun, der Gesamtertrag der hier vorgeschlagenen Steuern beträgt reichlich eine Millarde Mark, der Ertrag der Automobilsteuer 3/4 Millionen, d. h. 0,03 Proz. der gesamten Steuern werden von den sogenannten stärkeren Schultern getragen, alles übrige belastet den Konsum der breitesten Massen des Volkes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) abgesehen davon, daß auch von der Automobilsteuer Kreise betroffen werden, die das Automobil zur Ausübung ihres Berufes brauchen und daß daher die Automobilsteuer die Automobilindustrie schädigt, was wieder zu einem Lohnrückgang in ihr beschäftigt Arbeiter führen wird.

Alles das muß man bestimmen, gegen diese Steuer zu stimmen. Dem Antrag Leonhart werden wir zustimmen.

Kun hat gestern Herr Abg. Herold behauptet, daß das Defizit des Reiches nicht allein hervorgerufen sei durch die Bewilligung der Flottenvorlage, sondern auch durch eine Reihe von Aufwendungen, die der breiten Masse der Bevölkerung zugute kämen; darunter führt er auch die Kosten der Jubiläumsfeierungen an. In dieser Kühnheit des Gedankens haben sich selbst die verbündeten Regierungen nicht aufgehoben, denn in der Begründung zu den Steuerentwürfen sind sie nicht mit einem Worte auf diese Lasten gekommen. Es wäre ja auch sehr eigenartig, wenn man auf der einen Seite die Arbeiter mit hohen Steuern belastet, anzuführen, daß man ihnen auf der anderen Seite einige Pfennige zulassen läßt. Herr Herold hat diese Ausführung wohl lediglich getan, um sich nach außen seiner Wählerchaft gegenüber zu rechtfertigen.

Wir werden — wie gesagt — gegen diese Dekorationssteuer stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Werner (Antif.): Die Automobilsteuer trifft nicht die Arbeiter; das Gegenteil glauben die Sozialdemokraten wohl selbst nicht. Wir stimmen der Besteuerung zu, und zwar ohne den Antrag Leonhart, der in der Praxis nicht durchführbar ist.

Abg. Beder (natl.): Die vorgeschlagene Besteuerung wird in keiner Weise die Industrie schädigen. Die Reden der Linken von Arbeiterentlastungen in der Industrie, die vom ersten Augenblick jeder derartigen Steuerentwurf hier gehalten werden, sind wir nachgerade gewohnt. (Weißt rechts) und doch sollten die Sozialdemokraten gerade diese Steuer annehmen, welche die reichen Leute trifft. Bei der Zigarettensteuer sagten Sie: man darf eine hochentwickelte Industrie nicht besteuern und dadurch Tausende von Arbeitern brotlos machen, tausende von Mädchen der Prostitution in die Arme treiben; hier sagen Sie: man darf eine in den Anfängen befindliche Industrie nicht belasten. Wann sollen wir sie denn besteuern? (Lebhafte Jurufe links: Gar nicht!)

Abg. Lipinski (Soz.): Der Abg. Beder hätte besser hinzuhören sollen, bevor er gegen uns polemisierte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alle, die ein Automobil benutzen, werden durch diese ungerechte Steuer ebenso belastet als die, die es besitzen. Wir bekämpfen diese Steuer wie jede Konsumsteuer. Es ist richtig: Winderbemittelte kaufen keine Automobile, aber sie kaufen auch zum Beispiel keine Brauereien, und doch sind wir gegen die Brausteuer. Auch ist programmatisch von uns festgelegt, daß wir jede Besteuerung des Verkehrs bekämpfen. Ich weiß ja, daß die Mehrheit dieses Hauses die Steuer annehmen wird, wir aber sind gegen jede solche indirekte Sondersteuer, die den Verkehr hemmt, den Konsum belastet und zahlreiche Arbeiter der Automobilindustrie brotlos macht. (Weißt links bei den Sozialdemokraten.)

Die Debatte ist erloschen. Der Antrag Leonhart wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt, das Gesetz gegen dieselben Stimmen nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Die Besteuerung der Anstellungen

wird debattelos nach dem Beschluß der Kommission abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die

Besteuerung der Vermögenswerte (Lantienem).

Die Kommission schlägt vor, sie mit 8 Proz. zu besteuern, soweit sie nicht bei einer Gesellschaft unter 5000 M. bleiben.

Abg. Kaempf (fr. Vp.): Die Besteuerung der Lantienem ist sehr populär bei allen denen, die keine Lantienem besitzen. (Große Heiterkeit.) Aber sie ist nicht gerechtfertigt; denn sie ist Besteuerung eines Teiles des Einkommens. Ich halte eine Reichseinkommensteuer für eine notwendige Konsequenz der deutschen Einheit. (Zustimmung links.) Aber sie darf nicht nur einen bestimmten Kreis von Personen erfassen und nicht nur einen Teil des Einkommens. Man will hier „müßeloses Einkommen“ treffen. Ist Einkommen aus Verpachtung von Rittergütern nicht müßeloses Einkommen? (Sehr gut! links.) Ist das Einkommen aus den Liebesgaben etwa müßelvoll oder das Einkommen, das durch das Steigen der Güterpreise veranlaßt ist? (Lauter rechts, Heiterkeit

links.) Haben, um noch eins zu nennen, die Domherren ein müßelvolles oder ein müßelloses Einkommen? (Große Heiterkeit links.) Uebrigens ist das Einkommen eines Aufsichtsratsmitgliedes in den meisten Fällen nicht müßelvoll; ich habe als Vorstandsdirektor niemals solche Sorgen gehabt wie als Aufsichtsrat. (Hal! hal! und Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen die Steuer ablehnen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Der Herr Vortragender hat mit einem großen Teil seiner Argumente ganz unbestreitbar recht. Der Bericht der Kommission, der uns vorgelegt worden ist, hat soviel moralisierende Stellen, die in einer Gesetzgebung wahrhaftig nicht am Platze sind, daß dagegen zu polemisieren schon ganz überflüssig erscheint. Da heißt es: Die Lantienem in ihrer heutigen Höhe sei ein Unflug, sie stehe nicht im Verhältnis zur geleisteten Arbeit; Leistung und Gegenleistung würden bei der Bemessung der Lantienem nicht genügend abgewogen. . . Ganz richtig! Aber wenn wir das Moment müßelosen Gewinnes unseren Geleiten zugrunde legen sollten, so möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß jedes Einkommen, das nicht reines Lohnverdienst ist, gleichzeitig auch ein Element müßelosen Gewinnes in sich trägt. Insofern kann ich der Kritik des Abg. Kaempf durchaus zustimmen. Aber er hat auch zugegeben, daß diese Steuer unzweifelhaft eine Steuer auf das Einkommen ist. Sie entspricht gewiß nicht dem, was wir uns unter einer Einkommensteuer vorstellen. Beder die Form noch das Steuerobjekt ist einwandfrei. Aber sie ist eben doch eine Steuer auf das Einkommen. Und aus diesem Grunde, weil die Einkommensteuer einen prinzipiellen Fortschritt gegen das bisher bestehende Reichsteuerverfahren bedeutet, stimmen wir für diese Vorlage, in der Hoffnung, daß der Appetit mit dem Essen kommt und wir sehr bald über die Station Lantienem hinausgehen werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Denn Sie werden durch keinerlei Interpretations- und Deduktionskünste und Klar machen, wie es jetzt noch der müßellose Gewinn bei den Dividenden oder der Grundrente unbesteuert bleiben soll. Ich zweifle gar nicht daran, daß auch hier nur der erste Schritt es ist, der Mühe macht. Je mehr Sie erkennen werden, daß die anderen völlig unhaltbaren, auf die Dauer außerordentlich schädlichen Steuern, die Sie heute einzuführen versuchen, Versuche mit unangenehm Mittel sind, umso mehr wird der Gedanke an die Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer Ihnen näher kommen. Wir sehen in den Kommissionsbeschlüssen den ersten Schritt zu den direkten Reichssteuern und hoffen, daß sich weitere an ihn anknüpfen werden. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dahlem (Z.): Nicht, weil die Steuer populär ist, sondern aus sachlichen Gründen stimmen wir für die Steuer. Auf die Frage, warum gerade die Lantienem-Empfänger besteuert werden sollen, erwidere ich: Jemandem muß man doch mit der Besteuerung des müßelosen Gewinnes beginnen. Wir sind bereit, wenn wieder ein großes Loch da ist, auch andere Arten des müßelosen Gewinnes zu besteuern. (Weißt links im Zentrum.)

Abg. Goshien (fr. Vp.) (von der Rechten mit Murren empfangen): Ich kenne andere Arten von Einkommen, die viel müßeloller sind, als die aus Lantienem. Wer ein Gut besitzt und einen Verwalter hat, oder wer ein Grundstück und einen Vizeverwalter besitzt, hat sicherlich ein um nichts weniger müßelloses Einkommen. Keiner denn die Herren Antragsteller die Tätigkeit eines Aufsichtsrates? Es gibt genug Aufsichtsratsmitglieder, die für ihre Gesellschaften täglich arbeiten. Ferner muß der Aufsichtsrat oft hohe pekuniäre Opfer für die Gesellschaft bringen, z. B. im Falle der Beurlaubung von Geldern seitens der Beamten. In diesem Falle ist die Lantienem eine Misskomprämie. Ein Unflug ist es freilich, wenn Herren Aufsichtsratsmitglieder werden, um ihren Einfluß an anderen Stellen, und auch bei Regierungstellen, zum Vorteil der betreffenden Gesellschaften zu betätigen. Sie betätigen mit ihrer Steuerpolitik einfach den den Sozialdemokraten zugeschriebenen Grundsatz des Teilens. (Lauter rechts. Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Aber, meine Herren, mit dieser Steuer machen Sie den ersten Schritt auf dem Wege zur Reichseinkommensteuer. (Sehr richtig! links) und um dieses großen Zielcs wegen stimmen wir für die Steuer. (Große Heiterkeit rechts und im Zentrum. Lebhafte Weisfall links.)

Abg. Raab (Antif.): Wir erklären uns für diese Steuer; die Sozialdemokraten müßten ihrer ganzen Geschichte nach dagegen sein. (Zuruf: Es tut Ihnen wohl um Ihre Rede leid? Heiterkeit.) Oh, wir freuen uns, wenn ein Unverständnis zu Verständ kommt; Zurufe bei den Sozialdemokraten) für die erfreuliche Mauferung verdient die Sozialdemokratie Dank.

Abg. Rachen (Z.): Wir stimmen für diese Steuer, nicht weil sie populär, sondern obwohl sie populär ist! Unter den Antragstellern befinden sich Aufsichtsratsmitglieder, welche die Verhältnisse genau kennen.

Abg. Wiener (fr. Vp.): Die vorgebrachten Gründe für die Steuer können und von unserer Stellungnahme nicht abbringen. In der Kommission waren zuerst auch die Nationalliberalen und die Sozialdemokraten Gegner der Steuer; auch die Sozialdemokratie steuert jetzt den Ritzackkurs. Vom Zentrum ist nach den Äußerungen des Herrn Dahlem über den „müßelosen Gewinn“ zu erwarten, daß es einen Antrag auf Besteuerung der müßelosen Einkommen der Domherren zur dritten Lesung einbringt. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Der Reichseinkommensteuer wird diese Steuer nicht die Wege bahnen, sondern sie wird ein Hindernis für sie sein.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel: Die verbündeten Regierungen haben diese Steuer nicht vorgeschlagen. Träger der Steuer ist nicht der einzelne Lantienempfänger, sondern die Aktiengesellschaft. (Lachen links.) Sollten die verbündeten Regierungen der Steuer zustimmen, so lege ich jetzt schon im voraus Verwahrung dagegen ein, daß Konsequenzen für eine Reichseinkommensteuer daraus gezogen werden! (Lachen links.)

Abg. Büsing (natl.): Theoretisch muß man die Steuer bekämpfen, aber Theorie und Praxis sind zweierlei (Zuruf bei den Freisinnigen: Geh nationalliberal!) und aus praktischen Gründen stimmen wir für die Steuer zu. (Weißt links bei den Nationalliberalen.)

Abg. Zimmermann (Antif.): Diese Steuer ist als Anfang einer gesunden Steuerpolitik zu begrüßen.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Die Bemerkungen des Herrn Abg. Raab, welche auch, soweit sie sachlich waren, auf einem sehr niedrigen Niveau standen, geben mir keinen Anlaß, darauf einzugehen. Herr Wiener warf uns vor, wir steuerten einen Ritzackkurs. Nein, Herr Wiener, wir steuern einen ganz direkten Kurs und zwar auf die Reichseinkommensteuer hin. Ich gebe Ihnen zu, daß wir sehr schwere Bedenken gegen die Form und Basis dieses Gesetzes haben. Wenn ich es schroff ausdrücken soll, möchte ich sagen: Wir sind im Grunde gegen diese Steuer, aber für das Prinzip, das in ihr zur Geltung kommt. Wenn Sie von einem Widerspruch zwischen unserer früheren und unserer jetzigen Haltung reden, so bedenken Sie folgendes: Wir haben uns gegen diese Steuer ausgesprochen in einem Stadium der Verhandlungen, als es noch denkbar erschien, die Erbschaftsteuer weiter auszubauen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf ihren Ausbau legten wir den Hauptnachdruck. Als wir nun sahen, daß sie in der Kommission vermutlich nicht sehr erheblich verbessert würde, mißten wir auch unsere Stellung zu dieser Steuer einer erneuten Prüfung unterziehen. Und da ist das Prinzip der direkten Einkommensteuer für uns Grund genug, daß wir ihr zustimmen.

Kun freilich sagte der Herr Reichsschatzsekretär, den wir heute als Konsequenzennmacher zu bewundern Gelegenheiten hatten: Das ist keine direkte, sondern eine indirekte Steuer; denn die Verpflichtung zur Entrichtung dieser Abgabe liegt der Gesellschaft ob. Nun, hier in Berlin ist es zum Beispiel die Regel, daß alle Leute, die ein Bankkonto haben, ihre Staats- und Kommunalsteuer durch das Bankhaus regulieren lassen. Das sind also nach der

Theorie des Herrn Staatssekretärs alles indirekte Steuern! — Der Staatssekretär hat weiter das Haus beschworen: um Himmelswillen dar aus nicht irgend welche Konsequenzen zu ziehen, wenn die Regierung diesem Gelegenheitswurf zustimme. Das erinnert mich wirklich an die schöne Geschichte von jener Jungfrau, der man vorhielt, daß sie ein Kind gehabt habe und die darauf erwiderte: Es war aber nur ein ganz kleines, und ich bitte Sie um Himmelswillen daraus keine weiteren Konsequenzen zu ziehen. Wir werden zweifellos auf dem hier erschlossenen Gebiete in Zukunft neue Steuern zu finden bemüht sein, d. h. uns der Reichseinkommensteuer nähern. Und deshalb stimmen wir für diese Vorlage. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. In der von dem Abg. Kaempf beantragten namentlichen Abstimmung wird das Gesetz in der von der Kommission beantragten Fassung mit 250 gegen 18 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des

Erbschaftsteuerentwurfes.

Sie beginnt mit § 12, der die Prozenthöhe der Steuer nach dem Grade der Verwandtschaft und der Höhe des geerbten Betrages abstuft.

Abg. Bernheim (Soz.):

Wir haben zu diesem Paragraphen eine große Reihe von Anträgen eingebracht, die eine wesentliche Veränderung desselben bezwecken. Wir beantragen, Elternden und Deszendenden (Eltern, Kinder, Großeltern, Enkel) in die Steuer hineinzubeziehen. Ferner die Gleichgestellten in der Besteuerung der unehelichen, der Stiefkinder und der im unmündigen Alter Adoptierten mit den ehelichen Kindern, die alle samt 2 Proz. zahlen sollen. Wir verlangen weiterhin die Gleichstellung der Schwiegerkinder mit den Geschwistern unter der zweiten Kategorie, die — wie in der Vorlage — 4 Proz. Steuern zahlen sollen. Wir haben ferner die Geschwisterkinder statt in die erste Kategorie mit 6 Proz. Steuer in die dritte Kategorie verlegt. Wir beantragen sodann eine neue sechste Kategorie für sämtliche Intestaterben, die nicht unter die Rubriken 1—4 fallen, mit einer Steuer von 10 Proz., schließlich für alle testamentarisch bedachten Personen, die nicht unter die ausdrücklich zur Erbfolge zugelassenen Verwandten fallen, sowie für die Körpergehaltene eine Klasse V mit 10 Proz. Steuer. Wir haben dann eine stärkere Staffelung vorgeschlagen, die bei 2 Millionen Mark Erbschaft das Dreifache des ursprünglichen Prozentsatzes erreicht. Ich will auch gleich hier erwähnen, daß wir die Befreiungen von der Erbschaftsteuer im § 13 der Vorlage sehr eingeschränkt haben und als Ausnahmefälle nur gelten lassen: den Erbschaftserwerb von nicht mehr als 2000 M. allgemein und von nicht mehr als 3000 M., wenn er Personen zufällt, die in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zum Erblasser gestanden haben. Wir hoffen, daß die hier vorgeschlagenen Änderungen Ihre Zustimmung finden werden.

Gemäß den Ausführungen unseres Fraktionsgenossen Singer bei der ersten Lesung haben wir in der Kommission beantragt, die Erbschaftsteuer in Form einer Nachlasssteuer zu erheben, weil dadurch die Prozedur wesentlich einfacher und — da die Erbschaftsumme zusammengeschaltet wird — die Steigerung sehr viel höher sein würde, als nach der Regierungen- und Kommissionsvorlage. Die von uns vorgeschlagene Steuer hätte nach unserer Berechnung 390 Millionen Mark gebracht. Die Gegenargumente, die vorgebracht wurden, waren alleamt nicht durchschlagend. England hat die Erbschaftsteuer in dieser Form eingeführt, und niemand beschwert sich dort über ihre „Ungerichtigkeit“, von der in der Kommission hier unaussprechlich gesprochen wurde. Im Gegenteil, das englische Parlament wird nach einer jetzt vorliegenden Regierungsvorlage die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer, die schon jetzt 200 Millionen im Jahre betragen, wesentlich erhöhen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch Sie hätten nach Annahme unseres Antrages sich alle diese neuen Verbrauchs- und Verbesseerungen, die hier diskutiert werden, ersparen können. Wir haben uns allerdings heute eine merkwürdige Argumentation über das Wesen der Steuern anhören müssen. Die Regierung hat, um ihr Gewissen zu salbieren, plötzlich die Lantienemsteuer — wie schon in der Kommission die Erbschaftsteuer — für eine „indirekte Steuer“ erklärt. Dabei werden sie direkt von den damit Belasteten erhoben. Auf dieses Beispiel könnte man sich berufen, wenn man die allervöllständigste Expropriation durchführen wollte. Ich halte aber eine derartige Kasuistik für unwürdig das Parlament wie der Regierung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Indessen wir haben so viele Gründe zugunsten der Reichseinkommensteuer, daß wir uns nicht noch über den Namen dieser Steuern hier zu streiten brauchen. Bei Annahme unseres Antrages wären nicht nur alle anderen neuen Steuern überflüssig geworden, sondern es hätten auch eine Reihe alter Steuern, die die ärmeren Klassen amersamtermachen am stärksten drücken, befreit werden können. Leider hat die Kommission unseren Antrag abgelehnt, und wir haben angeht der Stimmung dieses Hauses von seiner Wiederholung im Plenum abgesehen und dafür einen Antrag eingebracht, der sich der Form nach an die Kommissionsbeschlüsse anlehnt. Ueber das Ertragnis der Erbschaftsteuer, wie sie sich nach unseren Anträgen stellen würde, können wir Ihnen keine speziellen Berechnungen bieten. Jedenfalls würde bei dem hohen Prozentsatz der Erbschaften, die an Eltern und Kinder fallen, bei den höheren Steuerätzen und dem Wegfall der Ausnahmen auch so ein Ertrag herauskommen, der es erlaubt, von einer großen Zahl der neuen Steuern abzusehen, die die Arbeiter und Geschäftsleute außerordentlich schwer schädigen, wenn nicht ihre Existenz völlig untergraben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gegen den Grundgedanken unseres Antrages: Hineinziehen der Deszendenden und Ehegatten, können durchschlagende Gründe nicht vorgebracht werden. Ihr einziges Argument ist: Wir wollen nicht! Die einzigen Grundsätze, auf denen sich eine vernünftige Steuerpolitik aufbauen kann, sind die der Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Man sagt: Ehegatten und Kinder tragen vielfach erst zum Ankaufen des Vermögens bei, so daß es sich also um keinen „müßelosen Gewinn“ handelt. Solche Fälle kommen allerdings vor. Bedenken Sie aber, daß der Steuerfuß nur 8—6 Proz. beträgt. Welchen Fall wollen Sie denn nun konstruieren, der so beschaffen ist, daß Ehegatten und Deszendenden das Vermögen bis über 94 Proz. hinaus erworben haben? — Bei kleineren Vermögen ist ja überhaupt der durch die Erbschaftsteuer bewirkte Abzug so minimal, daß er für die Erben gar nicht in Betracht kommt. (Sehr richtig! links.) Vor allem kommen doch aber die großen Erbschaften in Betracht. Gegen deren kräftige Besteuerung spricht nichts, da für alles! Bedenken Sie doch die Natur unserer heutigen Vermögensbildung! Wir sehen riesenvermögen anwachsen, wie sie keine andere Zeit gekannt hat. Die Steuerlisten zeigen, daß die Steuerleistungen der Höchstbesteuerten rapide in die Höhe gehen und daß gleichzeitig die Zahl der Höchstbesteuerten ständig steigt. In derselben Zeit verlieren die großen Vermögen ständig an sozialer Bedeutung. Ich gebe gerne zu, daß in Zeiten, in denen Staat und Gemeinde schlecht organisiert waren, große Privatkapitalien nötig waren, um Unternehmungen ins Werk zu setzen, die im Anfang vielleicht noch keinen Nutzen abwarfen. Ich gebe sogar noch weiter, ich gebe zu: solche großen Privatkapitalien sind sogar heute noch nötig. Aber wir sehen auf der anderen Seite, daß in unserer Zeit in steigendem Maße die Kollektivvermögen die Rolle der Individualvermögen übernehmen. Aktienunternehmungen und Gewerkschaften mit beschränkter Haftung treten ständig an Stelle von Privatkapitalien in der Ausübung von wirtschaftlich notwendigen Funktionen. Wir brauchen das Privatkapital also durchaus nicht zu schonen, um so weniger, als die beiden großen Zwangsorganisationen: Staat und Gemeinde, bei zunehmender Demokratisierung mehr und mehr dahin kommen, selbst

Wirtschaftliche Unternehmungen in die Hand zu nehmen. Wissen-
schaft und Kunst sind von der Ansammlung solcher Kapitalien
bedroht. Wenn ein vernünftiger Luxus durchaus ein Kulturfaktor
ist, infolgedessen als er gewöhnlich der Vorläufer eines all-
gemein werdenden Bedürfnisses ist, so bedeutet doch der im
Wahnsinn gehende Luxus der Multimillionäre nichts als eine
Verwendung einer Summe von Nationalvermögen. Sie sprechen von
der Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen. Ich lehne sie
nicht, aber zwischen dieser Verbesserung und der Steigerung der
gesellschaftlichen produktiven Kräfte besteht ein so ungeheures Miß-
verhältnis, wie es in einer einigermaßen vernünftig eingerichteten
Gesellschaft nicht der Fall sein dürfte. (Sehr richtig! bei den Sozial-
demokraten.) Und der Grund, daß dieses Mißverhältnis nicht ab-
nimmt, liegt in der Ansammlung von Reichtümern in einzelnen
Händen.

Wie sehr die sozialen Funktionen dieser Multimillionäre ab-
nehmen, sehen Sie auch an der Degeneration in diesen Kreisen.
Wenn nicht körperlich, dann degenerieren sie geistig, und wenn sie
Ekelnaturen sind, brechen sie zusammen unter der Last der Ver-
antwortung, die ihnen ihr Reichtum auferlegt. Sehr be-
zeichnend ist auch, daß während früher der Sohn mit Stolz den
Erwerb aufnahm, durch den sein Vater reich geworden war, heute
sich die edleren Naturen abwenden vom dem Berufe, durch den sie
zu diesen Reichtümern gekommen sind.

Das Festhalten großer Vermögen in einzelnen Händen ist also
nicht nur überflüssig, sondern bedeutet auch eine soziale Gefahr, und
wenn Sie dieser sozialen Gefahr vorbeugen wollen, können Sie es
tun, indem Sie unseren Vorschlägen zu der gerechtesten Steuer, die
es gibt, zustimmen.

Die moderne Entwicklung führt offensichtlich nicht zur Abnahme
der Ehen, aber zu einer Auflösung des alten Familienverbandes.
(Sehr wahr! bei den Soz.) Heute stehen sich schon Väter ziemlich
fremd gegenüber. Eine große Reihe der Familienglieder, die nach
dem bürgerlichen Gesetzbuch noch als Interstaten zugelassen sind,
haben heute mit dem Erblasser keine nähere Verbindung als jeder
andere beliebige Staatsbürger. Daher ist bei diesen Erbschaften ein
besonders hoher Prozentsatz angebracht. Diegt wirklich eine soziale
Beziehung zwischen dem Erblasser und dem Verwandten vor,
so kam er ihm testamentarisch bedenkend, und dann sind
auch nach unserem Antrage erheblich niedrigere Steuersätze
zu zahlen. Bürgerliche Rationalökonomien haben weit höhere
Sätze vorgeschlagen, so Prof. Ludwig Stein in Wien in seiner
„Sozialen Rechtsordnung“ für weitere Verwandte eine Steuer bis
zu 80 Proz., und durchaus mit Recht; denn es handelt sich hier um
Vermögensübergänge, für die jede innere Veredlung fehlt. (Sehr
richtig! bei den Sozialdemokraten), die in der Gesetzgebung das
als Profil aus einer vergangenen Zeit.

Unser Antrag geht mit der modernen sozialen Entwicklung.
(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er macht jede Verlastung
der Industrie, des Handels und Verkehrs überflüssig, er ist gerecht,
und er ist gleichzeitig sehr einträglich für die Mittel des Reiches.
Daher bitte ich Sie nochmals, ihnen zuzustimmen. (Lebhaftes Bravo!
bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag
1 Uhr. (Außerdem: Pantelgesetz.)
Schluß 4 Uhr.

Abgeordnetenhause.

68. Sitzung. Mittwoch, den 9. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Freiherr v. Rheinbaben.

Die zweite Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz
und Ergänzungsteuergesetz wird fortgesetzt bei den Bestimmungen
über die

Konsumvereine.

Bisher waren nur Konsumvereine mit offenem Laden, sofern
sie juristische Personen waren, der Bestimmung unterworfen. Die
Kommission hat alle Konsumvereine mit Laden für besteu-
erungsfähig erklärt.

Hierzu liegt ein Antrag des Abg. Lusensky (nall.) vor,
nach dem alle Vereine einschließend eingetragener Genossenschaften
zum gemeinsamen Einkauf von Lebens- oder hauswirtschaftlichen
Bedürfnissen im großen und Ablass im kleinen, auch wenn ihr
Geschäftsbetrieb nicht über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht,
zur Einkommensteuer herangezogen werden sollen.

Abg. Hammer (L.) bittet, den Antrag Lusensky anzunehmen.
Daß die Freilassung der Konsumvereine, die nicht juristische
Personen seien, ungerecht sei, beweise das Beispiel des Dresdener
Konsumvereins, der sogar 84 000 M. Lantime versteuert habe, aber
keine Einkommensteuer zahle.

Abg. Dr. Gröger-Hagen (fr. Sp.): Nach den Ausführungen
des Abg. Hammer scheint diese Bestimmung nur für den Dres-
dener Konsumverein gemacht zu sein. Solche Ausnahmegesetze
billigen wir nicht. Der Antrag Lusensky erscheint uns schon
deshalb bedenklich, weil er einzelne ländliche Genossenschaften ebenso
wie die städtischen Genossenschaften schwer trifft. Wir verlangen,
daß entweder die Genossenschaften sämtlich den übrigen Gewerbe-
treibenden in bezug auf die Gewerbesteuer gleichgestellt werden
oder sämtlich die bevorzugte Ausnahmestellung erhalten. Wir
empfehlen deshalb eine einheitliche steuertechnische Behandlung
sämtlicher Genossenschaften. (Weißl. links.)

Abg. Dr. Hager (Z.) empfiehlt Annahme der Kommissions-
beschlüsse.

Abg. Lusensky (nall.) begründet seinen Antrag, der bezwecke,
die Handwerkereinkaufsgenossenschaften steuerfrei zu lassen.

Scheimatz Wallach bittet, den Kommissionsbeschluß anzu-
nehmen, da durch den Antrag Lusensky das Veranlagungsverfahren
komplizierter gestaltet werde. Eventuell würde die Regierung aber
auch mit dem Antrage Lusensky einverstanden sein. Die Volkerei-
genossenschaften hielten nach seiner Ansicht weder unter die Be-
schlüsse der Kommission, noch unter den Antrag Lusensky.

Die Abgg. Dr. Rewolbt (fr.) und Kretz (L.) treten für den
Antrag Lusensky ein.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Dr. Gröger-Hagen
(fr. Sp.) wird der Antrag Lusensky angenommen. Die übrigen
Bestimmungen, welche die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
und die Konsumvereine betreffen, werden in der Kommissions-
fassung angenommen.

In § 8 hat die Kommission eine Ziffer 7 eingefügt, nach
der von der Besteuerung ausgeschlossen sind: bei landwirtschaftlichen
Kreditinstituten die Zinsen der von amortisierbaren Schulden ange-
kauften Amortisationsfonds, soweit die Erhebung der letzteren
noch unzulässig ist.

Abg. v. Savigny (Z.) beantragt, hinter dem Worte „landwirth-
lichen“ einzufügen: „und anderen öffentlichen“.

Die Abgg. Wylling (fr. Sp.) und Dr. Gerschel (fr. Sp.) be-
antworten die von der Kommission eingefügten Ziffer,
eventuell die Steuerfreiheit für alle amortisierbaren Schulden
gleichmäßig zu gewähren, den Höchstbetrag der steuerfreien Zinsen
aber auf 400 M. festzusetzen. Im Fall der Ablehnung auch dieses
Antrages soll der Höchstbetrag von 400 M. wenigstens für die
landwirtschaftlichen Kreditinstitute festgelegt werden.

Der Antrag des Abg. v. Savigny wird angenommen, der frei-
sinnige Antrag dagegen abgelehnt. Im übrigen wird der Kom-
missionsbeschluß angenommen.

Nach § 9 sind von den Einkommensquellen die Aufwendungen
zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Ertrages (Wer-
bungskosten) in Abzug zu bringen.

Ein Antrag des Abg. v. Arnim (L.) will die Beiträge, die auf
Grund besonderer Gesetze erhoben werden, nur insoweit abzugs-
fähig sein lassen, als sie zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung
der einzelnen Grundstücke dienen.

Abg. Lusensky (nall.) begründet einen Antrag, der festsetzen
will, daß alle Bestimmungen über die Abzugsfähigkeit von Kom-
munaufwendungen nur auf die „Realsteuer“ beschränkt werden.

Abg. Dr. König (Z.) begründet einen Antrag, nach dem die
Beiträge für die Versicherungen nur abzugsfähig sein sollen, soweit
sie den Betrag von jährlich 600 M. nicht übersteigen.

Nach langer Debatte werden die Anträge Arnim, Lusensky und
König sowie § 9 mit diesen Änderungen angenommen.

§ 10 bestimmt, daß die Veranlagung der physischen Personen nach
dem Ergebnis des vorangegangenen Kalenderjahres berechnet
werden soll. Ferner bestimmt der Paragraph, daß über die Frage,
ob eine ausreichende Durchführung vorliegt, die Berufungskom-
mission endgültig entscheiden soll.

Abg. Wolff-Bissa (fr. Sp.) schlägt vor, den Satz hinzuzufügen:
„Auf Verlangen des Beteiligten ist vorher ein Sachverständiger zu
hören.“

Der Antrag Wolff-Bissa wird angenommen.

Die §§ 10—18 werden darauf ohne Besprechung angenommen.
Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag,
11 Uhr. Außerdem stehen die freijüngigen Interpellationen wegen
Ausweisung russischer Staatsangehöriger und kleine Vor-
lagen auf der Tagesordnung.

Schluß 4½ Uhr.

Parlamentarisches.

Schlusssatzung der Diätenkommission.

In der gestrigen Sitzung der Diätenkommission erhielt § 8
folgende Fassung:

„Ein Verzicht auf die Aufwandsentschädigung ist unzulässig.
Der Anspruch auf Aufwandsentschädigung ist nicht übertragbar.“
Demnach ist nach den Bestimmungen der Zivilprozessordnung
eine Pfändung der Aufwandsentschädigung ausgeschlossen. Ebenso
enthbehrt die Aufwandsentschädigung des Charakters des Einkommens,
unterliegt somit nicht der Verpflichtung des Deklarationszwanges
bei der Veranlagung zur Einkommensteuer.

Mit Ausnahme des § 8, der eine redaktionelle Änderung erfährt,
wird der Rest der Vorlage nach den Beschlüssen der ersten Lesung
angenommen, desgleichen die in erster Lesung eingebrachte Resolution,
deren Wortlaut wir bereits mitgeteilt haben. Auch die Vorlage
über die Änderung der Verfassung gelangt nach den Beschlüssen der
ersten Lesung debattelos zur Annahme. Nach dem vom Präsidenten
und vom Seniorenbüro gebilligten Dispositionen findet die zweite
Lesung der Diätenvorlage im Plenum Montag, den 14. Mai statt.

Duell und Versicherungsvertrag.

Bei der gestrigen Sitzung der Kommission zur Vordereitung
des Gesetzes über den Versicherungsvertrag kam es zu einer inter-
essanten gegen das Duellwesen gerichteten Abstimmung. § 166 des
Entwurfs bestimmt:

„Bei einer Versicherung für den Todesfall ist der Versicherer
von der Verpflichtung zur Leistung frei, wenn derjenige, auf
dessen Veranlassung die Versicherung genommen ist, Selbstmord begangen
hat. Die Verpflichtung des Versicherers bleibt bestehen, wenn die
Tat in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden
Zustande krankhafter Störung der Geistestätigkeit begangen
worden ist.“

Abgesehen von anderen Anträgen zu diesem Paragraphen war
vom Zentrum bereits in erster Lesung beantragt, das Duell dem
Selbstmord gleichzustellen, jedoch die im zweiten Satz des § 166
enthaltene Ausnahme nicht auf Duellanten auszudehnen. Dieser
Antrag gelangte gestern nach lebhaftem Meinungsstreit mit zehn
(Zentrum, Bismarck, Polen und Sozialdemokratie) gegen neun Stimmen
zur Annahme, so daß der von der Kommission vorgeschlagene § 166
lautet:

„Bei einer Versicherung für den Todesfall ist der Versicherer
von der Verpflichtung zur Leistung frei, wenn derjenige, auf dessen
Veranlassung die Versicherung genommen ist, Selbstmord begangen hat
oder durch Duell zum Tode gekommen ist. Im ersteren Falle
bleibt die Verpflichtung des Versicherers bestehen, wenn . . . usw.“
Auf die Kommissionsbeschlüsse in ihrer Gesamtheit werden wir
nach Eingang des Kommissionsberichts zurückkommen.

Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte am Mittwoch
über eine Petition des Präsidiums des XI. Blinden-Kongresses in
Dalle a. S. betreffend Änderung des Posttagelohes. Das Petition
geht dahin, Bestimmungen zu treffen, nach denen die in Blinden-
schrift hergestellten Bücher im Gewichte bis zu 5 Kilo für 10 Pfennige
Porto durch die Post befördert werden können. Jetzt beträgt das
Porto, da diese Bücher als Pakete befördert werden müssen, schon
in der ersten Zone 25 Pfennige, wozu noch 15 Pfennige
Verpackung kommen. Die Bücher mit Blindenschrift sind an und
für sich schon wesentlich teurer als die in gewöhnlicher Schrift her-
gestellten Werke. Sie werden ihres hohen Gewichtes wegen — so
wiegt z. B. Schillers „Wallenstein“ in Blindenschrift 7 Kilo — durch
das Porto, welches jetzt dafür zu zahlen ist, noch mehr ver-
teuert, was für die Blinden und die Blindenanstalten, die ihre
Bücher gegenseitig austauschen pflegen, als eine schwere Belastung
empfunden wird. — Die Petitionskommission beschloß, die Petition
dem Reichstagskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Aus der Partei.

Die sozialdemokratische Föderation, die Independent Labour Party
und die sozialistische Einheit in England.

Vielleicht erlauben Sie mir etwas Platz, um eine Widerlegung
der Auffassung Ihres Londoner Mitarbeiters über „die Frage der
sozialistischen Einheit in England“ zu geben? Ich werde mich so
kurz wie möglich fassen. Der Schreiber des Artikels („Vorwärts“
Nr. 94) sieht die Ursache des „Mißerfolges“ der S. D. F. darin,
daß sie sich nicht als Arbeiterpartei, sondern als eine „rein sozia-
listische Missiongesellschaft“ betrachtet. Das letztere stimmt. Aber
wie sollte die S. D. F. anders angesichts der Tatsache, daß die Ar-
beiterpartei schon gewerkschaftlich organisiert ist und politisch im
Schleppau der bürgerlichen Parteien sich befindet? Da gilt es
nicht, sie zu organisieren, sondern sie zu gewinnen, und das ist
eben ein Missionswort. Auch die I. L. P. war und ist trotz allem,
was Ihr Mitarbeiter von ihr sagt, eine Missiongesellschaft; nur
glaubt sie, ihre Aufgabe werde sich viel leichter erfüllen lassen, wenn
sie nicht unter sozialistischem Namen vorgeht, ihr sozialistisches Pro-
gramm vertuscht und sich anstatt auf dem Klassenkampfesboden auf
einem „ethisch-ästhetischen“ stellt. Man mag von dem prinzipiellen
und taktischen Wert dieser Methode denken, was man will; allein sie
ändert nichts in der Tatsache, daß die I. L. P. genau ebenso eine
Missiongesellschaft wie die S. D. F. ist. Uebrigens sind „Mission-
gesellschaften“ in England ganz etwas anderes, als auf dem Fest-
land. In England richten sich die Parteien genau nach den grund-
sätzlichen Interessen, und der Fortschritt des sozialpolitischen
Lebens wird deshalb nicht dadurch erreicht, daß immer neue Parteien
mit neuen Programmen entstehen, sondern dadurch, daß die be-
stehenden Parteien immer neue Programme aufnehmen.
Daher gewinnen die Missiongesellschaften eine ganz besondere Be-
deutung: sie sind die Werkzeuge, womit die neuen Programme den
alten Parteien aufgedrängt werden. Es gibt eben in England kein
anderes Mittel, Fortschritt zu fördern, als dieses. So arbeitete
Gobden, so arbeitet jetzt Chamberlain; so arbeiten auch tausend
andere Ligan und Gesellschaften — darunter auch sozialistische.
Zwar waren die Arbeiter in keiner besonderen politischen Partei organi-
siert; aber sie hatten ihre Trade Unions, und eben den Trade Unions
wollte die S. D. F. ihr Programm aufdrängen. Daher ist es auch
nicht richtig, was Ihr Mitarbeiter sagt, daß die S. D. F. die Arbeiter
als Bourgeois betrachte. Die Arbeiterbewegung war für sie eben
die Materie, der sie eine Seele zu verleihen suchte. Die S. D. F.
unermühtlich unter den Trade Unions gearbeitet. Nun aber scheidet
Ihr Mitarbeiter, daß die I. L. P. viel geschickter in ihrer Tätigkeit
war, — daß aus ihr „in den letzten Jahren eine solide, organisierte
Arbeiterpartei von einer Million Gewerkschaftlern“ wurde. Das ist
mir unbekannt. Er selbst muß doch wissen, daß erst vor kurzem die
I. L. P. in London ihren Parteitag abgehalten hat, der keineswegs

eine Million Mitglieder aufzuweisen konnte. Im Gegenteil, die
I. L. P. ist noch immer eine kleine Missiongesellschaft, wie etwa die
S. D. F., wenn auch etwas zahlreicher. Sollte er aber die neue Ar-
beiterpartei meinen — das gewesene L. R. C. (Labour Representa-
tion Committee = Arbeiter-Vertretungskomitee) — dann weiß er
doch ganz gut, daß nicht diese sich der I. L. P., sondern umgekehrt,
die I. L. P. sich der Arbeiterpartei angeschlossen hat, und zwar auf
Grund eines Programms, das das Aufheben des ibrigen bedeutet.
Auf diese Weise konnte wohl auch die S. D. F. in eine Million-
partei „aufwachen“, wenn sie die Richtung dazu hätte. Die Frage
würde nur sein, was das für eine Partei wäre, und da liegt eben der
Sund begraben.

Ihr Mitarbeiter meint, die jetzige Arbeiterpartei sei der Grund-
stein einer sozialistischen Partei. Das ist auch meine Meinung. Ich
bin überzeugt, daß binnen wenigen Jahren die Arbeiterpartei ein
ausgesprochenes sozialistisches Programm annehmen wird. Wenn
aber Ihr Mitarbeiter darin einen Verdienst der I. L. P. sehen will
und sogar die Gründung des L. R. C. als „einen großen Triumph“
der Politik der I. L. P. hinstellt, so kann ich ihm darin nicht bei-
stimmen. Er sollte doch wissen, daß, lange bevor die I. L. P. zustande
kam, die S. D. F. für die Gründung einer solchen Partei agitierte,
und selbst die I. L. P. verdankt ihr Entstehen der Propaganda der
S. D. F. unter der Arbeiterpartei. Es war die S. D. F., die dem
Gedanken einer Arbeiterpartei tätig popularisierte, und die Reso-
lution des Trade Union-Kongresses in Plymouth im 1899 war nicht
die erste ihrer Art. Dann aber bei der Gründung der Arbeiterpartei
war es auch nicht die I. L. P., die sie in eine sozialistische Richtung
zu lenken suchte. Umgekehrt, sie bekämpfte jeden Versuch der
S. D. F., der Partei eine sozialistische Physiognomie zu
verleihen und bemühte sich, sich dem damals noch liberalisierenden
Geiste des L. R. C. anzupassen. Späterhin war es auch nur die
S. D. F., die durch ihre Kritik die neue Partei zum sozialistischen
Bewusstsein aufzurütteln suchte; umgekehrt war die I. L. P. nur
bemüht, mit dem Erwachen dieses Bewusstseins Schritt zu halten
und nicht eher ihre sozialistischen Ueberzeugungen zum Ausdruck zu
bringen, als der Boden völlig sicher war.

Es ist somit falsch, die Sache so darzustellen, als ob die I. L. P.
der neuen Partei zum sozialistischen Bewusstsein verhalf oder ver-
hilft, so ist es überhaupt ein Irrtum, zu glauben, daß sie zu der
allgemeinen Entwicklung der Partei etwas wichtiges beigetragen
hat. Wäre es nur von der I. L. P. abhängig, so hätte das junge
Schifflein des L. R. C. kurz nach seinem Stapellauf an den liberalen
Missionsschiffbruch erlitten, wie es auch mit einem ähnlichen Fahr-
zeug in 1892 passierte. Glücklicherweise traf die Taff-Vale-Ent-
scheidung ein, und diese war es, zusammen mit dem Vorkerott des
Liberalismus, die die Bewegung nicht nur mit einem Male ge-
waltig verstärkte, sondern ihr auch einen ausgesprochenen Massen-
charakter verlieh. Seitdem entwickelte sich die Arbeiterpartei unter
dem zwingenden Druck der objektiven Logik der Verhältnisse, und
die I. L. P. tut nicht mehr, als sich nach der steigenden Stimmung
richtend immer mutiger ihre sozialistischen Ansichten in der Partei
zu offenbaren. Dieses alles kann man genau nach den Protokollen der
L. R. C.-Kongresse verfolgen.

Man sieht, daß es nicht richtig ist, von einem „Mißerfolge“ der
S. D. F. und einem „großen Triumph“ der I. L. P. zu sprechen.
Worin die I. L. P. erfolgreich war, ist, daß sie unter der Flagge der
Arbeiterpartei eine Anzahl ihrer Kandidaten ins Parlament brachte.
Das ist gewiß ein Erfolg, aber nicht ein solcher, worauf die Sozial-
demokraten stolz zu sein pflegen. Dagegen, wenn jemand an der
Erzeugung und Ausbreitung des sozialistischen Bewusstseins in der
Arbeiterpartei beteiligt ist, so ist es gewiß nicht die I. L. P., viel-
mehr aber die S. D. F.

Nach dieser Darlegung des nach meiner Meinung wahren Sach-
verhaltes dürfte die Frage der sozialistischen Einheit in England
in einem anderen Lichte erscheinen, als sie von Ihrem Londoner Mit-
arbeiter vorgeführt worden ist. Z. H. Rothstein.

Theoretische Vertiefung.

Der Vorstand des sozialdemokratischen
Vereins in Oberfeld beschloß, eine Vortragsreihe über das Partei-
programm stattfinden zu lassen. In Aussicht genommen sind sechs
Vorträge über den ersten Teil des Programms. Die Thematika
lauten: I. Das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft. a) Die Ab-
lösung des alten Kommunismus durch die privatwirtschaftliche
Produktion und das Aufkommen des Geldes als Kaufmittel. II. b) Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion zur großen
Industrie und die Verdrängung des Kleinbetriebes. III. c) Das
Lohnsystem. IV. d) Handelskrisen und Arbeitslosigkeit. V. Die Ab-
lösung der kapitalistischen durch die sozialistische Produktionsmethode.
VI. Der Weg zum Zukunftsstaat.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Aus Bressau meldet uns ein Privattelegramm vom
9. Mai:

Auch der Genosse Kisch wurde heute mittag aus der Unter-
suchungshaft entlassen.

Wie hoch wird ein Sozialdemokrat von einem bürgerlichen Gerichte
taxiert?

Mit einem mehr als sonderbaren Streitgegenstand hatte sich
am Dienstag die zweite Zivilkammer des Landgerichts München I
zu beschäftigen. „Streitgegenstand“ war nämlich kein Geringerer
als der Schuhmachermeister Johann Hierhager in München,
der bekanntlich gegen seinen Ausschluss aus dem sozialdemokratischen
Verein München und der Partei Klage erhob. Er wollte festgestellt
wissen, daß sein Ausschluss zu Unrecht erfolgt sei. In der damaligen
Verhandlung übergab der Vertreter des beklagten sozialdemokratischen
Vereins, Rechtsanwalt Dr. Bernheim, einen Brief des Partei-
vorstandes, wonach in der Angelegenheit ein neuerliches Schieds-
gericht einberufen, ein Vorsitzender ernannt und dem H. anheim-
gegeben wurde, dem Vorsitzenden rechtzeitig seine Besitztümer zu nennen.
Aus diesen Gründen beantragte damals Rechtsanwalt Bernheim
Aussetzung der Verhandlung, bis das neuerdings eingesehte Schieds-
gericht seine Entscheidung getroffen habe. Und als der Vertreter
Hierhagers darauf nicht einging, ließ Dr. Bernheim Verurteilungs-
urteil ergehen, wonach im Namen des Königs der Beschluß des
sozialdemokratischen Vereins aus Ausschluss des Klägers für rechts-
unzulässig, Hierhager also für einen Sozialdemokraten erklärt wird.
Als einige Zeit später der königlich bayerische Sozialdemokrat Hier-
hager mit seiner gegen den Vorsitzenden des sozialdemokratischen
Vereins, Genossen Franz Schmitt, angelegten Beleidigungssache
kläglich Nisalo machte, zog er vor, seinen Austritt aus dem sozial-
demokratischen Verein und der Partei zu erklären. Gegen das oben
erlassene Verurteilungsrecht aber legte Rechtsanwalt Dr. Bernheim
Einspruch ein und bestritt zur Begründung seines Einspruchs die
Zuständigkeit des Landgerichts. Der Streitgegenstand überschreite
sicher den Betrag von 300 Mark nicht, und da die materielle Prüfung
durch den freiwilligen Austritt H. dem Gerichte überhaupt ent-
zogen sei, könne es sich nur mehr um die Prozesskosten handeln. Der
Vorstande blätterte in den Akten und konstatierte dann, daß durch
Gerichtsbeschluß der Streitwert auf 2500 M. festgestellt wurde.
Dr. Bernheim: Und ich behaupte, daß dem H. an der Mitglieds-
schaft der Partei gar nichts gelegen ist, weil er insinuiert seinen
Austritt erklärt hat. Der Vertreter des Klägers bot Beweis durch
die Ehefrau des Klägers an, daß dieser durch den Ausschluss aus der
sozialdemokratischen Partei wirtschaftlich schwer geschädigt sei. —
Das Gericht verlegte die Verhandlung der Entscheidung auf den
22. Mai.

Der königlich bayerische Sozialdemokrat a. D. Johann Hier-
hager wird mit Verwunderung vernommen haben, welche hohe Ein-
buße die sozialdemokratische Partei durch den Verlust seiner ehren-
werten Persönlichkeit erlitten hat. Ob er sich wohl selbst auf
2500 M. einsperrt?

Wie man sich behandelte. Unser Forster Parteiblatt, die
„Mitt. Volkstimme“ meldet, daß dem betagten Genossen Huber,
Geschäftsführer der „Volkstimme“, der als Drucker eines an-
geblich den Konservativen v. Dürfen beleidigenden Flugblattes eine
Gefängnisstrafe erteilt, im Forster Gefängnis die Selbstbezügung

vertweigert wurde. Die Selbstbeschäftigung ist allerlei Einschränkungen unterworfen. So ist dem Genossen Uder jede Unterhaltungs- und Zeitungsliteratur verboten, ja, die gestrenge Gefängnis-Zensur hat sogar die „Größlichen Mitteilungen“, ein reines unpölitisches Buchdruckerfachblatt, nicht passieren lassen!

Strafsätze der Presse. Genosse Robert Müller vom „Sächsischen Volksblatt“ zu Zwickau war seinerzeit wegen Verleumdung der Schutzmannschaft zu Wylau zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt worden. Wegen des Urteils legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein und die Strafkammer erhöhte die Strafe auf drei Wochen.

Groben Unfug soll Genosse Franke von der „Arbeiter-Zeitung“ in Dortmund durch eine Boykottnotiz verübt haben. Ein amtsgewaltiger Strafbefehl fordert dafür von ihm 30 M.

Der beleidigte Stegmüller. In Grohbreitenbach (Thüringen) wurde ein Porzellanarbeiter Koch, der sich als Genosse gerierte, von der sozialdemokratischen Partei ins Gemeindepalament gewählt. Gleich bei der zweiten Gemeinderatsversammlung botierte er gegen die Interessen seiner Wähler, für die Verteilung eines patriotischen Schmarrens zur Silberhochzeit des Kaiserpaars in den Schulen. Ein Genosse sagte dem Rädgratsten in derben Worten seine Meinung, worauf der Ehrenmann zum Stadt Kef und den Genossen als Beleidiger zu 75 M. Geldstrafe verurteilt ließ. Das zarte Ehrgefühl des Herrn Koch nötigt ihn aber nicht, dem Verlangen seiner Wähler nachzukommen, daß er sein Mandat niederlege. Eine Warnung für die Genossen, vorsichtig bei der Vergabung von Ehrenämtern zu sein.

Aus Industrie und Handel.

Es stimmt etwas nicht!

Unter großem Wortgetöse lassen die Eisenindustriellen verkünden, daß sie zu einem gewaltigen Kampf gegen die Arbeiter rufen. 300 000 Metallarbeiter sollen ausgesperrt werden. Natürlich würde ein solcher Akt vielfach mit Streiks beantwortet werden, manche verwandte Industrie in Mitleidenschaft gezogen, vermehrte das Heer der Ausständigen und Streikenden. 400—500 000 Personen würden aus der Produktion ausgeschieden. Warum? Um ein paar hundert Eisengießereiarbeiter zu Boden zu schlagen? Daß die Unternehmer sich vielleicht einbilden könnten, die Organisation zu vernichten, für so horniert halten wir sie nicht. Für die Gewerkschaft ist das allerwirksamste Agitationsmittel die — Aussperrung. Die Erfahrung bezeugt das! Noch nie war die Arbeiterschaft kampflustiger als zurzeit. Und bei ausgesprochener Kampfstimmung innerhalb der Arbeiterschaft will man sie durch Drohungen schrecken. Merkwürdig! Und noch merkwürdiger wird die Geschichte, wenn man an die seit Wochen in den aufdringlichsten Farben geschilderte günstige Konjunktur denkt. Angeblich kann das Kohlenyndikat dem

stürmischen Begeh nach Brennmaterialien seitens der Eisenindustrie bei weitem nicht genügen. Die Werke sollen über die Grenzen der Leistungsfähigkeit hinaus bis zum Jahres-schluss, ja vielfach bis in das nächste Jahr hinein, mit Aufträgen versehen sein. Wiederholt wurde gemeldet, die Händler könnten für umfangreiche Spezifikationen kein Placement finden. Die Abnehmer werden erschreckt mit Ankündigungen drohender Materialnot. Klagen über Arbeitermangel unterstreichen die glänzenden Schilderungen von dem ungewöhnlich starken Beschäftigungsgrad. Kurzum, man sollte nach den industriellen Marktberichten annehmen, keine größere Sorge gebe es für die Unternehmer, als in Frieden mit den Arbeitern die gute Konjunktur auszunutzen, man sollte meinen, die Unternehmer jubelten, daß die Arbeiter die Verhältnisse nicht ihrerseits durch Drohung mit umfangreichen Streiks für sich auszunutzen sich anschiden. Da überrascht man die Welt mit der Ankündigung einer Riesenaussperrung wegen einer Bagatelle. Wenn die Börse bisher auf die Ankündigung noch nicht reagierte, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß über Nacht eine wilde Panik den Optimismus verdrängt. Daß sich hinter der Angabe, wegen der paar Eisengießereiarbeiter eine umfangreiche, noch nicht dagewesene Unterbindung der Produktion eintreten zu lassen, etwas anderes verbirgt, diese Gewisheit muß sich selbst dem harmlosesten Gemüt aufdrängen.

Segen der Junterpositiv.

Zwar nicht unerwartet, aber doch überraschend kräftig ist die gegenwärtige Aufwärtsbewegung der Getreidepreise. Nachdem die Preise Mitte März und April infolge der überreichen Einfuhr vom Auslande her, die noch zu den alten niedrigen Höllen stattfand, ziemlich stark hintergegangenen waren, setzte von Mitte April an wieder eine Steigerung ein, die, nach der Lage des Getreidemarktes zu urteilen, vorläufig wohl noch weiter zunehmen dürfte. Besonders in preussischen Marktorten ist die Steigerung sehr groß; sie beträgt vereinzelt 10 M. für die Tonne. An den wichtigsten Plätzen kostete nämlich eine Tonne Weizen an folgendem Stichtagen in Mark:

	1. Februar	1. März	2. April	3. Mai
Danzig . . .	172—174	172—176	178	182—188
Stettin . . .	172—175	170—173	160—172	182
Posen . . .	178	176	175	180
Breslau . . .	174	173	178	178
Berlin . . .	178	175 1/2	175	184
Hamburg . . .	180	175	178	186
Mannheim . . .	191	191	190 1/2	194

Nächst der Preissteigerung bei Weizen ist die Verteuerung des Hafers auffallend. Der Haferpreis steht gegenwärtig auf dem höchsten Stande des laufenden Jahres und ganz bedeutend, vereinzelt bis zu 30 M. pro Tonne, höher als im Vorjahre.

Im laufenden Jahre gestaltete sich die Preisbewegung bei Hafer an den wichtigsten Marktorten folgendermaßen. Es kostete eine Tonne in Mark:

	1. Februar	1. März	2. April	3. Mai
Berlin . . .	167 1/2	168 1/2	168 1/2	173
Breslau . . .	154	153	153	165
Königsberg . . .	142	146 1/2	154	162
Danzig . . .	150—152	148—150	155—156	167—168
Mannheim . . .	166	162 1/2	168	170

Bei Roggen, der in diesem Jahre in ganz außerordentlich starken Mengen vom Auslande bezogen wurde, ist die Aufwärtsbewegung nicht ganz so erheblich. An den wichtigsten Marktorten stellte sich der Roggenpreis pro Tonne in Mark wie folgt:

	1. Februar	1. März	2. April	3. Mai
Danzig . . .	154—155	151	152—153	156
Stettin . . .	156—157	153—155	145—151	150—160
Posen . . .	158	155	154	155
Breslau . . .	158	157	154	156
Berlin . . .	166 1/2	164	160 1/2	162
Hamburg . . .	173	168	167	172
Mannheim . . .	175	172	178	176 1/2

Bei Getreide endlich trat ebenfalls eine Verteuerung ein, sie ist aber im Vergleich zu der Preissteigerung der anderen Getreidesorten nur unbedeutend. In einigen Marktorten, wie Breslau, Posen, blieb der Preis unverändert; an einigen wenigen Märkten ging er sogar zurück.

Akkumulatoren- und Elektrizitätswerke Aktiengesellschaft vorm. B. A. Voese u. Co. in Berlin. Der Fabrikationsgewinn im Jahre 1905 hat sich von 438 603 M. im Vorjahre auf 560 329 M. erhöht. Der Bruttogewinn stieg von 92 069 M. auf 211 491 M., so daß nach Abzug der gesamten Abschreibungen in Höhe von 153 988 M. (i. B. 141 555 M.) ein Reingewinn von 57 507 M. zur Verfügung bleibt, woraus 8 M. pro Gewinnanteil auf das 4 1/2 Millionen M. betragende Gesellschaftskapital, aufgeteilt in 59 Stamm- und 4441 Vorzugsaktien, ausgeschüttet und 7149 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Gesellschaft erwartet eine fortschreitende Entwicklung des Unternehmens. Bei Beginn des neuen Jahres ist es möglich geworden, eine Preiserhöhung durchzuführen. Die Verteuerung der Rohmaterialien konnte damit aber noch nicht ausgeglichen werden.

Scharfmacher auf dem Jang. In der gestrigen Notiz unter vorstehender Stichmarke fehlt ein Satz. Es soll an der betreffenden Stelle heißen: Um den Arbeitern und der verarbeitenden Industrie die Wahrnehmung ihrer Interessen zu erschweren, um ihnen den Mitgenuß an den höheren Gewinnen zu verwehren, um sie von der Anteilnahme auszuschließen, hegt man sie aufeinander, verwickelt sie in Kämpfe, die ihre ganze Kraft absorbieren.

Sommer-Joppen

für Herren.

4 Sonder-Angebote

- Ordnlicher Baumwollstoff, waschbar **85 Pf.**
- Schwarz-weiß verschwommene Muster **1 M. 75**
- Praktische graue Lodenstoffe **2 M. 60**
- Vorzügliche graue satinierte Waschestoffe **3 M. 30**



Lüster-Jacketts

für Herren.

4 Sonder-Angebote

- Schwarz Lüster **2 M. 25**
- Schwarz-weiß gestreifter Lüster **2 M. 50**
- Schwarzer Diagonal-Lüster **2 M. 90**
- Grau Körper-Lüster **3 M. 30**

Herren-Westen-Gürtel Sehr angenehme, leichte und luftige Tragart, 3,75, 3,50, 2,75, 2,50, 2,25, 1,90, 1,40 **95 Pf.**

Der Haupt-Katalog Nr. 29 (Frühjahr u. Sommer) wird kostenlos u. portofrei zugesandt.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Masstabes

Chausseestrasse 24^a/25 • 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20.

Billigste Bezugsquelle für Händler!

Von Mk. 16.— an für 1000 Stück. Als Muster nur Probebeutel.

- Spezialitäten:
Mk. 21—25—26—28—29—30—32—33—
35—40—45—55—60—65—70—80—
90—100—110—120—150—180—200—250—
das Tausend!

Zigarren-Fabrik-Lager **BELL & Co., Berlin C. 2, Rosenstr. 18, I.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Mittenwalde und Umgegend.

Sonntag, den 13. Mai d. J., feiert der Wahlverein im Lokale von E. Schmidt ein

Volksfest

bestehend in Konzert, Kinderbelustigung und Ball. Anfang 3 Uhr. Um zahlreichem Besuch bittet Das Komitee.

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbaren Kau- u. Schnupftabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak.**
Rathorner Schnupftabak: Ehesegger, Kowwoer, Kardinal, Karotten usw. stets frisch zu billigsten Engrospreisen.
Neu! Neu aufgenommen: Neu!
Berliner Luft (Detailpreis: Paket 10 Pf.)
erstklassiger Qualitäts-Schnupftabak aus den Tabakfabriken 1150L* von **Joseph Doms, Rathor.**
Amt 4, 3014.

erstklassiges Solidaria-Fahrrad.

Wir liefern Ihnen solches auf Wunsch auch gegen Teilzahlungen.

Anzahlung Mk. 20. 20. bis Mk. 50; Abschahlung monatlich Mk. 5 bis Mk. 15. Billiger Reicheräder geben wir bei Barzahlung schon von Mk. 59. an ab. Auch Zubehörteile wie Laufdecken, Lohschlüssel, Laternen, Glocken etc. kaufen Sie bei uns am billigsten. Pretialiste gratis und franco.
J. Jendrosch & Co., Charlottenburg No. 456.



Musik-Fachausstellung
BERLIN vom 5.—20. Mai 1906
in der Philharmonie, Bernburger Strasse.
Gedöfn. v. 10—3 Uhr. Eintritt 1 M.
Loss a 50 Pf. zugunsten der Pensionsanstalt zu haben in der Ausstellung, bei den kgl. Lotterie-Einnahme u. sonst. Loseverkaufsstellen.

Pinol

An allen Orten werden Verkaufsstellen errichtet.
Vertreter gesucht.
Gebrüder Krayer, Mannheim.

Rückenfett

ohne Schwarte und Linsen pro Pfund 60 Pf., Eisbeine 40 Pf., Brustbrun, Knochen und Knochenfleisch empfehle ich billigt 11872*
Berliner Wurst- und Fleischwaren-Fabrik, G. m. b. H., Petersburger Platz 8.

Theor. u. praktische Ausbildung zum Chauffeur.

Programm kostenlos. Ungenügender Nachweis von tüchtigen Chauffeuren.
Technikum Altenburg
Sachsen-Altenburg.



Vorletzte Woche! Inventur-Ausnahmepreis

Mit kleinen Webtehlern!
Eine große **echter** Partie

Plüsch-Tischdecken

mit reicher Stickerei
ca. 33 1/3 % unter Preis!

- 130x130 cm **6.75 M.** Wert 10.00
- 140x140 cm **7.85 M.** Wert 15.00
- 130x160 cm **10.50 M.** Wert 18.00
- 145x175 cm **13.50 M.** Wert 22.50

Nach außerhalb per Nachnahme.

Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranien-Strasse 158.

Inventur-Extralliste gratis und franko.
und der soeben erschienenen Katalog 1906

Reichels Universal-Magenpulver

Magenstärkend, die Verdauung unterstützend, stark appetitanregend.
Stets prompt in seiner Wirkung.
Dose M. 1.—, 3 Dosen M. 3.50 frz. Berl. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Erklärung.

Da in dem Versammlungsbericht in Nummer 106, 2. Beilage des „Vorwärts“, über die Waienausgesperrtenversammlung der A. G. W., Brunnenstraße, die eigentliche Tagesordnung mit keinem Wort erwähnt wurde, so daß schließlich gar nicht zu ersehen ist, aus welchem Grunde die Versammlung abgehalten wurde, so sehen sich Unterzeichnete gezwungen, um Aufnahme folgender Klarstellung zu ersuchen:

Die Tagesordnung dieser Versammlung lautete: Bestand bezüglich der Waiensstimmen bei allen im Betrieb Beschäftigten genügend Klarheit?

Der Versammlungsleiter führte im Auftrage der Arbeitervertreter dieses Werkes folgendes aus: Die Vertrauensmännerversammlung (A. G. W., Brunnenstraße) am 28. März er. beschloß, daß in Anbetracht der gegenwärtigen Kämpfe in Deutschland (Römer) die Agitation für die Feier des 1. Mai durch Arbeitruhe nicht von den Funktionären zu erfolgen habe, sondern daß dies den im Werke Beschäftigten selbst überlassen bleiben sollte. In der einige Tage darauf, am Mittwoch, den 4. April, abgehaltenen Versammlung wurde auf Drängen vieler Kollegen die Feier des 1. Mai durch Arbeitruhe prinzipiell beschlossen. Um aber in einer derartig wichtigen Angelegenheit eine erschöpfende Antwort durch alle im Werk Beschäftigte zu haben, fand entgegen der Arbeitsordnung dieses Werkes eine geheime Abstimmung innerhalb desselben statt. Die Vertrauensleute erhielten genau so viel Stimmzettel, als die einige Tage vorher aufgenommene Statistik Beschäftigte angab. Jeder Vertrauensmann war durch ein ihm übergebenes Zirkular angewiesen, diese Stimmzettel nach der Ausfüllung in einem verschlossenen Kuvert dem zuständigen Obmann zu übergeben. Jede Beeinflussung beim Ausfüllen der Stimmzettel war unterbleiben. Der Ausdruck der Stimmzettel lautete:

Betrieb:

Abteilung:

Von für Arbeitruhe am 1. Mai.

Von gegen Arbeitruhe am 1. Mai.

Gehöre folgender Organisation an:

Die Auszählung und Zusammenstellung des Stimmresultates fand am 21. April in Gegenwart eines Beamten des Handels- und Transportarbeiterverbandes sowie eines Mitgliedes des Fabrikarbeiterverbandes statt. Das Resultat war, daß über Dreifünftel der abgegebenen Stimmen für Arbeitruhe am 1. Mai war. Da das Organisationsverhältnis der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes in diesem Werke nicht ganz mit der Leipziger Metallarbeiter-Verbandsrats-Resolution übereinstimmte, so beschloßen die bei der Auszählung Anwesenden, die Entscheidung über die event. Aufrechterhaltung der Abstimmung unter Klarstellung des genauen Sachverhaltes, der am Montag, den 23. April, stattfindenden Versammlung selbst zu überlassen. Dagegen den circa 2000 Anwesenden vom Leiter der Versammlung in aller Deutlichkeit nicht eins, sondern mehrermals erklärt wurde, daß, wenn die geheime Abstimmung aufrecht erhalten werden soll, dann jeder auf seine eigene Verantwortung ohne Unterstützung zu stehen habe (mit Ausnahme der zu Arbeitslosenunterstützung Berechtigten), beschloß die Versammlung gegen circa 15 Stimmen, die Feier des 1. Mai durch Arbeitruhe zu begehen. Einige Tage nach dieser Versammlung hatten die Gegner der Arbeitruhe eine intensive Agitation gegen diesen Beschluß entfaltet, weil sie befürchteten, ihre durch langjährige Mitgliedschaft bzw. Beitragzahlung erworbenen Rechte durch event. Ausschluß zu verlieren. Hierher gehören Mitglieder aller in diesem Werk vertretenen Organisationen; keine ist davon ausgeschlossen. Von einem Kollegen dieses Werkes war dann — um volle Klarheit zu schaffen — Sonntag, den 29. April er., eine Versammlung nach den Germanialäden einberufen, die übermäßig besucht, wieder gegen eine kleine Minderheit die Arbeitruhe am 1. Mai beschloß. Bei der Verteilung, Einsammlung und Auszählung der Stimmzettel hatte keine Ungehörigkeit stattgefunden. Auf keinen Stimmzettel hat irgend ein Vermerk bezüglich einer Unterstützung gestanden. Die Nachrichten, welche nachdem folportiert wurden, sind entweder schlechte Ausreden oder wissenschaftliche Entstellungen. In der am Montag, den 7. Mai, stattgefundenen Versammlung wurden die vom Leiter dieser Versammlung vorgebrachten Angaben vollständig bekräftigt. Der eine Redner, welcher gegenwärtiger Meinung war, mußte zugeben, daß er nichts positives genaues angeben konnte, auch sonst keine Ahnung von den Organisationsverhältnissen dieses Werkes hat. Kein Redner hatte etwas gegen die richtige Handhabung bei der Meistertatsache vorzubringen.

G. Wegner, Grupp, Wölfe, A. Kahube, Lehmann, H. Weber, R. Wollstein, C. Schmidt, R. Hirsch, Chr. Linde, Rediger, A. Riedel, O. Söhler, C. Grahl, E. Sinze, F. Braunenberg, R. Kähler, Hag Horn.

Zu vorstehender Erklärung bemerke ich: Die formelle Tagesordnung ist von mir in dem Bericht deshalb nicht besonders erwähnt worden, weil der Zweck der Versammlung aus den Ausführungen des Genossen Cohen für jeden, der lesen kann, klar und klar ersichtlich ist. Der Bericht konnte naturgemäß kein ausführliches Protokoll sämtlicher gehaltenen Reden sein, sondern mußte sich darauf beschränken, den Gesamtstand der Verhandlungen wiederzugeben, und das ist objektiv und korrekt geschehen. Somit kann die Erklärung den Bericht wohl ergänzen, sie ändert jedoch nichts an dem Kern der in der Versammlung gemachten Ausführungen.

F. R. Rhein, Berichterstatter.

Aufklärungen über die Berliner Milchverhältnisse

wurden von einer Beleidigungslage erwartet, die zwischen Herrn Oberleiter Wongert und Herrn Dr. med. Engel vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. Engel und Wongert hatten bis zum Jahre 1905 im Vorstand der Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit gesessen, der eine als erster Schriftführer, der andere als zweiter. Ihr Streit ist eine Frucht des Milchkrieges, der nun schon seit mehreren Jahren zwischen der märkischen Milchzentrale und den Milchhändlern Berlins und der Vororte geführt wird.

Zu den Aufgaben, die die Gesellschaft sich gestellt hat, gehört die, den unermittelten Wohnern unserer Stadt bei der Beschaffung einwandfreier Milch für Kinder und helfend zur Seite zu stehen. Sie empfiehlt der Bevölkerung als Bezugsquellen eine Anzahl Wollereien, die sich durch die Gesellschaftsändig kontrollieren lassen. Die Gesellschaft wurde im vorigen Jahre mit in den Milchkrieg verwickelt. Als die Milchhändler, um den agrarischen Milchveräußerern nicht auf Gnade und Ungnade ausgeliefert zu sein, zur Einführung von Milch aus Dänemark schreiten wollten, erteilte die Gesellschaft eine Warnung vor der dänischen Milch, deren Genuß den Säuglingen Gefahr bringe. Die Zentrale greift diese Warnung begierig auf und veröffentlicht sie in einem Flugblatt, um so den Milchhändlern einen Strich durch ihre Rechnung zu machen. Die Milchhändler schlossen hieraus, daß die Gesellschaft, und besonders ihr erster Schriftführer Dr. Engel, mit der Zentrale an demselben Stränge ziehe. Sie antworteten mit der Zentrale „Erklärungen“ über die Gesellschaft. In einem Flugblatt behaupteten sie, die Milch der empfohlenen Anstalten spreche keineswegs immer den von der Gesellschaft selber aufgestellten Vorlesungen. Es seien sogar Tuberkelbazillen in Milch aus empfohlenen Anstalten gefunden worden, aber man habe die tuberkulösen Rube nicht ausgeschieden. Hierzu erklärte Dr. Engel, niemals seien Tuberkelbazillen in solcher Milch ge-

funden worden. Er meinte die Untersuchungen, für die er selber sich verantwortlich fühle. Hinterher stellte sich aber heraus, daß Herr Wongert auf eigene Faust untersucht und Tuberkelbazillen gefunden hatte. Die Untersuchungen waren vorgenommen worden im Laboratorium der Meierei Volle, in deren Diensten Herr Wongert stand. Dort läßt Volle nicht nur die Milch seiner eigenen Meierei prüfen, sondern auch Milch, die er von Konkurrenten entnimmt. Herr Volle unterhielt keine freundschaftlichen Beziehungen zu der Gesellschaft, in der sein Angestellter Wongert den Posten eines zweiten Schriftführers bekleidete. Die Gesellschaft empfahl nicht den Volleschen Vertrieb, sondern die von ihr kontrollierten Wollereien. Milch aus ihnen hatte Wongert im Volles Laboratorium untersucht. Von dort aus gelangte das für die Gesellschaft ungünstige Ergebnis an die Milchhändler, und diese brachten es dann an die Öffentlichkeit. Engel meinte nun, er sei von Wongert hintergangen worden, aber Wongert versicherte, Engel habe ja längst von den Untersuchungen und ihrem Ergebnis gemußt. Aus der Pöflichkeit, die beide gegen einander führten, entstand schließlich die Beleidigungslage. Wongert klagte gegen Engel, und Engel antwortete mit Widerlage.

Die Aufklärungen, die hier von erwartet wurden, sind leider der Öffentlichkeit vorenthalten worden. Die Verhandlung dauerte fast sechs Stunden, wozu die ersten anderthalb Stunden auf einen Einigungsversuch verwendet wurden, der an der radikalen Hartnäckigkeit Engels scheiterte. Als nach einem langwierigen, von beiden Parteien mit großer Erbitterung geführten Kampf abends um 1/27 Uhr endlich das Urteil verurteilt wurde, daß beide freizusprechen seien, weil beide in Wahrnehmung berechtigter Interessen und nicht wider besseres Wissen die den Gegner beleidigenden Äußerungen getan hätten, da war man „so lang wie zuvor“. Zwei Zeugen, die gewiß manches Interessante zu erzählen gehabt hätten, waren gar nicht vernommen worden: Herr Dr. Volle, Inhaber des Volleschen Betriebes, und Frau Dr. Kabinowitsch, einst Bakteriologin bei Volle. Herr Volle selber war der Schlichter ferngeblieben. Auch die für die Öffentlichkeit immerhin nicht uninteressante Frage, wie weit Herr Engel samt seiner Gesellschaft sich mit der Milchzentrale eingelassen haben mag, blieb ungeklärt. Gründlicher wurde die andere Frage erörtert, wie weit Herr Wongert ohne die Gesellschaft sich mit Volle eingelassen hat. Doch über diesen Punkt stand ja wohl das Urteil längst fest.

Das allein wertvolle Ergebnis dieses Prozesses besteht darin, daß die Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit sich nun vor aller Welt in ihrer ganzen Blöße präsentiert. Sie wollte die Bevölkerung aufklären und tappte selber im Dunkeln. Prof. Ostertag, der wichtigste tierärztliche Berater der Gesellschaft, trug als Zeuge die Ansicht vor, Engels Milchuntersuchungen seien nichts wert gewesen. Das sei „für die Kay“, versicherte er. Seit wann war Prof. Ostertag überzeugt, daß Untersuchungen, auf die die Gesellschaft sich stützte, „für die Kay“ waren? Und was wurde getan, um Wandel zu schaffen? Wongerts Untersuchungen sollen wertvoller gewesen sein, und sie haben ja dann auch tatsächlich Tuberkelbazillen erbracht. Aber just von diesen Untersuchungen will niemand etwas gewußt haben, obwohl Wongert behauptet, er habe Mitteilung gemacht. Als auf dem Umwege über Volle und Milchhändlerverband die Öffentlichkeit davon Kenntnis erhielt, wußte in der Gesellschaft zunächst kein Mensch, was da gemeint ist. So waren über ihre eigenen Angelegenheiten die Leute unterrichtet, die der Bevölkerung Führer im Kampfe gegen die Säuglingssterblichkeit sein wollten!

Die Vorsitzende der Gesellschaft, ein Fräulein v. Ravenstein, war gleichfalls als Zeugin geladen. Vor der Verhandlung wurde sie auf dem Korridor von den Herren Ostertag und Wongert mit gebührender Ehrfurcht begrüßt. Es war ein trübliches Wiedersehen, und Fräulein v. Ravenstein seufzte melancholisch: „Das hat man von seinen menschenfreundlichen Bestrebungen.“ Am Ende hatten die Herrschaften sich noch für „Märtyrer“ —?

Der Unter-Verbandstag der Konsumvereine der Provinzen Brandenburg, Schlesien, Pommern usw.

tagte am 5. und 6. Mai in Rottbus. Erschienen waren von 71 angeschlossenen Konsumvereinen 48 mit 101 Delegierten. Aus den Mitteilungen, die die einzelnen Vereine gaben, konnte konstatiert werden, daß der genossenschaftliche Gedanke gute Fortschritte macht. In zahlreichen Orten, namentlich in der Lausitz und Schlesien, bilden sich neue Vereine und nehmen einen großen Aufschwung. Die berichtenden Vereine zählten 68 701 Mitglieder und erzielten einen Umsatz von 12 296 397 M. Der Reingewinn beträgt 1 087 474 M. Die Vereine verfügen über 179 eigene Verkaufsstellen, 7 Zentrallager; beschäftigt sind 478 Personen. Außerdem betreiben 7 Vereine eigene Produktion, darunter 4 Wollereien. Steuern zahlten die Vereine insgesamt 107 499 M. Daraus ist zu ersehen, daß es eine Unwahrscheinlichkeit ist, wenn die Gegner behaupten, die Vereine seien steuerfrei. Ferner haben die Vereine zwei Einkaufs-Vereinigungen, für Brandenburg und die Lausitz.

Eine lebhafte Debatte rief der Punkt, Errichtung eines Sekretariats für den Unter-Verband hervor. Wie der Referent Kaufmann, Sekretär des Zentralvereins Deutscher Konsumvereine, hervorhob, häufen sich die Arbeiten derart, daß es notwendig erscheint, auch für die Unterverbände Sekretariate, ähnlich wie bei den Genossenschaften, einzurichten. Im Prinzip erklärte sich der Verbandstag damit einverstanden und erhöhte zu diesem Zwecke die Beiträge um 25 Proz. Der endgültige Beschluß über die Errichtung wird auf dem nächsten Verbandstag gefaßt werden. Auch der Punkt, Tarifvertrag mit dem Handels- und Transportarbeiterverband, fand die Zustimmung des Verbandstages. Wie der Referent Herr Schmidtchen-Magdeburg ausführte, sind Tarifverträge die besten Handhaben für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Angestellten. Auch die Schaffung von Tarifämtern wie bei den Buchdruckern sind in Aussicht genommen und wird der Verbandstag in Stettin dazu Stellung nehmen. Durch Annahme einer Resolution im Sinne des Referats, gab der Verbandstag seine Zustimmung. Ein weiteres Referat des Herrn Mittel-Striegau über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der angestellten Vorstandsmitglieder in den Konsumvereinen zeigte, daß eine ganze Reihe Vereine ihren Vorständen ganz miserablen Löhne zahlen, die noch unter den Wollereilöhnen ständen. Er trat dafür ein, daß solche verantwortungsvollen Ämter unbedingt besser besoldet werden müßten. Ein Antrag der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend, der sich gegen den Unfang wendet, daß ein Berliner Konsumverein in voraus einen bestimmten Absatz als Dividende seinen Mitgliedern garantiert, wird zur Vorberatung der Brandenburger Einkaufsvereinigung überwiesen. Zum Verbandstag in Stettin werden sechs Vereine delegiert, zu dem jedem Verein 30 M. aus der Unterverbandskasse gewährt werden. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Die Wahl des Ortes zum nächsten Verbandstag wurde dem Vorstand überlassen.

Soziales.

Die Tragödie eines Hamburger Waisenknaben in Kiel.

Unser Vordenker, die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, berichtet über folgende erschütternde Leidensgeschichte eines Lehrlings. Vor einiger Zeit wurde die stark in Verwilderung übergegangene Leiche eines etwa 16- bis 17-jährigen jungen Menschen aus dem Hafen gezogen. Von der Behörde konnte alsbald festgestellt werden, daß es sich um den bei dem Drechselmeister Heyne, Lehmsberg 16, hinterhaus, in der Lehre gewesenenen Hermann Noack, einem Jüngling des Hamburger

Waisenhauses, handelte. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß Hermann Noack freiwillig den Tod gesucht hatte. Es lag deshalb nahe, den Ursachen des bei einem so jungen Menschen unerklärlichen Entschlusses nachzuforschen. Die Ermittlungen in Kieler Organs haben ein wahrhaft erschreckendes Bild von dem Martyrium ergeben, das der junge, ohne jeglichen verwandtschaftlichen Anhang dasstehende Mensch durchzumachen hatte, so daß es begreiflich erscheint, wenn er schließlich seinem elenden Lose selbst ein gewaltsames Ende bereitere. Ein einwandfreier Zeuge, ein Leidensgenosse des Ertrunkenen, erzählt über das, was die jungen Leute bei ihrem Lehrmeister durchzumachen hatten: Bei jeder Gelegenheit gab es Schläge an den Kopf. Keine Woche sei vergangen, ohne daß der Lehrmeister ihn, den Jungen, die Nase blutig geschlagen hätte. Sie seien behandelt worden wie ein Stück Vieh. Es blieb jedoch keineswegs bei Faustschlägen. Bei jeder Gelegenheit erfolgten Mißhandlungen mit dem Gummischlauch oder mit einem Lattenende. In solchen Fällen nahm Heyne die Jungen für gewöhnlich mit nach der unten belegenen Werkstatt, weil man dort ungestört war. Einmal habe Heyne ihn mit einem Lattenende gezähligt, in dem sich ein Nagel befand. Er sei noch gut weggekommen und „bloß“ im Gesicht verletzt worden. Dem verwaiseten Hermann Noack sei es keineswegs besser, eher noch schlimmer ergangen. Außer der geschilberten Behandlung sei ein fortgesetztes Geschimpfe der schauerlichsten Art an der Tagesordnung gewesen. Ferner sei hinzugekommen, daß die Jungen sich stets bis spät abends und Sonntags bis spät in den Nachmittag hinein abradern mußten. Auch nicht eine freie Stunde hätten sie für sich gehabt. Sie hätten schließlich nicht mehr gewußt, wo ihnen der Kopf stand. Diese Angaben werden vollaus von den Bewohnern der Nachbarschaft bestätigt. Wiederholt wurde in diesen Kreisen die höchste Entschuldig über die Behandlung der Lehrlinge und ihre lange Arbeitszeit geäußert. Insbesondere war man empört, wenn Heyne noch abends nach Feierabend den schwächlichen, an den Beinen leidenden Noack oder auch dessen Kollegen, ebenfalls ein kleines Kerlchen, mit einer hochbeinigen Katze mit Treppengeländersäulen allein nach dem Hau schickte. In welcher Gemütsstimmung Noack sich befunden haben muß, geht daraus hervor, daß er sich schließlich an seinen Prediger um Hilfe wandte. Der Geistliche scheint jedoch den Angaben des Lehrherrn mehr Glauben beigemessen zu haben, wie denen des unter seinem Schutze lebenden, verlassenen Waisenknaben. Es soll, wie immer bei solchen Gelegenheiten, von Faulheit, Schmutz, Verlogenheit usw. die Rede gewesen sein. Kurzum, dem Lehrling wurden die schäblichsten Ermahnungen zu teil, und damit hatte die Angelegenheit für den Herrn Geistlichen ihre Erledigung gefunden. Eigentlicher Vorwand soll zuletzt der Leiter des Jugendheims gewesen sein. Inwieweit die Ansicht dieses Herrn die Interessen des armen Jungen wirklich wahrnahm, ist uns nicht bekannt. In einem Abend, anfangs Februar, sollte Hermann Noack in die Gewerbeschule. Nachmittags hatte er Prügel mit der Latte erhalten. Er ging fort und blieb seitdem verwundet, bis die Sanne eines Dampfers endlich seine Leiche aus dem Schlamm des Hafens aufwühlte. Damit sollen nun die Alten über diesen von Gott und aller Welt verlassenen Waisenknaben geschlossen sein. — Höchst sonderbar ist es, daß die Drechselmänner sich niemals veranlaßt sah, Mißstände in den Verhältnissen, deren Opfer der Junge geworden, zu schaffen. Unbekannt konnten ihr diese Zustände keineswegs sein. Hatte doch schon der Altgeselle des Gesellenausschusses in einer Sitzung das brutale Verhalten des Heyne seinen Lehrlingen gegenüber zur Sprache gebracht. Ferner ist es geradezu unerklärlich, daß nicht ein einziges der dort beschäftigten organisierten Gesellen den Put fand, den Lehrlingen schuldig bezuzupringen und die Handlungsweise des Meisters an die Öffentlichkeit zu bringen. Manches scheint mit der Zeit denn doch in die weitere Öffentlichkeit durchgedrungen zu sein. Trotz wiederholten Annoncierens in den „Kieler Neuesten Nachrichten“ ist es nämlich dem Heyne nicht möglich gewesen, neue Lehrlinge zu bekommen.

Die vorstehend geschilderte Leidensgeschichte eines armen verwaisenen Lehrlings zeigt auf neue, welchem entsetzlichen Lose infolge jeglicher ausreichender Fürsorge für Verwaiste viele dieser besondern Pflege bedürftigen Kinder ausgegesetzt sind. Der traurige Fall des in den Tod getriebenen jungen Lehrlings klagt den Lehrherrn, die Zünfte, den Waisenvater, aber auch die bestehende Gesellschaftsordnung an, die solche Folgen ermöglicht.

Ein Beitrag zur Armenpflege in Ostelbien.

In dem Dorf Neu-Mosenthal bei Rastenburg wohnt die 74 Jahre alte Dorfarme Wilhelmine Rautenberg. Sie ist seit 30 Jahren fast blind und bestrift solange ihren Unterhalt durch Spinnen bei den Besitzern des Dorfes. Monatlich erhielt sie drei Mark Armenunterstützung. War sie bei Besitzern in Arbeit, so flossen die drei Mark in die Tasche der Arbeitgeber. Von diesen erhielt sie für ihre Tätigkeit Essen. Ein und wieder hat ihr auch ein Besitzer für eine vierteljährlige Tätigkeit eine Mark von 9 Mark Armengeld gegeben, die der Besitzer erhielt.

Von diesem „Verdienst“ hatte sich die Frau in den 30 Jahren 50 Mark gespart, damit sie Geld für ein ordentliches Begräbnis habe. Der Ortschulze des Dorfes erhielt von diesen geringen Ersparnissen der alten Frau Kenntnis. Er verlangte, daß der Rautenberg Frau geöffnet werde. Als dem Verlangen nicht stattgegeben wurde, wurde der Rautenberg in Gegenwart von zwei Dorfschöffen gewaltsam geöffnet und das Geld herausgenommen. Der Gemeindevorsteher gab trotz siehentlicher Bitten der alten Frau das Geld nicht zurück.

Verwandte der Frau suchten dann bei Sozialdemokraten in der Stadt Rat nach. Die von diesen bei dem Landrat eingereichte Beschwerde hatte Erfolg. Der Gemeindevorsteher gab die 50 M. der Alten zurück, sagte aber folgendes Schreiben bei:

„Ich schide der Frau Rautenberg die 50 Mark zurück. Die Frau Rautenberg hat von dem Gelde sechs Monate zu leben. Aus der Dristasse gibts jetzt keine Unterstützung bis zum 1. August d. J.“

Der Gemeindevorsteher „Weide“

Kurz darauf erhielt die Frau vom Kreisamt folgende Antwort auf ihre Beschwerde:

Der Gemeindevorsteher hat den bei Ihnen vorgefundenen Geldbetrag nicht an sich genommen, sondern dem Dristantenkassenrentanten zur Verwendung als Unterstützungszugabe für Sie übergeben. Der Betrag wird Ihnen zurückgegeben werden, so weit dieses nicht bereits geschehen sein sollte. Bis zum Verbrauch des Geldes liegt ein Grund zur Erhöhung der bisher gewährten Armenunterstützung nicht vor.

Erfür durch eine nachmalige Beschwerde beim Landrat gelang es, die Fortzahlung einer monatlichen Unterstützung von — drei Mark zu erwirken.

Aus der Frauenbewegung.

Die Dienstbotenbewegung hat nunmehr auch in München festen Fuß gefaßt. Daß in dem urgemüthlichen München das Dienstboten-tend besonders früh in die Erscheinung tritt, das bewies der Verlauf der für Sonntag nachmittag nach dem Restaurant Dall'Armi einberufenen öffentlichen Dienstbotenversammlung, in der Fraulein Grünberg-Kärnberg über die Dienstbotenbewegung und ihre Ziele referierte. Die Versammlung wies einen derartig starken

Besuch auf, daß schon bald nach 3 Uhr sämtliche Räume überfüllt waren, so daß später Ankomme die sich mit einem Plaz im Gang oder auf der Treppe begnügen und viele überhaupt wieder umkehren mußten. Die Agitation wurde von Mitgliedern des Bildungsvereins für Frauen und Mädchen in den Geschäftsvierteln von Haus zu Haus und am Sonntagabend auf den Viktualienmärkten betrieben. Jedem Mädchen, das mit dem Korb hinter der „Gnädigen“ einhertrabte, wurde ein Fettel in die Hand gedrückt. Dabei spielte sich natürlich manch lustige Szene ab; schließlich wurde es auf den Märkten derart „rebellisch“, daß infolge Aufforderung einiger „Gnädigen“ die Fettelverteilenden von Schauplätzen weggeführt wurden. Die Versammlung selbst nahm einen sehr amüsierten Verlauf und entrollte in der Diskussion ein Bild von unglaublichen Mißständen. Weit über 200 Dienstmaden erklärten sofort ihren Beitritt zur Organisation.

Vom Frauenwahlrecht. In einer Unterredung, die der Premierminister Seddon in Neuseeland mit einem Mitarbeiter des „Labour Leader“ hatte, äußerte er sich über die Erfahrungen, die man in Neuseeland mit dem Frauenwahlrecht gemacht habe, dahin: Das Wahlrecht für Frauen ist seit dem Jahre 1893 in Kraft, und es haben seitdem fünf allgemeine Wahlen stattgefunden. Mit jeder Wahl sei die Mehrheit der Liberalen und Arbeiterpartei größer geworden; die Frauen wählten im allgemeinen fast ausschließlich die Liberale. Seddon versagt über eine immense Majorität. In der nächsten Session wird die Regierung ein Gesetz unterbreiten, welches die Frau in wirtschaftlicher Beziehung mit dem Manne vollständig gleichstellt. Danach sollen in Zukunft alle Rechtsgeschäfte (Verkäufe usw.) verheirateter Männer nur dann gültig sein, wenn die Frau ihr Einverständnis durch ihre Unterschrift bezeugt hat. Bei den Firmen muß neben dem Namen des Mannes der der Frau gesetzt werden.

Der erste weibliche Professor in Japan. Die japanische Regierung hat, wie das „British Medical Journal“ mitteilt, Fräulein Taba Arata zum Professor honoris causa ernannt. Die Dame hat vor einigen Jahren in Warburg den medizinischen Doktorgrad erworben als erste Japanerin, die in Deutschland Medizin studierte. Nun ist ihr wegen ihrer ungewöhnlichen Tüchtigkeit diese auch Männern sonst nur selten zu teil werdende Ehre zuerkannt worden.

Reinholdsdorf. Am Dienstag, den 8. Mai, fand hier eine öffentliche Agitationsversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: „Die Frau im Massenstaat“. Der Referent führte der Versammlung in klarer und leicht verständlicher Weise vor Augen, wie sehr die Frau von jeder nur mit Pflichten überhäuft war, wogegen dem Manne alle Rechte zuständen. Diese Zustände herrschen heute noch. Die Frau hat wohl dieselben Pflichten wie der Mann, aber sie ist in Staat und Kommune vollständig rechtlos. Es wurden besonders die Frauen aufgefordert, sich zu organisieren, in die Frauenbildungvereine einzutreten. Nicht Gemüsch im Massenlampf solle die Frau sein, sondern gleichberechtigte Mitkämpferin und Erzieherin unserer Jugend. Die Rechtlosigkeit der Frau müsse beseitigt, das volle Wahlrecht für sie erobert werden. Ferner wurde auf die „Gleichheit“ hingewiesen. Diskussion fand nicht statt. Mit einem kräftigen Mahnwort an die Versammelten, stets für die Frauenbewegung einzutreten, sowie für dieselbe zu agitieren, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Es wurden mehrere Mitglieder für den bestehenden Frauenbildungverein sowie Abonnement für die „Gleichheit“ gewonnen.

Winkelstruß. Heute Donnerstag hält der hiesige Bildungsverein für Frauen und Mädchen bei Barth, Prinz Heinrichstr. 8. seine Monatsversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag von Frau Joesse über: „Moderne Weltanschauung und unsere Seele.“ 2. Diskussion. Gäste willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Friedenau. Dienstag, den 8. Mai, fand eine gutbesuchte Monatsversammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins statt, in welcher Dr. Vinus das Thema „Frauenleben“ behandelte. Besprochen wurde noch, am Himmelfahrtstage in Verbindung mit dem Schöneberger Frauenverein einen Ausflug zu unternehmen.

Gerichts-Zeitung.

Streitpostenfachen.

Der Maurer Friedrich war vom Landgericht Dortmund freigesprochen worden von der Anklage der Uebertretung der Polizeivorschrift, wonach den zur Erhaltung der Sicherheit und Bequemlichkeit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße ergehenden polizeilichen Aufforderungen Folge zu leisten ist. Das Landgericht ging davon aus, daß Friedrich, der in der Nähe des Bahnhofs Streitpostenfachen, der Aufforderung eines Polizeibeamten, wegzugehen, nicht hätte folgen brauchen, weil der Verkehr nicht gestört worden sei. — Das Kammergericht hob am Montag das Urteil auf und verwies die Sache nochmals an das Landgericht. Es wäre eine wirkliche Störung nicht erforderlich gewesen, um den Angeklagten zur Befolgung der polizeilichen Anordnung zu verpflichten. Er hätte vielmehr folgen müssen, weil der Beamte nach den Feststellungen damit gerechnet habe, es könnte beim Eintreffen von Arbeitswilligen zu Störungen des Verkehrs kommen, wenn Friedrich am Bahnhof bleibe, und weil er B. wegweisen habe, um dem vorzubeugen.

Die Entscheidung des Kammergerichts verstoßt gegen § 153 G.O. und gegen § 4 der Städteordnung. Wäre sie zutreffend, so wäre ein Kammergerichtspräsident strafbar, der der Aufforderung eines Schutzmannes nicht Folge leistet, den Weg von seiner Wohnung bis zum Kammergericht frei zu lassen, sofern es nach Ansicht des Schutzmanns durch den Anblick des Kammergerichtspräsidenten zu Störungen der vielschicht noch eintreffenden Menschenmengen und damit zu einer „Störung des Verkehrs“ kommen kann. Ebenso könnte ein Reisender insbesondere des Sonntags auf Grund der Auslegung des Kammergerichts gehindert werden, auf den Bahnhof zu gehen, weil durch späteres Hinzukommen später Kommender Störungen des Verkehrs eintreten könnten. Macht man sich diese Konsequenzen der kammergerichtlichen Anschauung für andere Gebiete klar, so tritt das unbewußte Verlassen des Rechtsbodens bei Streitangelegenheiten und die Klassenjustiz klar zutage.

Aus einer Berliner Mietskasernen.

Eine freundliche Szene aus einer Berliner Mietskasernen hat gegen den Tischler Georg Barthel und dessen Ehefrau Louise Barthel eine Anklage wegen Körperverletzung hervorgerufen, die gestern vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt wurde. Die Angeklagten sind Bewohner des Hauses Voßstraße 47/48, das 7 Aufgänge und 76 Mieter hat. Die Mieter der Hofwohnungen müssen ihre Treppen immer abwechselnd eine Woche hindurch reinhalten. Jeder den Grad der Erfüllung dieser Pflicht herrschen zwischen den Angeklagten und den im Hause wohnenden Instrumentenmacher Bröwarthschen Eheleuten mehr als einmal Meinungsverschiedenheiten und das gegenseitige Verhältnis wurde ein ganz eigenartliches, als Bromarsch seine Kündigung erhalten hatte. Am 16. März kam es zwischen ihnen zu einem Handgemenge, über dessen Ursache und Verlauf die Parteien wie immer grundverschiedener Ansichten waren. Im Verlaufe des Handgemenges schlug der Angeklagte Barthel mit einem Gasauger und einem Stemmeisen auf seinen Gegner ein, Frau Barthel eilte ihrem Manne zu Hilfe und hieb mit einem Gummischlauch auf Bromarsch los. Dieser hatte noch ärztlichen Rat ein eine neun Zentimeter lange Wunde auf dem Kopf, eine Wundwunde, eine Stichwunde und noch acht kleinere Wunden davongetragen und ist vierzehn Tage krank gewesen. Er beantragte nicht nur die Bestrafung der Angeklagten, sondern auch noch eine Buße von 400 M. Die Angeklagten stellten die Sache so dar, als ob der Gegner den Streit mit Gewalt vom Zaune gedrungen habe und zuerst zu Tüchlichkeiten übergegangen sei. Der Angeklagte Barthel war auch noch beschuldigt, den Verletzten durch die Worte: „Affe, Dreckschein,

Ludwig, Stroch“ beleidigt zu haben. — Auf Grund der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen den Ehemann Barthel 350 M., gegen die Ehefrau 50 M. Geldstrafe. Das Gericht verurteilte den Ehemann zu 220 M., die Ehefrau zu 20 M. Geldstrafe und verwies den Nebenkläger mit dem Anspruch auf Buße auf den Weg der Zivilklage.

Ein gefährlicher Patron. Einer jener gefährlichen Vurschen, die in schamloser Weise anständige Damen auf der Straße belästigen, mußte sich gestern in der Person des Badergefelten Hermann Salondz unter der Anklage der Belästigung und der Freiheitsberaubung von der siebenten Strafammer des Landgerichts I verantworten. Am 30. November v. J. passierte die Schneiderin Garhammer, von einem Besuch einer Verwandten heimkehrend, kurz nach 10 Uhr den Biondistruppl. Plötzlich trat der Angeklagte auf sie zu und machte ihr nicht mißzuverstehende Anträge. Fräulein G. wendete sich höchst entrüstet ab und erklärte dem Angeklagten mit ziemlich energischen Worten, daß er sich wohl in ihrer Person irre. Trotz dieser Abweisung stellte S. von neuem an das geängstigte Mädchen, dem er ein Rehmarschstück vor das Gesicht hielt, die schamlosesten Anträge. Als sie in die Nähe des auf dem Biondistruppl. befindlichen Schuhmannes Lompa kamen, erklärte die Belästigte, sie würde den Angeklagten sofort feststellen lassen, wenn er sie nicht augenblicklich verlasse. S. rächte sich für diese Ablehnung in einer geradezu schändlichen Weise. Er ging an den Schuhmann heran und ersuchte diesen um die Feststellung des Fräulein G. mit der Angabe, diese sei eine „heimliche Dirne“ und habe ihn angeprochen. Fräulein G. mußte wohl oder übel den Gang zur Polizeiwache antreten. Hier stellte sich bald heraus, daß sie die Tochter eines Beamten ist und bei ihren Eltern wohnt, während der Angeklagte ein bereits wegen Sittlichkeitsverbrechen mit einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis bestraffter Mensch ist. Trotzdem hielt er auf der Polizeiwache die empörende Behauptung aufrecht, daß Fräulein G. ihn angesprochen und von ihm Geld verlangt habe. Gegen den Angeklagten wurde das vorliegende Strafverfahren wegen Belästigung und Freiheitsberaubung anhängig gemacht, weil er durch seine Belästigung das belästigte Mädchen durch den Aufenthalt auf der Polizeiwache seiner persönlichen Freiheit beraubt hatte. Vor Gericht kam S. mit dem üblichen Einwand der „Angetrunkenheit. Staatsanwaltstaatsrat Vahr beantragte einen Monat Gefängnis. Der Gerichtshof bezeichnete die Handlungsweise des Angeklagten als eine bodenlos niederträchtige und gemeine. In Anbetracht, daß durch derartige wissenschaftlich falsche Beschuldigungen das allergrößte Unheil angerichtet werden kann, ging das Gericht noch über die beantragte Strafe hinaus und erkannte auf drei Monate Gefängnis.

Vorsicht vor Darlehnsangeboten! Als betrügerischer Darlehnsvermittler für kleine Leute hatte sich der Kaufmann Otto Leonhard Kauer vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Der schon vorbestrafte Angeklagte war beschuldigt, in achtzehn Fällen die Darlehnsgefälle in der Weise betrieben zu haben, daß die geliehenden Personen kein Geld erhielten und er die Schreibgebühren bzw. Provision einheimste. Er hatte sein Geschäftsal in der Schlegelstraße. Er rühmte auf Zeitungsinserten, in denen von kleinen Leuten Geld darlehnsweise gesucht wurde. Hatte er solche gefunden, dann beorderte er sie durch Zusage in sein „Kontor“ und versprach ihnen baldigste Erfüllung ihrer Wünsche. Er spielte sich in den Vorverhandlungen gewöhnlich als Selbstdarleher auf, obgleich er eigene Mitteln nicht besaß und das Ende vom Liede war, daß die Geldsucher ihm einen Provisionwechsel und daneben Wechsel über die gewünschte Summe geben mußten und er ihnen dagegen einen von ihm akzeptierten Wechsel ausbildete. Nach seiner Angabe sollten sie dann einer Genossenschaftsbank beitreten und diese würde ihnen auf seine Akzpte das Geld auszahlen. Das geschah aber nicht, die geldsuchenden Personen erhielten nichts und der Angeklagte bereicherte sich auf Grund der ihm überlassenen Provisionwechsel. — Einige Anklagefälle kamen in Begleit, im übrigen hielt aber das Gericht das Treiben des Angeklagten für so gemeingefährlich, daß es den Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis verurteilte.

316 Straftaten.

Ein Monatsprozess, wie er wohl seit langer Zeit nicht ein Strafgericht beschäftigt hat, wird am 11. dieses Monats unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. G. Höpke vor der zehnten Strafammer des Landgerichts I beginnen. Zur Anklage stehen nicht weniger als 316 Fälle der verschiedensten Straftaten, die sich auf 24 Angeklagte verteilen. Da zudem noch über 100 Zeugen geladen sind, so wird die Sache infolge ihres kolossalen Umfangs in dem großen Schwurgerichtssaale des alten Gebäudes verhandelt werden. Für die Verhandlung ist vorläufig die Zeit vom 11. bis zum 31. Mai vorgesehen. Der Prozess läuft unter dem Rudrum „Räusch und Genossen“. Unter den 24 Angeklagten sind nur wenige, die noch nicht mit dem Strafgeseh in Konflikt gekommen sind. Die Anklage lautet auf bandenmäßig ausgeführten schweren Diebstahl, einfache und gewerbsmäßige Hehlerei, Begünstigung u. a. m. — Die des Diebstahls angeklagten Personen, unter denen sich mehrere befinden, die noch nicht das 18. Lebensjahr erreicht haben und aus der Fürsorgeerziehung entlassen waren, haben sich sämtlich in den zahlreichen „Kaffeklappen“ und „Wollulosestern“ am Weinbergsweg kennen gelernt, insbesondere in dem Kellerlokal eines gewissen Jojoge am Weinbergsweg, dessen Sohn ebenfalls Mitglied der Eindredergewerkschaft war.

Versammlungen.

Schneiderversammlung. Am Montag fanden im Gewerkschaftshaus und in den Rönigsklöden zwei gut besuchte Versammlungen statt für die bei R. Jöbel, M. Schulmeister, A. Stier, E. Söders u. D. Hoff, P. u. Klöppelburg, G. Stier, P. u. Klöppelburg, G. m. S. P. (Berlin und Düsseldorf), ein Stammkapital von 1500000 Mark. Auch die anderen Firmen, gegen die sich der Kampf um Errichtung von Betriebswerkstätten, geregelte Arbeitszeit und annehmbaren Zeitslohn richtet, seien kapitalistisch genug, um diese Forderungen zu erfüllen; teilweise hätten sie sogar genügend Räumlichkeiten leer zu stehen, um ihre Arbeiter ohne weiteres darin beschäftigen zu können. Die Herren wollten also nur an der Heimarbeit festhalten, weil diese ihnen die besten Ausnützungsmöglichkeiten bietet. Da sie nun genau wissen, daß das laufende Publikum unserem Kampf Interesse und Verständnis entgegenbringt, so wird selbst vor dem Wirtel der Täuschung nicht zurückgeblieben. So schreibt z. B. die Firma Heitinger u. Co. (Deutsche Kompagnie), Oranienstraße 40-41, in einem am Sonntag dem „Vorwärts“ beigefügten Preisverzeichnis u. a. „Auch in der Fabrikation haben wir unter Aufsicht unserer technischen Personals unsere Arbeitskräfte zu Spezialisten ausgebildet, um auf diese Weise, da der Arbeiter fast nur mit der Arbeit desselben Genres beschäftigt wird, seine Fähigkeit auf diesem einen Gebiet zu steigern, um ladelos vollendete Arbeit zu erhalten. Wir sind mithin in der Lage, trotz der guten Stoffe, Ausstattung und vornehmen Verarbeitung billig zu verkaufen. Auch haben wir durch elektrischen Betrieb, richtige Arbeitseinteilung, überhaupt durch Fabrikation in größtem Maßstabe eine so große Auswahl aufzuweisen, welche an Reichhaltigkeit und Eleganz wohl nicht übertroffen werden dürfte.“ Diese große Firma hat in jüngster Zeit ihre Arbeiterzahl (nur

Heimarbeiter) auf 12 bis 13 reduziert, zweifelloß, um selbst einen Teil ihrer Maschinen noch in der billigeren Engroskonfektion anfertigen zu lassen. Das bei einer so geringen Arbeiterzahl die hochtrabenden Redensarten ganz unzureichend sein müßten, leuchtet ohne weiteres ein; aber die Hauptsache ist, daß das laufende Publikum es glaubt. Der „elektrische Betrieb“ besteht nur in der elektrischen Beleuchtung des Ladens und der Schaufenster. Es wäre gar nicht übel, wenn das dort etwa laufende Publikum sich diesen „elektrischen Betrieb“ auch zeigen lassen und im Falle des Nichtvorhandenseins die Konsequenzen daraus ziehen würde. — Andere Firmen behaupten sowohl in Inseraten als auch den Käufern gegenüber, daß sie mit der Organisation vereinbarte Tariflöhne zahlen. Daraus ist nur wahr, daß ein Teil der Detaillfirmen im vorigen Frühjahr mit der Organisation einen Tarif für die Maschinen vereinbart hat, über dessen Nichterhaltung die Arbeiter recht häufig Klagen führen. Von den Arbeitern wird behauptet, daß ein Teil der Maschinen in die Engroskonfektion wandert, um den Tarif zu umgehen. Darüber hinaus ist aber das große Gebiet der fertig zum Verkauf gelangenden Waren nicht tariflich geregelt, so daß mit Recht gefagt werden darf, daß der größte Teil dieser Waren unter den schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Heimarbeit hergestell wird. Die Behauptung der Unternehmer, daß die Forderung der Errichtung von Betriebswerkstätten an dem Widerstand der Arbeiter scheiterte, wurde gebührend beleuchtet. In der sehr lebhaften Diskussion, worin den Ausführungen der Referenten ausnahmslos beigepllicht wurde, wurde besonders das Treiben mancher Unternehmer, das darauf hinausläuft, den Arbeitern die Werksstättenforderung zu vereiteln, scharf gegeißelt. Es wurde mitgeteilt, daß selbst den Frauen beim Arbeitabfertigen das „Unvernünftige“ dieser Forderung schwarz in schwarz vorgekramt werde, um sie dagegen einzunehmen, damit sie in diesem Sinne auf ihre Männer einwirken. Wie wenig Erfolg die Herren mit dieser Kampfsmethode haben, zeigt die einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die heutige Versammlung der bei der Firmen Karl Jöbel, R. Schulmeister, A. Stier, S. Meyerstein, M. Kaplan, G. Wandsbürger, E. Söders u. D. Hoff, P. u. Klöppelburg, D. Verleberg, G. Welmanns Nachfolger (Stefan Edders), R. Nietmüller, Bernhard Bar, Pabisch u. Co. und Julius Lindenbaum beschäftigten Schneider erklärt: daß die Behauptung der Detailkonfektionsfirmen, ihre Bereitwilligkeit zur Errichtung von Betriebswerkstätten scheiterte an dem einmütigen Widerstand ihrer Arbeiter, unwahr ist und nur zu dem Zweck aufgestellt wird, um das konsumierende Publikum irrezuführen. Die Versammelten sprechen dem gegenüber aus, daß sie die Forderung der Errichtung von Betriebswerkstätten als eine grundlegende betrachten, um zu geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gelangen.“

Wasserstand am 8. Mai. Elbe bei Ruffig + 0,30 Meter, bei Dresden + 1,08 Meter, bei Magdeburg + 1,40 Meter. — Unkraut bei Straußfurt + 1,40 Meter. — Oder bei Rathow + 1,95 Meter, bei Dresden Oberpegel + 5,24 Meter, bei Dresden Unterpegel + 0,20 Meter, bei Frankfurt + 1,30 Meter. — Weichsel bei Brahemünde + 3,18 Meter. — Warthe bei Posen + 0,78 Meter.

Am Dienstag früh entlich aus der Tod plötzlich durch Herzschlag unseren lieben Kollegen, den Schriftsteller **Gustav Kiebusch** im Alter von 53 Jahren. Sein acht köstliches, herliches Weien und sein ehrenhafter Charakter sichern ihm ein treues Andenken. **Die Kollegen von Ullstein & Co.** Beerdigung Sonntag 10 1/2 Uhr, Gethemans-Kirchhof in Nordend.

Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin I. Hierdurch diene zur Nachricht, daß der Kollege **Joseph Wittek** Lagerarbeiter, verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des katholischen Friedhofes, Hohenzollernstr. 187, aus statt. Hierdurch diene zur Nachricht, daß der Kollege **Otto Kuhlmeiy** Fraiserleutnant, verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet ebenfalls heute, Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Weihenstephan-Friedhofes, Kollnseeufer, aus statt. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht. Die Ortsverwaltung Berlin I.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands. **Todes-Anzeige.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Franz Roosch** im Alter von 53 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. Mai, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Gethemans-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands. **Todes-Anzeige.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Franz Roosch** im Alter von 53 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. Mai, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Gethemans-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Schmerzloses Zahnziehen gratis! Plomben, künstliche Zähne nur gegen Erstattung der Auslagen. **Zahn-Klinik Friedrichstr. 65, (zw. Kronen- u. Mohrenstr.)** geöffn. v. 9-5 Uhr, auß. Sonntags.

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltung Berlin.) Den Kollegen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 6. Mai, unser altes treues Mitglied, der Steinbildhauer **Peter Kemmerich** im 59. Lebensjahre verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. Mai, abends 6 Uhr, in Schönberg, auf dem Friedhofe in der Warthe statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler **Karl Rudorff** am 7. Mai verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Die Ortsverwaltung.

Verband d. Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands. Bezirksgruppe Berlin, Brandenburg und Mecklenburg. **Todes-Anzeige.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Fritz Dressler** (Ortskrankenkasse d. Schmelzer re.) im Alter von 41 Jahren verstorben ist. 293/12 **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes, Kollnseeufer, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Verband der Sattler Ortsverwaltung Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Wilhelm Wittkowski** am 7. Mai verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes (Wartheufer Weg) aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
 Haupt-Bureau: Engel-Her 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
 Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt IV, 8353.

Sonnabend, den 12. Mai 1906, abends 8 Uhr,
 im Lokal von Petznick, Friedrichstr. 114:

Bezirks-Versammlung für Friedrichshagen.

Tagesordnung:
 1. Vortrag des Genossen K. Störmer über: „Die Gleichberechtigung der Menschen in Theorie und Praxis“.
 2. Distiktion.
 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.
 Zahlreicher Besuch erwartet.
 118/1 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands. Filiale Berlin.

Freitag, den 11. Mai 1906, abends 6 1/2 Uhr, in Kellers Festhallen, Kopenstr. 29:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Wilhelm Düwel über das Thema: „Partei und Gewerkschaft.“ 2. Distiktion. 3. Ist es zweckmäßig, die Delegierten in den Bezirksstellen (Gewerkschaftskommisionen), die zur Filiale Groß-Berlin gebildet, aufrecht zu erhalten? 4. Verschiedenes.
 Die Bezirksdelegierten aus den Bezirken werden hierzu besonders eingeladen.
 Ertheilen aller Kollegen ist unbedingt erforderlich. Anfang Präsiße 6 1/2 Uhr.

Der Vorstand.

Außerordentliche General-Versammlung

der
 Vertreter der Arbeitnehmer der
Orts-Krankenkasse
 der Maschinenbau-Arbeiter
 und verw. Gewerbe zu Berlin
 am
 Mittwoch, 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr,
 im
Pfeffers Restaurant, Rosenhalerstr. 57.

Tages-Ordnung:
 Wahl eines Vorstandsmitgliedes an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Dr. Badmeyer.
Das Mandat legitimiert.
 Berlin, den 8. Mai 1906.
Der Vorstand.
 A. Bant.

Achtung! Schmiede. Achtung!

Donnerstag, den 10. Mai 1906, abends 8 1/2 Uhr pünktlich:

Allgemeine Versammlung

fämtlicher bei Innungsmeistern arbeitenden Schmiedegesellen
 in den **Musiker-Sälen**, Kaiser-Wilhelmstraße 15 m.

Tages-Ordnung:
 1. Die letzten Vorgänge auf dem Arbeitsnachweis in der **Mulackstraße**. Referent: Kollege W. Siering.
 2. Distiktion und Beschlusseschluss.
 3. Erziehung zum Weilen-Arbeitsnachweis.
 4. Bewußt der Arbeitsvermittlung.
 5. Verschiedenes. 176/13

Kollegen! Die Berliner Schmiede-Innung hat in ihrer letzten Versammlung beschlossen, den Arbeitsnachweis wieder selbst in die Hand zu nehmen, das heißt also, uns selbst zu schützen.
 Kollegen! Das kann und darf nicht geschehen! Wir haben gesagt, daß wir die Arbeitsnachweise in Ruhe und Ordnung erledigen können, es sind nicht die geringsten Klagen gegen uns eingelaufen, und trotzdem will man uns den Fußtritt geben.
 Kollegen! Das kann Euer Willkür nicht sein!
 Deshalb erscheint alle, **Wann für Mann**, in dieser Versammlung, zeigt den Meistern, daß Ihr noch wie vor einst und geschlossen dahebt. Kein Bräuder Schmach darf fehlen.
 Mit Gruß!
 Der Gesellen-Ausschuß.
 J. U. Adolf Müller, Hilgeselle, Hülkenstraße 21.
 Die Herren Meister sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen.

Central-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche. Bezirk Rixdorf.

Freitag, den 11. Mai 1906, abends 8 Uhr, in **Hoppes Festhallen**, Hermannstr. 47/48:

Bezirks-Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Eugen Bräuner über „Arbeitsgeber-Organisation und Arbeitnehmer-Organisation“.
 2. Distiktion. 3. Die Stellen für die Kollegen zum Anstoß an das Rixdorfer Gewerkschafts-Komitee. 4. Bezirksangelegenheiten.
 Zu dieser Versammlung sind alle im Bezirk wohnende Kollegen mit ihren Frauen freundlichst eingeladen und erucht um zahlreiehen Besuch.
 143/12 Der Obmann.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuzeit-Katalog
 m. Empfehlung vieler Aerate u. Prof. grat. u. grat.
 H. Unger, Gummiwaren-Handlung
 Berlin NW., FriedrichstraÙe 91/92

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
 Donnerstag, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im **Gewerkschafts-Haus**, Engel-Her 15 (Saal 5):

Versammlung

aller in Decken-Baugeschäften beschäftigten
 Maurer (Wölber).

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
 Das Erscheinen sämtlicher Kollegen erwartet.
 143/10* Der Zweigvereinsvorstand. J. U. E. Thöns.

3. Ziehung 5. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. Mai 1906, vormittags.
 Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
 (Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

99 162 298 420 61 72 (5000) 602 778 83 1003 87 191
 201 448 81 99 503 627 812 (10 000) 77 928 2077 513
 87 693 3067 90 (3000) 97 142 406 10 (3000) 16 933 36
 4107 266 97 (500) 322 80 56 222 707 68 (3000) 81 851
 681 5192 317 687 773 (500) 867 6137 (1000) 39 333
 458 822 40 44 602 93 728 788 (500) 95 990 82 8050
 635 931 9089 83 194 287 432 (3000) 82 762 926
 10085 176 229 339 680 949 (1000) 11041 89 178 204 367
 957 628 70 99 936 66 12157 90 528 89 678 746 897
 957 13168 483 810 (1000) 14002 237 488 615 826
 15043 118 31 306 63 425 506 40 728 875 (1000) 927
 16089 284 427 516 673 731 17470 79 551 753 835 37
 19281 34 133 218 337 611 79 107 433 96 599 892 (500) 97
 20135 322 446 695 743 907 (2000) 1099 100 294 386
 423 618 (500) 68 788 60 71 886 963 22143 294 423
 531 618 36 701 56 81 886 23025 200 387 94 684 744 50
 977 24014 159 628 32 26058 (500) 254 391 434 35 752
 66 988 622 50 628 32 26058 (500) 254 391 434 35 752
 27119 202 419 23 627 93 28046 62 124 591 61 672
 733 49 29008 131 52 220 97 363

Verband der baugewerb. Hilfsarbeiter Deutschl. Sektion der Putzerträger.

Sonntag, den 13. Mai, mittags 11 1/2 Uhr, im **Lokal von Wernau**, Schwedterstr. 23:

Versammlung.

Sektion der Töpferträger.

Montag, den 14. Mai, abends 8 Uhr, im **Rosenthaler Vereins-Haus**, Rosenthalerstr. 57: 34/10

Tagesordnung wird in den Versammlungen bekannt gemacht.
 Zahlreicher Besuch erwartet.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Rohrlegerwerkstatt

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
 Spezialarzt für 110/9*
Haut- und Harnleiden.
 10-2,5-7. Sonntag 10-12. 2-4

Achtung! Vereine, Gewerkschaften, Fabriken, Klubs!

Bevor Sie Ihre Dampferpartien abschließen, sehen Sie sich

Restaurant „Waldhaus“

Rauchfangwörter bei Zeuthen, ein vollständig neu eingerichtetes 3. gr. Säle, Hallen, ca. 4000 Sitzplätze etc. Für Himmelfahrt, 2. u. 3. Feiertag, 1. Juli, 12. August noch Dampfer a 200 resp. 330 Pers. zu verm. Für gr. u. kl. Fabriken noch Sonnabende i. Juni u. Juli frei, sowie Wochentage zu ermäßig. Preisen Dampfervermietung. Um zahlreiche Besuch und Abschluss bittet
 Der Inhaber **Karl Römsch.**

Witte* Waldschlößchen, Eidswalde, Kaiser Friedrich-Krahe 1.

Empfiehlt allen Vereinen und Gewerkschaften zu Ausflügen und Partien
 mein herrlich am Wald gelegenes Lokal, 3 Minuten vom Bahnh. Großer Saal. x Schattiger Garten. x 2 Kegelbahnen. x Ausspannung.
 Sommerwohnungen und Zimmer. 25349

10085 176 229 339 680 949 (1000) 11041 89 178 204 367
 957 628 70 99 936 66 12157 90 528 89 678 746 897
 957 13168 483 810 (1000) 14002 237 488 615 826
 15043 118 31 306 63 425 506 40 728 875 (1000) 927
 16089 284 427 516 673 731 17470 79 551 753 835 37
 19281 34 133 218 337 611 79 107 433 96 599 892 (500) 97
 20135 322 446 695 743 907 (2000) 1099 100 294 386
 423 618 (500) 68 788 60 71 886 963 22143 294 423
 531 618 36 701 56 81 886 23025 200 387 94 684 744 50
 977 24014 159 628 32 26058 (500) 254 391 434 35 752
 66 988 622 50 628 32 26058 (500) 254 391 434 35 752
 27119 202 419 23 627 93 28046 62 124 591 61 672
 733 49 29008 131 52 220 97 363

130125 31 33 60 97 777 908 131082 (1000) 102
 [500] 453 500 820 84 925 39 132066 110 227 90 311
 516 45 74 732 912 97 133135 41 49 290 541 302 730
 [1000] 68 389 44 917 67 134008 (3000) 53 102 62 (500)
 291 999 135248 371 442 864 136160 257 300 908
 [13700] 332 33 407 695 574 916 25 34 91 138014 47
 [500] 269 64 379 498 12 538 777 810 139049 (500) 210
 [3000] 378 745 914 41

78 244 (500) 71 600 85 984 129030 240 45 311 912
 94 (3000)
 130125 31 33 60 97 777 908 131082 (1000) 102
 [500] 453 500 820 84 925 39 132066 110 227 90 311
 516 45 74 732 912 97 133135 41 49 290 541 302 730
 [1000] 68 389 44 917 67 134008 (3000) 53 102 62 (500)
 291 999 135248 371 442 864 136160 257 300 908
 [13700] 332 33 407 695 574 916 25 34 91 138014 47
 [500] 269 64 379 498 12 538 777 810 139049 (500) 210
 [3000] 378 745 914 41

111018 99 116 74 90 399 93 980 912 111148 99
 86 487 574 840 68 926 (500) 112533 501 679 737 990
 113086 255 652 713 79 840 114123 (1000) 27 245 390
 615 (3000) 74 708 88 115085 611 63 381 96 445 503 708
 834 110685 77 313 439 591 788 947 8 117042 97
 114318 61 (500) 227 77 664 (3000) 78 711 904 90 118345
 609 751 841 916 119294 (1000) 340 403 60 682 339
 120099 96 148 60 441 51 (3000) 904 14 83 943
 121189 301 (500) 487 89 515 29 75 819 946 97 122335
 44 38 202 14 31 78 438 712 61 209 (500) 123274 27
 43 75 621 90 124112 217 670 700 10 68 924 125041
 81 87 (500) 94 514 480 822 970 126189 277 310 494
 62 68 653 127127 52 490 505 34 762 889 910 128069

100035 695 25 101002 194 392 589 797 940 (500)
 66 102025 69 453 71 (500) 688 99 799 37 822 103046
 244 301 (3000) 498 26 28 671 732 950 (500) 104034 41
 67 390 70 483 501 38 615 26 765 894 816 83 105111 392
 29 488 321 624 725 106398 545 (500) 70 (500) 720 547
 107094 97 245 (1000) 490 597 892 751 810 961 108024
 168 268 304 33 (5000) 690 772 109229 81 88 490 503 47
 670 83 752 (3000)

83 (15 000) 817 19 23 68 126035 (5000) 202 15 49
 316 441 79 531 650 820 127151 397 696 704 965 94
 [1000] 128148 69 (1000) 96 424 686 91 129144 251 92
 386 96 725 917

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Am Dienstag, den 15. Mai, abends 8 Uhr, werden in Groß-Berlin Versammlungen abgehalten, welche sich mit dem Schulgesetzentwurf der preussischen Regierung beschäftigen.

Wir erjuchern die Genossen, an diesem Abend keinerlei andere Veranstaltungen zu treffen.

Der Aktionsauschuss.

Ober-Schöneweide. Den Genossinnen und Genossen zur Kenntnis, daß die Versammlung, in welcher der Genosse Adolf Stern referieren wollte, erst im Monat Juni stattfinden kann.

Friedrichshagen. Sonnabend, den 12. Mai, abends 9 Uhr, findet im Saale des Gesellschaftshauses, Friedrichstraße 68, eine Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Vortrag der Frau Jeeze-Vorlin über „Welche Mittel stehen den Proletarierinnen im Kampfe um das Recht zur Verfügung?“ 2. Diskussion. 3. Gründung eines Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins. Am recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Wahlverein Bezirk Pankow-Schönwalde. Am Sonntag, den 13. Mai cr., nachmittags 1/2 4 Uhr, findet im Lokal des Herrn Geom. Schulz, Schönwalde, die Versammlung der Parteigenossen aus Schönwalde und Umgebung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Redakteurs Genossen O. Weber-Berlin über „Soziale Fürsorge in Theorie und Praxis.“ 2. Wahl der Bezirksführer. 3. Vereinsangelegenheiten. Alle Arbeiter von Schönwalde und Umgebung sind hierzu als Gäste eingeladen.
Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Es etwas gibt's ja gar nicht! Wenn der Verwaltung unseres städtischen Krankenpflanzwesens irgendwas vorgehalten wird, mit welchen Schwierigkeiten es manchmal verbunden ist, für einen Kranken die Aufnahme in einem der Krankenhäuser zu erreichen, dann kommt von der Verwaltung allemal die prompte Antwort: Das gibt's ja gar nicht!

Da wir uns den meisten Erfolg stets von der öffentlichen Erörterung solcher und ähnlicher Mängel versprochen, so möchten wir heute ein Vorkommnis mitteilen, das aufs neue die Berliner Krankenhausmiserie beleuchtet. Diesmal handelt es sich nicht um Aufnahmeformalitäten, sondern wieder mal um das Thema des Platzmangels. Wer als Kranker Aufnahme in einem unserer öffentlichen Krankenhäuser sucht, der muß sich darauf gefaßt machen, daß er so und so oft abgewiesen wird. Dieselben Ausfälle eröffnen sich den schwächeren oder entbundnen Frauen, für die um Unterkunft in einem Krankenhaus gebeten wird. Besonders schlimm kann es obdachlosen Frauen ergehen, wenn sie schwanger sind und ihre Entbindung erwarten. Nicht selten suchen solche Frauen das Obdach erst so spät auf, daß sie nicht mehr rechtzeitig in einer Entbindungsanstalt untergebracht werden können. Es ist vorgekommen, daß ein Mädchen, bei dem sich bereits die Geburtswunden eingestellt hatten, von einem Schuppenmann durch Berlin umhergeführt werden mußte, ohne daß irgendwo die Aufnahme erteilt werden konnte. Der Verantw. brachte schließlich das Mädchen nach dem Obdach, aber noch ehe er dort ankam, erfolgte unterwegs in dem Wagen die Geburt eines Kindes. Mutter und Kind mußten dann zusammen im Obdach aufgenommen werden. Der Schuppenmann als Geheime? „Es etwas gibt's ja gar nicht!“ Aber diesmal steht's, wie es sich gebührt, in den Akten; da kann es nicht mehr wegbeiwiesen werden. Im Obdach ist übrigens eine sachgemäße Behandlung und Pflege von Wöchnerinnen nicht möglich. Wir begrüßen es daher mit Befriedigung, daß die Verwaltung jetzt dem leitenden Arzt die Befugnis erteilt hat, in solchen Fällen auch private Entbindungsanstalten in Anspruch zu nehmen.

Eigenartig ist die Stellung, die die fgl. Charité zur Frage der Unterbringung von Schwangeren oder bereits Entbundenen einnimmt scheint. Wenn eine Frau bereits entbunden ist, so soll sie sich keine Hoffnung machen, noch in die Charité hineingelangen. Es kann ihr passieren, daß von dort aus erklärt wird, man habe nun kein Interesse an der Aufnahme. Vielleicht wird hierzu auch die Charitédirektion verschrien: Das gibt's ja gar nicht! Da empfehlen wir ihr, sich einmal im Obdach zu erkundigen. Dort kann sie's erfahren, wie es obdachlosen Frauen erging, die im Obdach entbunden waren und nun anderwärts untergebracht werden sollten.

Die Parl- und Garten-Deputation hielt gestern ihre regelmäßige Sitzung ab; ein Antrag der Schul-Deputation wegen Vergabe einer Fläche des Humboldthains zum Neubau der 260. Gemeindefabrik wurde abgelehnt. Des weiteren wurde vorgeschlagen, in diesem Jahre wieder 100 neue Sitzbänke in den städtischen Anlagen aufzustellen. Unsere Genossen bemängelten, daß bei der ungeheueren Ausdehnung, die unsere öffentlichen Anlagen genommen, 100 Bänke viel zu wenig seien; dieser Auffassung stimmte man im allgemeinen zu, es wurde beschlossen, in den nächsthbrigen Etat eine doppelte Summe für Bänke einzustellen. Bei dieser Gelegenheit kam es zwischen einem sozialdemokratischen Mitgliede und dem Bürgermeister Reike sowie dem Gartenbauinspektor Wächter zu scharfen Zusammenstößen. Unser Genosse wies darauf hin, daß sich die Arbeiten in einem Teile unserer Anlagen noch in großem Mangel befinden; dies habe seinen Grund in dem Mangel an Arbeitskräften. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, für die städtischen Parkwälder zeitgemäße Unterkunftsräume zu beschaffen und den jetzt zum Teil noch bestehenden Zustand zu beseitigen. Ein Gesuch der bei der Stadt beschäftigten Gärtnere wegen Einsetzung eines Gärtnerausschusses wurde vertagt und der Direktor beauftragt, bis zur nächsten Sitzung das einschlägige Material der Deputation vorzulegen. Der Verein für bürgerliche Lebensweise ist an die Deputation herantreten, ein Gelände im Planterwalde zur Errichtung eines öffentlichen Luft- und Lichtbades zur Verfügung zu stellen. Die Deputation lehnte dieses Gesuch ab und empfahl dem Verein, sich an die städtische Grund-Deputation zu wenden. Ein Gesuch der Bethobara- und Beth-Nim-Stiftung, ihr Gehölze aus städtischen Beständen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, wurde einstimmig abgelehnt. Anlässlich der Besprechungen auf dem Alexanderplatz trat die Deputation noch einmal in die Besprechung ein; vom Bürgermeister wurde aufgefordert, den Direktor Wächter aufzufordern, für die endgültige Festlegung des Parks an der Perolona einen Plan auszuarbeiten und denselben alsbald Magistrat und Stadtverordneten vorzulegen. Weiter wird der Wunsch ausgedrückt, die 3000 M. an den Geber zurück zu erstatten. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, sondern die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung vertagt. Es wurde noch festgestellt, daß der Deputation die 3000 M. überhaupt noch nicht zugegangen seien und ein Beschluß, dieselben anzunehmen noch nicht gefaßt ist. Die Besprechung über die verschiedenen Löhne der Gärtnere und Arbeiter wurde zur nächsten Sitzung vertagt.

Wie man es heute zum Unternehmern bringen kann, wird in einer durch eine Anzahl Zeitungen gehenden Reklamenotiz gesagt, in der die Gründung eines neuen erweiterten Staubsaugers angekündigt wird. Es heißt in dieser Reklame zum Schluß: „Somit hat dieses Unternehmen wiederum den Beweis erbracht, daß Fleiß und Unternehmungsgeist allein genügen, um so

große Industriewerke zu schaffen und zu erhalten; eine wirtschaftliche Lehre, welche nicht unbeachtet bleiben sollte.“

Zu den Blättern, die die „Mahnung“ abdrucken, gehört auch die „Zeit am Montag“, ein Blatt, das auch sehr viel von Arbeitern gelesen wird. Vielleicht ist die „Z. a. M.“ so freundlich, all' den Arbeitern, die Fleiß und Unternehmungsgeist besitzen, eine Kreditquelle für das erste Anlagkapital zu verraten, sie würde alsbald Wunder von Industriewerken anstaunen können und damit wäre — nach der Mahnung des allermodernsten Schulze-Delisch — eine Umwandlung der kapitalistischen Produktion in die sozialistische überflüssig. — Also merkt es euch, ihr unternehmungslustigen Proletarier!

Stiftungsangelegenheiten. Von Herrn Dr. jur. Schlöffer ist der Stadtgemeinde Berlin im Jahre 1892 ein Betrag von 100 000 M. zur Begründung einer Stiftung unter den Namen „August-Emilie-Schlöffer-Stiftung“ überwiesen worden. Der Zweck dieser Stiftung ist, aus den Zinsrückflüssen des Kapitals bedürftigen Personen, beiderlei Geschlechts ohne Ansehen der Religion freistellen in den städtischen Heimstätten für Genußende zu beschaffen. Personen, die auf die Wohnstätten dieser Stiftung rekrutieren, haben ihre Gesuche an das Bureau der städtischen Heimstätten für Genußende, hier: Neue Friedrichstr. 9/10 II, unter Beifügung eines ärztlichen Attestes über ihren Zustand nach einem bestimmten Formular, das von dem Bureau kostenfrei verabfolgt wird, zu richten oder dort mündlich anzubringen. Die Heimstätten verfolgen den Zweck, Personen, die eine Krankheit überstanden haben, auf einige Wochen zur Pflege und zur Wiederherstellung ihrer Erwerbsfähigkeit aufzunehmen. Der Aufenthalt dabeilist ist also nur vorübergehend, auch werden bare Geldunterstützungen aus der Stiftung nicht gewährt.

Für die natürliche Bevölkerungsvermehrung in Berlin war das erste Viertel des Jahres 1906 kein schlechter Anfang. Gegenüber demselben Zeitraum des Jahres 1905 war zwar die Zahl der Geburten nur um rund 200 höher, aber die Zahl der Sterbefälle um rund 500 niedriger, so daß der Geburtenüberschuss diesmal bereits um 700 höher als im Januar, Februar, März vorigen Jahres war. In dem ersten Viertel des vorigen und des laufenden Jahres wurden 13 210 bzw. 13 412 Kinder geboren (die totgeborenen mitgezählt), während 9042 bzw. 8551 Personen starben (auch hier die totgeborenen Kinder mitgezählt).

Die dritte Ober-Realschule Berlin, die zu Beginn dieses Sommerhalbjahres neu eröffnet wurde und vorläufig im Gemeindefabrikhaus der Chorinerstraße untergebracht ist, soll ihr eigenes Schulhaus in dem näheren Teil des Königsviertels erhalten. Der Magistrat sucht jetzt in der Gegend zwischen Prenzlauer Allee, Friedenstraße, Straße am Friedrichsbain, Börsenstr. 8, Eisingerstraße, Danzigerstraße ein Grundstück zu erwerben, auf dem das Schulhaus der Ober-Realschule errichtet werden soll.

Wie geht die Umwandlung des Fernsprechnetzes bei den Teilnehmern vor sich? Die Umwandlung des Berliner Fernsprechnetzes nach dem Berliner System ohne Kurbel und Batterie bei den Sprechstellen der Teilnehmer macht nicht nur eine Erneuerung sämtlicher Vermittelungsstellen notwendig, sondern auch die Austausch aller Fernsprechanlagen bei den Teilnehmern. Nach dem jetzigen Stande der Arbeiten ist die Inbetriebnahme des Stadtfernprech-netzes 6. mit dem die Nummer 6a und 9 vereinigt werden, etwa Anfang Juli d. J. zu erwarten. Im Laufe des Monats Juli folgt dann voraussichtlich das Fernzwecknetz, in dem die Fernsprechanlagen nach auswärts hergestellt werden, nach. Fast ebenso weit vorgeschritten ist das Amt 7 in der Stankensfeldstraße, das mit dem Amt 7a vereinigt wird. Die neue Vermittelungsanstalt wird dort ungefähr Ende August in Benutzung genommen werden können. Als viertes und letztes Amt im Laufe dieses Jahres soll noch Amt 2 in Moabit nach dem neuen System eingerichtet werden. Bei dem Amt ist bereits ein Rotam für den Uebergang errichtet. Da es nun nicht möglich ist, im Laufe dieses verhältnismäßig kurzen Zeit bei diesen vielen Tausenden von Anschlüssen, welche diese Nummer umfassen, die Apparate auszutauschen, so werden die jetzt vorhandenen Apparate mit einer Einrichtung versehen, welche sie für beide Arten des Betriebes brauchbar macht. Es werden Polarisationzellen oder Kondensatoren eingebaut, die vorläufig überbrückt, d. h. außer Tätigkeit gesetzt bleiben. Werden sie dann mit der Eröffnung des neuen Amtes eingeschaltet, so verriegeln sie den Strom, welcher etwa irtümlich mit der Kurbel usw. erzeugt wird. Später werden dann allmählich die umgebauten Apparate gegen vollständig neue ausgetauscht.

Ein erweiterter Schutz der Tiere soll durch die Abänderung der Polizeiverordnung vom 30. Dezember 1902 erreicht werden, die der Polizeipräsident soeben bekannt gibt. Es heißt darin, daß bei Tieren, deren Eigentümer nicht belamst ist oder nicht ermittelt werden kann, oder deren Eigentümer aus irgend welchen Gründen nicht in der Lage ist, die erforderlichen Anordnungen zur Wartung der Tiere zu treffen, in Vereinbarung mit dem Deutschen Tierärzverein alle diese Tiere künftig sofort von den Polizeibehörden im Tierdepot in der Dircksenstraße untergebracht werden sollen. Falls das Eingehen von Tieren infolge Nachlässigkeit oder Böswilligkeit der Eigentümer zu befürchten ist, soll das Meibier diesen zur ordnungsgemäßen Fütterung usw. anfordern. Kommt er dieser Aufforderung nicht nach oder ist er dazu nicht in der Lage, so wird ihm eröffnet, daß die Tiere auf seine Kosten dem Tierdepot des Deutschen Tierärzvereins überwiesen werden müssen. Das soll auch geschehen, falls der Eigentümer bei seiner Weigerung beharrt. Falls die Tiere wegen Mitleidigkeit des Besitzers nicht ordnungsgemäß gepflegt werden, werden die Tiere nach vorheriger Verständigung dem Tierdepot überwiesen.

Um dem Volke die Religion zu erhalten, müssen immer mehr Kirchen gebaut werden. Das geschieht, obwohl die vorhandenen vielfach gähnende Lücke ausweisen. Auch an die Kranken wird dabei gedacht. Obwohl dieselben vor allem der körperlichen Gesundung bedürfen, wird auch ihrer Seelen gedacht; oft werden ihnen die „heiligen Heilmittel“ geradezu aufgedrängt. Als vor Jahr und Tag in einer Sitzung des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt der Antrag über den Bau einer Kirche für die Heilstätte in Seeley zur Debatte stand, wählten sich die Arbeitervertreter diese Einrichtung, für die unter den Arbeitern auch nicht das geringste Bedürfnis vorhanden sei. Der Bau der Kirche wurde aber trotzdem beschlossen. Daß auch in anderen Heilstätten ein solches Bedürfnis nicht vorliegt, beweist eine Zuschrift, die uns ein Patient aus Grabowice schickte. Dieser Patient hat sich das Vergnügen gemacht, die Zahl der Kirchenbesucher festzustellen. Er schreibt:

Die Zahl der Insassen beträgt 180, davon müssen vielleicht 12 Personen wegen ihrer Krankheit das Bett hüten. Die Patienten sind zu drei Vierteln aus Berlin, die übrigen von der Versicherung von Brandenburg und Pommern. Das Personal zur Erhaltung der Anstalt sowie zur Bedienung der Kranken beträgt ungefähr 40. Die Zahlung erstreckte sich zunächst auf den Karfreitag, den 13. April, der bei der Geschäftsleitung als ein sehr hoher Feiertag gilt, denn das Baden kann im Beggfall; auch wurde durch Plakat folgendes bekannt gegeben:

Am Karfreitag, 8 Uhr vormittags, findet Gottesdienst mit darauffolgendem hl. Abendmahl statt. Teilnehmer wollen sich im Geschäftszimmer melden.

Es nahmen mit Einschluß des Herrn Predigers daran teil: Karfreitag, den 13. April, 16 Angestellte und 80 Patienten, Ostermontag, den 16. April, 21 Angestellte und 26 Patienten, Sonntag, den 22. April, 15 Angestellte und 15 Patienten, Sonntag, den 29. April, 10 Angestellte und 9 Patienten.

Ob nicht verschiedene der Besucher lediglich der Abwechslung wegen in die Kirche gingen sei dahingestellt, jedenfalls ist es nur

ein kleiner Bruchteil, der für den Kirchenbesuch in Frage kommt; und für einen kleinen Teil besonders Kirchen zu bauen, dürfte lediglich eine Vergeudung der von den Arbeitern aufgebrachtten Mittel darstellen. Unendlich wichtiger als die Sorge für das Seelenheil der Kranken ist es schon, für das Leibliche Wohl der Kranken zu wirken.

Rücksicht auf die Privatbetriebe ist oft die Rede, die unsere Gegner im roten Hause machen, wenn es sich um Forderungen auf Gewährung einer besseren Entlohnung oder Verkräftung der Arbeitszeit städtischer Arbeiter handelt. Obwohl die Stadt solche Rücksichten gar nicht zu nehmen braucht, da sie dem Gesetze der freien Konkurrenz, das für die Privatbetriebe in Frage kommt, gar nicht unterworfen ist, geht man sündigt mit diesem Argument kreben. Aber auch dieses Argument ist sehr wertlos, wie aus folgender Notiz hervorgehen dürfte:

Die Vertreter der Kaufmannschaft von Berlin beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung mit einer Anfrage der Handelskammer zu Bremen bezüglich der Erfahrungen, welche die hiesigen Privatbetriebe mit der Gewährung von Sommerurlaub an Arbeiter gemacht haben. Die Vertreter hatten zur Verantwortung der einzelnen Fragen eine Umfrage bei einer Anzahl industrieller Firmen ihres Bezirkes veranstaltet und dabei festgestellt, daß bei einer Reihe von Geschäften ein solcher Sommerurlaub unter Weiterzahlung des Lohnes eingeführt ist. Der Umfang der Ferien richtet sich nach der Dauer des Dienstverhältnisses und der Art der Beschäftigung und ist sehr verschieden. Die Einführung des Sommerurlaubes für städtische Arbeiter ist bisher im allgemeinen nicht präjudizierlich für die Privatbetriebe gewesen, da die Verhältnisse und Arbeitsbedingungen bei den städtischen Betrieben wesentlich anders liegen als diejenigen in Privatbetrieben. In mehreren der letzteren ist die Gewährung eines Sommerurlaubes bereits länger eingeführt als bei den Kommunen des Korporationsbezirks. Ueber die seitens der Prinzipale mit der Urlaubsgewährung gemachten Erfahrungen läßt sich jetzt ein abschließendes Urteil noch nicht fällen.

Man wird sich entsinnen, welchen Kampf es in der Stadtverordneten-Versammlung kostete, Sommerurlaub für die städtischen Arbeiter zu erringen. Natürlich ist dieser so dürftig, daß die Stadt damit Staat nicht machen kann.

Bei 21 Grad im Schatten. Wer seine Lebensgewohnheiten nach dem Kalender regelt, kann in diesem Frühjahr zur Verwirrung gebracht werden. In sechs Wochen erst beginnt kalendermäßig der Sommer, wir haben noch nicht einmal die drei „Eichhellen“ hinter uns und finden trotzdem doch schon mitten in den Hundstagen. Das registrierende Thermometer zeigt in seiner Kurve schon seit vielen Tagen gleichmäßige Wellen, deren Scheitel immer höher steigt, während selbst zur Nachtzeit keine erhebliche Abkühlung eintritt. Diejenigen, die bei dem dichtbewölkten Himmel gestern einen Witterungsumschlag prophezeigten, sind durch die Tatsachen widerlegt worden. Die kurzen warmen Regenschauer in Berlin waren im buchstäblichen Sinne des Wortes „Tropfen auf den heißen Stein“ und nach wenigen Minuten war auch nicht die kleinste Spur von Feuchtigkeit mehr auf dem Pflaster zu entdecken. Das Straßenbild hat schon ganz hochsommerlichen Charakter angenommen, der Ueberdampf verhaucht und Strohhut und Sommerhüte dominieren. Die Geschäftsleute sind durch den kalenderwidrigen frühen Eintritt der Hitzeperiode in arge Verlegenheit geraten; sie können oft den Bedarf an Sommerartikeln noch garnicht genügend befriedigen. Auch die Gastwirte bereuen sich jetzt in aller Hast, die Vergärten in Stand zu setzen, soweit es noch nicht geschehen ist. Gegenwärtig wird eifrig an dem vielumstrittenen „Garten“ vor dem Rathaus gezmimmert.

Am schwersten haben die Arbeiter unter der Hitze zu leiden, die in buntschwärzlichen überhitzten Räumen dem Moloch Kapital frönen müssen.

Der Wasserverbrauch der Stadt Berlin und der von Berlin mit Wasser versorgten Vororte Treptow, Stralau, Nieder-Schöneweide, Weihensee usw. hat in den letzten Jahren eine erhebliche Steigerung erfahren. Die städtischen Wasserwerke hatten im vorigen Sommerhalbjahr einen Zuwachs von rund 1 1/2 Millionen Kubikmeter gegen 1904 zu verzeichnen. Im ganzen werden von den beiden Wasserwerken Tegel und Friedrichshagen jetzt jährlich rund 64 Millionen Kubikmeter Wasser geliefert. Die Ursachen dieses unerwartet hohen Bedarfs, welcher nicht allein der Bevölkerungsvermehrung entspricht, sondern darüber hinaus ein Anwachsen des Verbrauchs pro Kopf und Tag zeigt, liegen teils in dem häufigeren Baden der Einwohner, den Badeeinrichtungen in Wohnungen, der ausgedehnten Anwendung der Wasserheilsmethode usw., teils hängen sie mit der Einführung des Grundwassers zusammen, welches wegen seiner gleichmäßig niedrigen Temperatur zu Kühl- und Sprengzwecken ausgiebige Verwendung findet und auch seiner Reinheit wegen von zahlreichen Industriellen, welche bisher ihr Wasser Privatpumpwerken entnommen haben, immer mehr bevorzugt wird.

Diese Umstände haben bewirkt, daß der Höchstverbrauch von 100 Liter pro Kopf und Tag der Bevölkerung, welcher den zur Ausführung gekommenen Projekten zugrunde lag, in den letzten Jahren erheblich überschritten wurde. In Berücksichtigung dieses Umstandes hat zwar das Rügellsee-Wehr gelegentlich seiner Umwandlung in ein Grundwasserwerk schon die weitaus größte Vergrößerung erfahren, so daß es zusammen mit Tegel eine größte Tagesmenge von 280 000 Kubikmeter abzugeben vermag; es reikt aber auch diese Vergrößerung nicht entfernt aus, um den künftigen Höchstbedarf von Berlin und seinen Vororten zu decken. Man muß vielmehr einem weiteren Anwachsen des Wasserbedarfs pro Kopf und Tag der Bevölkerung entgegengehen, und man wird den künftigen Höchstbedarf zu 150 Liter annehmen können. Diese Zahl entspricht einer größten Tagesförderung von 476 000 Kubikmeter und macht Anlagen von 196 000 Kubikmetern täglicher Leistungsfähigkeit erforderlich — also Anlagen von der Größe des Rügellsee-Wehres, dessen Leistung nach fertigem Ausbau 200 000 Kubikmeter betragen wird. Nachdem der Wasserverbrauch am 1. Juli 1905 bereits die Höhe von 277 000 Kubikmetern erreicht hat, und da mit dem Aufschluß des zum Zentrum Berlins sehr günstig gelegenen XI. Radialsystems eine starke Zunahme, also ein schnelles Anwachsen der Einwohnerzahl zu erwarten ist, muß die Herstellung der Neuanlagen auf das äußerste beschleunigt werden. Die Deputation für die städtischen Wasserwerke hat sich auch bereits auf Antrag der Direktion mit diesen Fragen eingehend beschäftigt. Von einer Erweiterung der beiden Wasserwerke in Tegel und Friedrichshagen muß aus verschiedenen Gründen abgesehen werden. Es kommt also nur der Neubau eines dritten städtischen Wasserwerkes in Frage. Es ist selbstverständlich, daß diese Anlage nur in Form eines Grundwasserwerkes zur Ausführung kommen wird und man beabsichtigt eine mit den geologischen Verhältnissen der Mark vertraute Persönlichkeit bei der Auswahl der Gelände herauszusuchen, um tunlichst in der Nähe Berlins eine zweite Stelle zu finden, die in eben so günstiger Weise wie das Rügellsee-Wehr die Gewinnung der ganzen Wassermenge an einer einzigen Stelle gestattet. Denn es ist diese Form der Fassung in Rücksicht auf die noch zu versorgenden Gebiete die für Berlin vorteilhafteste.

Zu den umfangreichen Vorarbeiten, die in der Erbohrung zahlreicher Beobachtungs- und Tiefbrunnen, in der Vornahme von Pumpversuchen, wiederholter Analyserungen des in den verschiedenen Schichten der einzelnen Brunnen erhobten Wassers usw. bestehen, sind 400 000 M. erforderlich, die von den Gemeindebehörden bewilligt werden müssen.

Der Zentralverband der Handlungsgehülften ersucht und mitzuteilen, daß die für Freitag, den 11. Mai 1906, nach dem Industrie-Kongress, den Andreas-Gehülften und dem Schweinländer-Gesellschaft

Kauf einberufenen Vollversammlungen nicht stattfinden, da mit der Firma H. Jandorf u. Co. eine Verhandlung erzielt worden ist.

In fiedendes Bett hineingezogen. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich gestern abend in dem Hause Wittmannstr. 17 ereignet. Die dort wohnhafte Frau H. hatte in einer großen Pfanne Fett ausgelassen und den Behälter für einen Augenblick auf den Stuhl gestellt. Das zweijährige Söhnchen der H. machte sich an der Pfanne zu schaffen, ketterte auf den Stuhl hinauf und stürzte plötzlich in das siedende Fett hinein. In Gesicht, am Kopf, an den Armen und am Körper erlitt der Knabe so fürchterliche Brandverletzungen, daß die Haut vollständig zerfressen wurde. In bedenklichem Zustande kam das bedauernswerte Geschöpf nach dem städtischen Kinderkrankenhaus in der Reinickendorferstraße.

Berrirte Kinder. Eine festsame Begleiterscheimung hat das herrliche Frühjahrswetter mit sich gebracht. Die Kleinen, die sich jetzt fast während des ganzen Tages auf der Straße aufhalten, verlaufen sich oft beim Spielen und irren dann Stundenlang vergeblich in den Straßen umher, bis sie schließlich von mitleidigen Passanten nach der nächsten Polizeiwache gebracht werden. Besonders die Polizeibureaus an den Grenzen Berlins erhalten jetzt tagtäglich „Keinen Besuch“. Da die berrirten Kinder zumeist nicht einmal angehen vermögen, wo sie wohnen, so müssen sie oft recht lange Zeit hindurch die Gostfreundlichkeit der Polizeireviere in Anspruch nehmen, ehe es den geängstigten Eltern gelingt, den Aufenthaltsort ihrer verirrten Kinder ausfindig zu machen.

Warnung vor falschen Markfrüden. Seit einiger Zeit tauchen in Berlin und den Vororten falsche Einnahmezüge auf. Die Markfrüden sind täuschend ähnlich hergestellt und bestehen aus einer Mischung von Wei und Zink. Sie tragen die Jahreszahl 1901 und das Münzzeichen H.

Opfer der Arbeit. Vom eigenen Wagen überfahren wurde gestern der 28 jährige Kutsher Gustav Kreiser aus der Liebenwalderstraße 24. A. hatte auf einem Neubau auf dem Grundbesitz Baumaterialien abgeladen und als er dann wieder den Wagen besorgen wollte, zogen die Pferde zu früh an, A. stürzte infolgedessen vom Dach herab und fiel unter den Wagen. Die Räder gingen ihm über die Unterschenkel hinweg und zermalnten sie fast vollständig. Der Verunglückte wurde ins Krankenhaus Noabit eingeliefert. — Beide Beine abgefahren wurden auf Bahnhof Sülzstraße dem Steinhauser Reinhold Zahn, Wilhelmstraße 68 in Lichtenberg wohnhaft. S. geriet versehentlich unter einen Güterwagen und wurde so unglücklich über die Unterschenkel hinweggefahren, daß beide Beine oberhalb der Knöchel vom Körper fast getrennt wurden.

Feuer in der Schönhauser Allee. Durch einen Brand wurde gestern nachmittag der Dachstuhl des Hauses Schönhauser Allee 89 zerstört. Als die Feuerwehre erschien, fand sie schon einen sehr umfangreichen Brandherd vor. Das Umsichgreifen der Flammen wurde dadurch gefördert, daß das Haus ein Eckhaus an der Anglerstraße ist und das Herandrängen der Wehre zum Brandherd sich etwas schwierig gestaltete. Der die Gefront zierende turmartige Aufbau wurde vom Feuer ergriffen, prasselnd flogen die Dachziegel auf die Straße und das Gebälk des Aufbaues brach in sich zusammen. Trotzdem mehrere Dampfströme reichlich Wasser gaben, gelang es doch erst nach längerer Zeit, das Feuer Herr zu werden. Die weithin sichtbaren Flammen hatten eine große Menschenmenge angelockt, die Kopf an Kopf die Schönhauser Allee füllte. Durch laute Rufe aus der Menge wurde die Wehre darauf aufmerksam, daß durch fortgetragene Funken auf dem Dach eines Neubaus auf der gegenüberliegenden Seite der Allee ein Brandherd sich entwickelte. Das schnelle Eingreifen einiger Arbeiter des Baus besiegte die neue Gefahr jedoch schon im Entstehen. Bedauerlicherweise ist bei der Löschung des ersten Brandes ein Oberfeuermann an Rauchergiftung erkrankt. Der Dachstuhl des erst vor zwei Jahren aufgeführten Baus ist in großer Ausdehnung niedergebrannt. Die Aufräumungsarbeiten nahmen noch längere Zeit einen Teil der wackeren Mannschaft in Anspruch.

Am Abend des 5. April d. J. ist aus dem Wartesaal IV. Klasse des Bahnhofes Friedrichstraße der auf der Durchreise nach Paris befindlichen Frau Grünberg aus Lomeze bei Barban ihr fünf Jahre alter Sohn abhanden gekommen. Bisher ist es nicht gelungen, eine Spur des Kindes zu ermitteln. Der Knabe ist 1,05 Meter groß, hat dunkles Haar, schwarze Augen, abfliehende Ohren, Stumpfnafe, frisches Gesicht, kräftige Gestalt und spricht jüdisch-polnisch. Bekleidet war er mit einem dunkelblauen Paletot, graugelbter Hose, weißem ungezeichnetem Hemde, langen Schafwollschuhen und einer Radfahrerbrille. Sachdienliche Angaben nimmt jedes Polizeirevier und die Kriminalpolizei, Zimmer 248 des Polizeipräsidiums mündlich oder schriftlich zum Akteneizugeh 2752. IV. 18. 06. entgegen.

Einem erheblichen Verlust hat eine Frau Hartmann, Reinickendorf, Nordbahnstraße 15, erlitten, als sie am 1. Mai auf dem Wege zu Walkmieders Lokal in der Bahstraße war, um an der Waiserei teilzunehmen, indem sie von der Probingsstraße, Drontheimerstraße bis Kristianisstraße ihre goldene Damenuhr verlor. Sollte der Finder dies lesen, so wird er um Abgabe gebeten.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.
Wegen öffentlicher Beleidigung eines Polizeileutnants hatte sich gestern der Klavierpieler Verjus aus Rixdorf vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II in der Berufungsinzanz zu verantworten. Die Beweisaufnahme ergab folgenden Sachverhalt: Bei einem Brande am Rathausufer hatte sich eine große Zuschauermenge angeammelt, darunter auch der Angeklagte. Als der Anbruch des Publikums zu groß wurde, schritt ein Polizeipilett unter Führung des Polizeileutnants Schäfer zur Absperzung des Brandplatzes. Bei dem Vorgehen der Schutzmannschaft erlitt ein Zuschauer von einem Schutzmann einen derartigen Stoß, daß er hinfiel. Hierüber empörte sich die Menge, da sie der Ansicht war, daß die Polizei eine übermäßige Schneidigkeit entwickelt habe. Es wurden Rufe laut, wie: „Wir sind doch nicht in Rußland; das ist ja beinahe so wie bei den Kosaken! Auch der Angeklagte soll mit gerufen haben. Er verlangte überdies noch die Nummer des Schutzmanns zu wissen, durch den der eine Zuschauer zu Fall kam. Der Polizeileutnant Schäfer nannte ihm auch die Nummer, die sich der Angeklagte notierte. Hierbei soll nun der Angeklagte dem Polizeileutnant die Worte zugerufen haben: „Sie Kasse Sie, pfui schämen Sie sich das!“ Daraus erfolgte die Festsetzung des Angeklagten und seine spätere Verurteilung vom Rixdorfer Schöffengericht zu der überaus harten Strafe von sechs Monaten Gefängnis. Da er dieses Urteil nicht anerkannte, wurde er sogleich wegen fluchtverdachts verhaftet, auf Verwendung des Rechtsanwalts Jakob i jedoch nach achtstägiger Haft wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Berufungskammer hielt es gestern zwar auch für erwiesen, daß der Angeklagte den Polizeioffizier durch jene Rennerung schwer beleidigt habe, ermäßigte jedoch die Strafe auf einen Monat Gefängnis.

Ein Kostenwagen des Kohlengeschäfts Paul Zahn aus der Anseebefstraße roste gestern mit dem Gespann in das Ede Hermannstraße und Hasenheide gelegene Zigarrengeschäft von Löser u. Wolff. Der Wagen, welcher mit Kohlen beladen war, konnte wie und mitgeteilt wurde, durch mangelhafte Voreinrichtung an der Hermannstraße, die an dieser Stelle eine Niederung aufweist, nicht zum Stehen gebracht werden. Der Wagen fuhr deshalb mit Pferd und Kutsher durch das Schaufenster in den Laden und richtete nicht unerheblichen Schaden an. Der Kutsher, der bei dem Anprall herunterfiel, wurde unerheblich verletzt, während das Pferd dem Tierarzt in der Kaiser Friedrichstraße übergeben werden mußte.

Schöneberg.

Das traurige Schicksal des auf dem Bahnhof Grunewald erhängt vorgehenden Lehrers Seeger aus Schöneberg beleuchtet ein Freund des Lebens in einem Briefe an das „Verliner Tageblatt“ folgendermaßen: Seeger hielt es für seiner unwürdig, die Schüler nur zu drillen, um einen günstigen Eindruck bei der Revision zu erzielen. Ihm schwebte als erstes Ziel ein anderes vor, das leider bei dem Schematismus in unseren großen Schulkörpern nicht zu seinem Rechte kommen kann: die Herzgen- und Gemütsbildung, ein Ziel, das leider kein Revisor erproben, noch prozentual berechnen kann. So mußte es kommen, daß bei den Revisionen der Klasse nach Seegers eigenen Angaben das Resultat vom Revisor als ungünstig angesehen wurde. Da er sich dadurch sehr bedrückt fühlte, hat er mehrfach seiner Schwester gegenüber ausgesprochen. Als er im vorigen Jahre im Zeitraum von acht Tagen zweimal revidiert worden war, wurde er danach sehr niedergeschlagen und äußerte zu einigen Kollegen, daß es am besten wäre, er würde einen Strick nehmen und sich aufhängen. In einem hinterlassenen Schreiben sagt er darüber, daß er infolge eines Druckes, unter dem er zu leiden hätte, manchmal gegen seinen Willen etwas streng gewesen sei. Er empfand es auch als eine persönliche Kränkung, daß er, dem sämtliche seiner Kollegen das Zeugnis eines geistig hochbegabten Mannes ausstellen, unfähig sein sollte, das Ordinarat einer oberen Klasse zu behalten, daß er vielmehr in der Unterstufe unterrichten mußte, wozu er sich, da ihm die dazu nötige Gemütsheiligkeit fehlte, für völlig ungeeignet hielt. Durch diesen beruflichen Verger wurde Seegers geistige Spannkraft allmählich gebrochen; er wurde nervös und verbittert trotz freundlichen Zuspruches seines Rektors. Da er sich aber von anderer Stelle so durchaus falsch beurteilt fühlte und glaubte, nicht nach seiner Eigenart behandelt worden zu sein, ersahen ihm sein Leben als verfehlt und wertlos. Das drückt er auch im Abschiedsbriefe an seine Schwester folgendermaßen aus: „Wenn es mir in meinem lieben Verufe nicht so schlecht gegangen wäre, so wäre es gelungen, mich dem Leben zu erhalten.“

Das Schöneberger Kaufmannsgericht hat jetzt einen Bericht über seine Tätigkeit im verflorenen ersten Geschäftsjahre herausgegeben, aus dem hervorgeht, wie notwendig eine derartige Einrichtung für die Angestellten im Handelsgetriebe schon längst war. Das Kaufmannsgericht begann seine Tätigkeit im Februar 1903. Die Bureau- und Sitzungsräume sind mit benjennigen des Gewerbegerichts vereinigt und es ist der Vorsitzende des letzteren gleichzeitig Vorsitzender des Kaufmannsgerichts. Im Jahre 1903 sind insgesamt 129 Klagen bei dem Kaufmannsgericht anhängig gemacht worden, davon nur zwei von Unternehmern gegen Angestellte; 3 Klagen wurden zurückgezogen und 9 auf das folgende Jahr übernommen. Die berechtigten die sozialdemokratische Forderung, den weiblichen Angestellten das aktive und passive Wahlrecht zu verleihen, ist, ersieht man daraus, daß unter den 129 Klägern sich 60 weibliche Angestellte befinden, also fast die Hälfte. Die in den Klagen geltend gemachten Ansprüche bezogen sich zum größten Teil auf Leistungen aus dem Dienst- und Lehrverhältnis. Der Wert des Streitgegenstandes war in 12 Fällen unter 20 M., in 24 Fällen 20—50 M., in 30 Fällen 50—100 M., in 48 Fällen 100—300 M., und in 15 Fällen über 300 M. Die höchste Klagesumme betrug 2180 M. Vor dem Vorsitzenden fanden 78 Klagen und vor dem Spruchgericht 37 Klagen ihre Verlesigung; in 48 Fällen kam ein Vergleich zwischen den streitenden Parteien zustande. Von den 68 durch ein gefälltes Urteil erledigten Klagen endeten 9 mit teilweiser Abweisung, 47 fielen zugunsten der Kläger und 12 zugunsten derer selber aus. Wegen Unzuständigkeit mußten drei Klagen zurückgezogen und zwei an das Gewerbegericht verwiesen werden. Termine wurden 44 abgehalten, davon 34 vor dem Vorsitzenden allein und 10 vor dem Spruchgericht. Die größte Hälfte der eingereichten Klagen sind in einem Zeitraum von weniger als 14 Tagen erledigt worden. Berufung wurde nur in einem Falle eingelegt. Als Einigungsamt ist das Kaufmannsgericht noch nicht in Tätigkeit getreten. Mit dem Beginn des Jahres 1906 hat sich der Wirkungsbereich des Kaufmannsgerichts auch auf die Gemeinde Friedenau ausgelehnt. Der Zentralverband der Handelsgeschäften hat zurzeit keinen Vertreter im Kaufmannsgericht, von den beiden in Betracht kommenden Vertretern hat der eine seinen Verus gewechselt, während der andere aus Schöneberg verzogen ist; die übrigen Vertreter gehören dem deutschen nationalen Handelsgeschäftsverband an.

Arbeiter-Samariterkolonne. Heute abend 9 Uhr beginnt der Kursus in der 3. Abteilung in Schöneberg bei Dst. Weiningerstr. 8. Einleitungs-vortrag über Anatomie (Bau des menschlichen Körpers). Um zahlreiche Beteiligung wird erucht. Einschreibegeld 25 Pf., Monatsbeitrag 25 Pf. Die Bibliothek steht den Mitgliedern zur freien Verfügung.

Steglich.

Auf der Fahrt von Steglich nach Berlin spurlos verschwunden ist der 38 jährige Gärtler und Monteur Paul Krug aus der Bahnstraße 2 in Steglich. Am 8. Mai entfernte sich A. morgens gegen 8 Uhr in der Absicht, einer Berliner Firma in der Zimmerstraße 87 einen Gelddbetrag von 100 M. zu überbringen. Er ist jedoch von diesem Gange nicht mehr zurückgelehrt und seitdem spurlos verschwunden. Die Nachforschungen nach dem Verbleib des Vermissten durch die Polizeibehörde, welche damit rechnet, daß ein Unglücksfall oder Verbrechen vorliegt, waren bisher erfolglos. A. ist 1,60 Meter groß, hat einen blonden Schmurrbart und trägt bräunlichen Jacketanzug. Auf dem Unterarm weist der Vermisste ein tätowiertes Gärtlerwappen auf.

Ober-Schönebeide.

Gemeinderatsitzung. Endlich, nach jahrelangen Drängen der Einwohnerschaft, hat die Gemeindevertretung eine annähernd würdige Vermehrung der Zahl der Vertreter beschlossen, nachdem erst am 1. April d. J. diese Zahl um vier erhöht ist. Unsere Genossen haben einen in März d. J. von der Vertretung abgelehnten Antrag erneut aufgenommen. Durch die inzwischen eingetretene Vermehrung um vier Vertreter hat sich die Uebermacht der Fabrikbesitzer zerlagert. Angesichts dieser Tatsache — und daß der Antrag auch gegen ihre Stimmen angenommen wurde — konnten sie es sich diesmal leisten, dafür zu stimmen. Beschlusse wurde: Die Zahl der Vertreter wird durch Ortsstatut im Anschluß an die im März vorgenommenen Wahlen dergestalt erhöht, daß die Vertretung aus 22 Personen, und zwar dem Vorsteher, 3 Schöffen und 18 Vertretern besteht. Da bisher nur 12 Vertreter vorhanden waren, kommen auf jede Klasse zwei hinzu. Für die dritte Klasse ist jetzt die Möglichkeit gegeben, einen zweiten Nichtangehörigen zu wählen. Der Beschluß bedarf noch der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. In der Klagesache unserer Genossen auf Ungünstigkeitserklärung der im März stattgefundenen Wahlen beschloß die Vertretung, einen besonderen Prozessvertreter nicht zu stellen.

In der Enteignungssache Hoyerlandt hat das Reichsgericht diesem die geforderte Entschädigung in Höhe von 41 634 M. zugesprochen. Zur Zahlung verpflichtet ist die anliegende Erwerbsgesellschaft. Wegen der enormen Staubplage wird die Wesprenzung der Kreischauffee von der Rathausstraße bis Pflügerwerf beschlossen. Die Kosten sind dem Kreise zuzuschreiben.

Weihensee.

Die letzte Gemeindevertretersitzung beschäftigte sich nochmals mit der Wertzuwachssteuer. Die Gegner derselben versuchten mit allen Mitteln, die Unrentabilität dieser Steuer nachzuweisen, jedoch vergebens. Des Disputierens war man müde, weil man sich in einer vorhergegangenen Wesprenzung so „eingehend ausgesprochen“ hatte, daß einige Interessenten noch längere Zeit daran denken werden und recht froh sind, daß die weite Öffentlichkeit nichts erfährt. Der Kreisausschuß hat die Genehmigung der Steuer erteilt und wenige redaktionelle Änderungen angeordnet. In der Hauptsache soll eine Höchstgrenze der Abgabe geschaffen werden, welche vom Kreisausschuß auf 20 Proz. bei einer Inferentent herabzu: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin S.W.

Wertsteigerung von 160 Proz. festgelegt wurde. Mag sein, daß sich Herr Neues, Vorsitzender des Hausbesitzervereins, das Selbstverwaltungsrecht vom Kreisausschuß nicht beschneiden lassen will, er stellte den Antrag, die Höchstgrenze auf 10 Proz. bei einer Wertsteigerung von 70 Proz. festzusetzen. Alsdann feierte er sich als großen Freund der Wertzuwachssteuer, jedoch meinte er, müsse man Gerechtigkeit walten lassen, keine Gemeinde um Berlin habe eine Wertzuwachssteuer, und als erstes Opfer müsse man doch gelinder behandelt werden. In diesem klagenden Tone ging es eine Weile, man sah es ihm an, daß seine frühere Anschauung ferrigiert worden ist, aber als erster Vorkämpfer durfte er sich nicht ganz zurückziehen. Die Ausichten auf den winkenden Direktorposten sind jetzt wenigstens nicht die schlechtesten. Mit Hilfe einer Staatspension und sonstigen Entemen ist ein solcher Posten nicht unangenehm. Auf Antrag des Direktors der Baugesellschaft für Mittelwohnungen, König, wurde namentlich abgestimmt, so daß die Herren ihren Aktionären gegenüber, „rein“ dastehen. Mit 19 gegen 6 Stimmen ist die Wertzuwachssteuer angenommen, was für Weihensee eine Einnahme von jährlich über 100 000 M. bedeutet. Zur Illustration sei erwähnt, daß in letzter Zeit Grundstücke mit tausendfchem Verdienst verkauft wurden. Ein Herr Silberstein aus Berlin hat an einem vor vier Monaten im alten Ortsteil erworbenen Terrain den teuer erworbenen Verdienst von 200 000 Mark eingestekt, ihn kann die Gemeinde um 40 000 M. erleichtern. Die Grundsteuer auf 25 M. zu erhöhen, ist abermals vom Kreisausschuß abgelehnt, so daß der Wertzuwachsbesitzer beschritten wird. — Den neugewählten Gemeindebauärzten sowie dem Gemeindevorsteher ist von der Gemeindevertretung das Bürgerrecht verliehen worden.

Abstzung! Gemeindevorteilerwahl! Am heutigen Tage findet in der Zeit von 4 bis 8 Uhr die Erstwahl für den verstorbenen Genossen Schäfer statt. Das Wahllokal befindet sich im „Präsidenten“, Lehderstraße 122. Die Berliner Parteigenossen mögen ihre in Weihensee wohnenden Arbeitskollegen auf diese Wahl aufmerksam machen. Kandidat ist der Lagerhalter Gustav Heuertz.

Zum II. Bezirk der III. Wahlabteilung gehören die Straßen: Charlottenburgerstraße 19—43 und 143—163, Friedrichstraße, Gürtelstraße, König-Charuffee 34—57, Kronprinzstraße, Langhansstraße 1—29 und 122 bis Ende, Lehderstraße 1 bis 25 und 67 bis Ende, Wehstr. 22—36, Mühlackplatz, Viktorienstraße 31—40 und 112—118b, Sedanstr. 1—18, 111 bis Ende, Strasburgerstr. 23—44, Strenstr. 1—25 und 104 bis Ende, Weihenburgerstraße, Wilhelmstraße. Bei Gebäuden mit doppelter Hausnummer ist die Verzeichnung auf den Steuerzetteln maßgebend.

Röpenitz.

Bei den Arbeiten an dem Fabrikhornstein der elektrotechnischen Fabrik stürzte, wie uns mitgeteilt wird, nicht der Bauarbeiter Rofel, sondern der Bauarbeiter Ditto Wolter aus beträchtlicher Höhe ab.

Potsdam.

„Es ist erreicht!“ Der zum Ersten Bürgermeister der zweiten Residenzstadt in der Stadtkörnerordnetenversammlung vom 18. März auf zwölf Jahre „gewählte“ Regierungsrat Curt Kosberg hat nunmehr auch die höhere „Bestätigung“ gefunden. — Seine Einführung wird am Dienstag, den 15. d. M., in einer außerordentlichen (öffentlichen) Stadtkörnerordnungsitzung durch den Regierungspräsidenten v. d. Schulenburg erfolgen. Bemerkenswert hierbei ist die Schnelligkeit, mit der die Bestätigung des neuen Oberbürgermeisters von Potsdam eingetroffen ist. Sein Kollege Kirchner-Berlin hat seinerzeit etwas länger warten müssen. Man sieht, es kommt immer nur auf den „richtigen Mann“ an. . . .

Vermischtes.

Großfeuer in Bremen. Gestern morgen zerstörte ein Großfeuer die am Holzhafen liegenden Bremen-Besigheimer Welfenfabriken und teilweise die in der Nähe liegenden mit Baumwolle angefüllten Wagemannschen Bieranlagen. Durch die rostlose Tätigkeit der Feuerwehre konnten das Verwaltungsgebäude der Fabrik und die Wagemannschen Baumwollschuppen gerettet werden.

Ein neues Erdbeben in Amerika.

Easthampton (Connecticut), 8. Mai. Ein Erdbeben suchte heute nacht um 1/2 Uhr die Stadt heim. Die Fenster der Häuser wurden zertrümmert und ein Haus stürzte ein. Die Uhren blieben stehen. Die Einwohner, die von dem Stöße aus den Betten geschleudert wurden, stürzten in furchtbarer Angst unangekleidet auf die Straße und flüchteten aus der Stadt auf freie Feld.

Berein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins und Umgegend. (Abteilung II.) Donnerstag, den 10. Mai, abends 8 Uhr, bei Donath, Schönleinstr. 5: Abteilungsverammlung, Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Maßke über: Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Kämpfe. 2. Diskussion. 3. Beschlüsse.

Verband der Priorengeschäften Deutschlands, Zweigverein Berlin und Bezirke. Donnerstag, den 10. Mai, abends 9 1/2 Uhr, Rosenhalsstraße 57: Diskussionsabend. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Verband deutscher Barbier, Friseur- und Perückenmacher-geschäften Berlins. Donnerstag, den 10. Mai, abends 10 Uhr, im Lokale Sülzingerstr. 36: Mitgliederversammlung. — Erscheinen dringend erwünscht.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markt- und Viehstation. Rindfleisch Ia 61—65 pr. 100 Pfd., Ha 51—60, IIIa 47—50, IVa 39—45, engl. Bullen 00—00, dort Bullen 00—00, holl. Bullen 00—00. Kalbfleisch, Doppelkinder 105—120, Ia 78—88, IIa 64—76, IIIa 50—62. Hammelfleisch Ia 60—70, IIa 54—60, Schmeinefleisch 58—64. Rindfleisch 0,90—0,90. Gähner, alte, Stück 1,50—2,10, junge, per Stück 0,00—0,00. Lämmer, junge 0,45—0,6, alte 0,00. Enten, junge, per Stück 3,00, Hamburger per Stück 2,50 bis 3,75. Gänse, junge, per Pfd. 0,75—0,95, per Stück 3,50—5,50. Hühner 0,77—1,73. Schafe, 105—130. Mele 00, matt 25—37. Kasse, groß 115, mittel 105—119, klein 72, unv. 00. Röhren matt 22,90. Zimbern, domm. I, p. Schof 3,00—6,00. Aelter, Stenge Ia 4—6, do. mittel, per Stenge 2—4, d. klein, per Stenge 00—00. Bädlinge, holl. per Stenge 1—1,50. Aelter I—3, Straß 3—4. Kase, groß, p. Pfd. 1,10—1,30, mittel 0,80—0,90, II. 0,50—0,80. Spotteln, Aelter, 2 Stenge 1—1,50, GIB, per Stenge 0,00—0,00. Sardellen, 1902er, per Kiste 76,00, 1904er 74,00, 1905er 70,00. Schottische Backheringe 1905 00—00, largo 40—44, full 38—33, med. 33—35, deutsche 37—44. Herings, neue Matjes, per 1/2 Tonnen 60—120. Hummern, Ia, 100 Pfd. 00—00. Krebse, per Schof, große 00—00, mittelgroße 9,50—15,50, kleine 3,50, unfortiert 7,50—11,50. Eier, Lands, per Schof 00—00, sächs. 2,80. Butter per 100 Pfd., Ia 113, IIa 108—112, IIIa 106—108, abfallende 105—108. Saurer Gurken, Schof 3,50—4 M. Pfeffergurken 3,50—4 M. Rantoffeln per 100 Pfd. magn. bon. 2,10—2,35, rote Baderlinge 2,00—2,30, runde weiße 1,80—2,00. Birngold, holl. per Schof 0,00—0,00. Weißkohl, dün., per Schof 7,00—9,00, Rotkohl, holl., per Schof 00—00—00,00. Grünkohl, per 100 Pfd. 00—00. Röhren, weiße 00—00, Tellower 00—00. Kohlrüben, per Schof 2,50—4,50, holl. 5—6.

Witterungsübersicht vom 9. Mai 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Wolkenhölhe	Temperat. in Grad C.	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Wolkenhölhe	Temperat. in Grad C.
Solmsbrnde	761	SO	4 wolkenl.	17	Radananda	760	SW	2 heiter	9
Damburg	759	SO	3 wolkenl.	18	Vetersburg	764	SW	1 wolkenl.	15
Berlin	760	SO	1 wolkenl.	18	Silbth	761	SW	4 bedeckt	10
Frank a. M.	758	SO	1 wolkenl.	18	Aberdeen	760	SW	9 Regen	6
München	758	SO	5 halb bb.	14	Paris	758	SO	1 bedeckt	13
Wien	762	SO	1 wolkenl.	15					

Better prognose für Donnerstag, den 10. Mai 1906.
Zunächst sehr warm bei mäßigen südlichen Winden, ungewönlcher Bewölung und Gewitterregen; nachher fühlr.
Berliner Wetterbureau.